

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnement-Preis pränumerando:
 Vierteljährlich 3,30 Mk., monatlich 1,10 Mk.,
 wöchentlich 26 Pf. frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-
 nummer mit illustrierter Sonntags-
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-
 Wonnemont: 1,10 Mark pro Monat.
 Eingetragene in die Post-Zeitungs-
 Preisliste. Unter Kreuzband für
 Deutschland und Oesterreich 4 Mark,
 für das übrige Ausland
 5 Mark pro Monat.

Erscheint täglich außer Montags.

Die Inserions-Gebühr
 Belegt für die sechsgehaltene Kolon-
 nelle oder deren Raum 40 Pf. für
 politische und gewerkschaftliche Vereins-
 und Veranlassungs-Anzeigen 25 Pf.
 „Kleine Anzeigen“, das erste (fest-
 gedruckte) Wort 10 Pf., jedes weitere
 Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben
 zählen für zwei Worte. Inserate für
 die nächste Nummer müssen bis 6 Uhr
 nachmittags in der Expedition abgeben
 werden. Die Expedition ist an Wochen-
 tagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und
 Festtagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: S.W. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Donnerstag, den 5. Januar 1905.

Expedition: S.W. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Frankreich an der Jahreswende.

Paris, 31. Dezember. (Fig. Ver.)

Ein dieses Fragezeichen steht am politischen Himmel Frankreichs zurzeit dieser Jahreswende.

Das Fragezeichen gilt vor allem dem Reformprogramm des Kabinetts Combes. Vieles ist da versprochen, manches ist angefangen, nichts ist zu Ende geführt worden. Die optimistischen Prophezeiungen der Ministerien am Vorabend der Herbstsession sind am Ende dieser Session so gründlich Lügen gestraft worden, daß ihre Verwirklichung in der laufenden — richtiger a b laufenden — Legislatur überhaupt fraglich wird.

Vor vier Monaten hat Combes seine frühere nur antikongreganistische Aktion durch diese drei Reformen ergänzt bzw. erweitert: Einkommensteuer, Altersversicherung und Trennung zwischen Kirche und Staat. Dazu als vierte ins unmittelbare Aktionsprogramm der Regierung aufgenommen wurde die Einführung der zweijährigen Dienstzeit, ein aus senatorischer Initiative entstandener Entwurf, der bereits den Senat und die Kammer passiert hatte und „nur noch“ eine Einberufung zwischen den beiden Kammern über untergeordnete Differenzpunkte bedurfte, um Gesetz zu werden. Wie steht es nun zurzeit um diese vier Reformen? Selbst die zweijährige Dienstzeit bleibt noch immer ein Entwurf. Der Senat hat die Beratung der aus der Kammer zurückgekehrten Vorlage nicht einmal in Angriff genommen. Das bedeutet natürlich eine verschleppende Rückwirkung auf die übrigen Reformen. Und noch stärker wirkt in der gleichen Richtung der Umstand, daß das Budget von 1905 noch nicht einmal von der Kammer zu Ende beraten wurde. Im günstigsten Falle wird das Parlament erst im Februar mit dem Budget fertig werden.

Von den „großen“ Reformen ist nur die Einkommensteuer-Vorlage von der Kammer in Angriff genommen worden. Die betreffende Diskussion ist aber bloß bis zum Uebergang zur Einzelberatung gediehen, d. h. bis zur Schwelle der mannigfachen Widerstände und Schwierigkeiten, die sich daraus ergeben, daß Finanzminister Rouvier, ein hartgefotterter Gegner einer wirklichen Steuerreform, wie zum Hohn das Herrbild einer demokratischen Einkommensteuer-Vorlage ausgearbeitet hat. Die Mehrheit, die den Uebergang zur Einzelberatung votiert hat, war unwertetrotz groß, aber gerade deshalb, weil sie neben Gegnern dieser Vorlage auch Gegner jeder Einkommensteuer umfaßt. Die Radikalen, dies seit Jahren und Jahrzehnten hauptsächlich vom Versprechen einer demokratischen Einkommensteuer gelebt haben, stehen jetzt vor der bitteren Wahl zwischen zwei Uebeln: entweder die Vorlage des Bourgeoisrepublikaners Rouvier gründlich unzugestehen und so das Zustandekommen der Steuerreform in dieser Legislatur mindestens zu gefährden, oder aber den Wählern Rouviers Wechselbalg zu präsentieren von wegen des in ihm enthaltenen theoretischen „Reims“ einer künftigen demokratischen Einkommensteuer.

Die in ihren Hoffnungen auf die Herbstsession so geandlich getäuschten treuen Anhänger des Ministeriums wälzen alle Schuld auf die Opposition ab, der systematische Obstruktion vorgeworfen wird. Leider ist das nicht ganz richtig. Abgesehen davon, daß von eigentlicher Obstruktion nicht die Rede sein kann, haben Regierung und Bloc ihrerseits nichts für die Beschleunigung der Parlamentararbeiten getan und einiges sogar zu ihrer Verschleppung beigetragen. Es zeigt sich eben, daß das Kabinett Combes mit dem Abschluß der antikongreganistischen Aktion den besten Teil seiner Energie eingebüßt hat. In den ersten zwei Jahren des Kabinetts hieß es immer wieder: „Zuerst die Erledigung des dringenden antikerikalen Kampfes, dann die organischen Reformen!“ Man hat es so glückselig dahin gebracht, die Reformarbeit dem letzten Jahre der Legislatur zuzuschreiben. Dabei ist zu bedenken, daß die Einkommensteuer und die Altersversicherung schon in ursprünglichen Regierungsprogrammen enthalten sind und daß die Plenarberatung der Altersversicherung schon in der vorausgegangenen Legislatur unter Waldeck-Rousseau begonnen wurde! Kein Wunder, daß die Gegner des Ministeriums von berechneten Verschleppungsmanövern, von bezweifeltem Bankrott sprechen. Wahr ist jedenfalls, daß der böse Wille Rouviers und der einseitig antikerikale Gesichtskreis des Ministerpräsidenten den drohenden Bankrott der Legislatur wirksam vorbereitet haben.

Noch jede Parlamentarität hat die Regierung, die sie verdient. Im letzten Grunde fällt die Verantwortung auf die Mehrheit. Die innere Verschiedenartigkeit der Bestandteile des Bloc wurde nur durch den antikerikalen Kampf mehr oder minder verhüllt und unschädlich gemacht, darüber hinaus aber hemmte sie das Aufkommen eines einheitlichen schaffensfreudigen Willens. So ist es dazu gekommen, daß der Bloc-Vorstand in der Herbstsession nicht mehr funktionierte. Das vielgerühmte Werkzeug einer gründlichen Reformaktion verlagte den Dienst gerade da, als man sich endlich auf dieser Aktion anschickte. In das gleiche Kapitel gehört das Anwachsen der Zahl der Dissidenten, der vom Bloc und vom Kabinett Combes abgefallenen Parlamentarier. In den letzten Monaten ist die Rettung des Ministeriums durch die Stimmen der revolutionär-sozialistischen Fraktion zu einer regelmäßigen Erscheinung geworden.

Der alte Bloc ist also in eine verschwommene, teils von Fall zu Fall wechselnde Mehrheit ausgeartet, wie sie vor der Erfindung des Bloc auf gut Glück, planlos ihr fortwährendes Dasein führte. Damit aber wird die Fortdauer des Kabinetts Combes immer fraglicher, nachdem dessen selbständiger Wert — ohne Beziehung auf das größere Uebel, das seine Erben darstellen dürften — fragwürdig geworden ist. Es gibt indes aufrichtige Demokraten, die dem Kabinett bereits jeglichen Wert abgesprochen. Zu ihnen gehört in erster Linie Clemenceau, der in den

letzten Monaten besonders eindringlich das Illusorische der ministeriellen Reformpläne aufdeckt und seine Partei, die Radikalen, vor dem heranrückenden Tage der Abrechnung, vor den Neuwahlen warnt. — Die Antwort auf die Kabinettsfrage wird die Kammer sofort nach den Neujahrsferien geben gelegentlich einer Interpellation über die allgemeine Politik.

Je nachdem die Antwort ausfällt, wird die Frage der sogenannten Angeberei entweder mit dem Kabinett von der Tagesordnung verschwinden oder aber von der Opposition zu immer neuen Attacken benutzt werden. Die Opferung des Generals André hat selbstverständlich die Opposition nicht entwaffnet, ebensowenig wie die von der Regierung übernommene Verpflichtung, gemäß dem Antrag des revolutionär-sozialistischen Abgeordneten Sembat im Finanzgesetz von 1905 die Abschaffung jeglicher Geheimnisse über die Veranlassungen aller Art festzulegen. Im übrigen hängt der Geheimzettel-Scandal nach Entscheidung und Wirkung mit der reformerischen Ohnmacht der Regierung und des Bloc zusammen. General André hat — mit oder ohne Vorwissen des Ministerpräsidenten — zur Bestimmungsrückerei gegriffen, weil er die Demokratisierung der Armee durch organische Reformen und offene Personaländerungen vorzunehmen nicht wagte. Und die Wirkung des Scandals war deshalb so tief, weil die allgemeine reformerische Ohnmacht bereits den Boden unter den Füßen der Regierung wankend gemacht hatte.

Die skizzierte Situation hat in günstiger Weise die sozialistische Bewegung beeinflusst. Zum erstenmal seit langer Zeit tritt der französische Sozialismus ins neue Jahr unter einem günstigen Stern. Die Einigkeitkommission hat soeben dem französischen und dem internationalen Proletariat ein reiches Neujahrsgeheimnis dargeboten. Das Ergebnis ihrer Arbeiten ist die Festlegung der sozialistischen Einigkeit auf dem Boden der Amsterdamer Beschlüsse. Ihr Resolutionsentwurf, der nächsten eingehend besprochen werden soll, wird ohne Zweifel von den einzelnen Organisationen gebilligt werden. Wird dann die Einigkeit in demselben Geiste betätigt werden, in welchem sie angebahnt worden ist, so hat der französische Sozialismus dauernd seine Spaltungsperiode überwunden. Die Anbahnung der Einigkeit wurde aber wesentlich gefördert durch die fortschreitende innere und äußere Zerfetzung des Blocs. Auf diese Weise wurde das wichtigste Hemmnis, das noch vor ein paar Monaten den Weg zur Einigkeit übermächtig zu versperrten schien, mit Leichtigkeit überwunden. Wenn die Bloc-Taktik in Amsterdam vom internationalen Sozialismus zurückgewiesen wurde, so erhielt sie den Gnadenstoß bald darauf im französischen Parlament selbst. Die Einigkeitkommission hatte nur noch einen Leichnam die Tobesurkunde auszustellen. Für die meisten Beteiligten war das eine durchaus schmerzlose Handlung, für die Minderheit aber ein Schicksalspruch, in dem man sich verständigerweise ohne Murren zu fügen hat.

Auf dem Gebiet der auswärtigen Politik steht Frankreich vor einer ominösen Frage, welche je nachdem die Bedeutung der innerpolitischen Frage weit übersteigen könnte. Marokko bringt einen scheinbar wichtigen in die harmonisch-friedlichen Ergebnisse des diplomatischen Jahres. Das französisch-englische Abkommen hat Frankreich freie Hand gelassen für das „friedliche Eindringen“ in Marokko. Die Abkommen mit Italien und Spanien haben Frankreich zum gleichen Zweck Rückendeckung verschafft. Aber der Hauptbeteiligte, Marokko, macht natürlich Schwierigkeiten. Dessen Bodenheingkeit wider das französische „Eindringen“ mag fürs erste, wie die neuesten Meldungen belagen, sich im Wohlgefallen auflösen. Es handelt sich jedoch nur um die erste Aeußerung des Instinkts der Selbsterhaltung gegenüber einem sonstigen ersten Schritt auf dem Wege des „friedlichen Eindringens“. Die Geschichte kennt bisher kein einziges Beispiel der idyllischen Eroberung eines Volkes durch die Mittel diplomatischer Ueberredung. Und Marokko ist am wenigsten geeignet, eine solche Ausnahme zu bilden. Was aber ein kriegerisches Eindringen in Marokko bedeuten würde, zeigt ersprechend die fünfzigjährige blutige Geschichte der Eroberung, des Benachbarten, ebenfalls islamischen Algeriens, das an Fläche und Einwohnerzahl, an natürlichen und gesellschaftlichen Widerstandsmitteln eine dreimal leichtere Beute als Marokko war.

Die Bedeutung des Falles von Port Arthur.

mb. London, 2. Januar 1905.

Der Admiral des Stillen Ozeans, wie Wilhelm II. im August 1902 in Rebal den Jaren nannte, hat seine Admiralität verloren. Port Arthur ergab sich den Japanern. Trotzdem dieses Ereignis seit der denkwürdigen Nacht vom 8. zum 9. Februar 1904, als Togos Torpedoboote die russische Seemacht im fernem Osten tödlich verletzten, zur Wahrheitsähnlichkeit wurde, dürfte die Nachricht, die wir an der Spitze dieser Zeilen bringen, mit der ganzen Wucht eines weltgeschichtlichen Ereignisses auf die Gemüter wirken. Die Schwierigkeit in der Würdigung dieses Ereignisses liegt nicht darin, daß man leicht einer Ueberhöhung des Geschehenen zum Opfer fallen könnte, sondern darin, daß man die Größe seiner Wirkung auf den Gang der Geschichte noch gar nicht ermessen kann. Die russische Großmacht, die Europa und Asien in Schrecken hielt, wurde in ihrer mächtigsten Festung, in ihrer Turmwarte über Asien, angesichts der ganzen Welt zu Boden geworfen, — zu Boden geworfen, nicht von alten Staaten Europas, wie von England und Frankreich bei Sebastopol vor fünfzig Jahren, sondern von einem asiatischen Inselstaate, der vor fünfzig Jahren noch von der europäischen Kultur keine Ahnung hatte und von Europa teils ungeliebt, teils verachtet wurde.

Noch mehr: vor fünfzig Jahren vollzog sich die Züchtigung Rußlands angesichts eines kleinen Völkerkeises; heute dagegen buch-

stäblich angesichts der ganzen Welt. Der Fall von Port Arthur wird nicht nur in London, Paris, Berlin, New York besprochen werden, sondern auch in Peking, Kassa, Kabul, Bombay, Teheran, Kairo, Bagdad, — denn es ist das Kennzeichen der imperialistischen Periode, daß sie die bekannte Welt umfaßt, und heute ist die ganze Welt bekannt.

Sowohl in dem Besiegten wie in dem Sieger liegt die geschichtliche Größe des im Golf von Persien eingetretenen Ereignisses. Man muß schon um vierhundert und fünfzig Jahre zurückgehen, um auch nur eine annähernd richtige Parallele zu diesem Ereignis zu finden: die Niederwerfung von Byzanz durch die Osmanen. Der Fall Konstantinopels in die Hände der Moslim im Jahre 1453 kann einigermaßen mit dem Ereignis verglichen werden, das sich vor unseren Augen abspielt. Allein mit dieser Ähnlichkeit hört die Parallele auf, irgend welche Weltung zu haben.

Die Türken kamen nach Europa mit einem asiatischen, religiösen Ideale; die Japaner betreten das asiatische Festland mit den europäischen Ideen des liberalen Fortschritts und der Wissenschaft. Die gelben Asiaten haben einen europäischen Geist und züchtigen europäischen Weisheit, die eine asiatische Seele haben und asiatische Ideale und orientalische Regierungsformen den Europäern aufdrängen wollen und mit Verachtung und Haß erfüllt sind gegen alles, was der vorwärtsstrebende europäische Geist geleistet hat seit dem Falle von Konstantinopel. Pobjedonosow, der Hirt Rußlands, ist Byzantiner; Leo Tolstoj's Ruheplatz mäht an den Ufern des Ganges sein.

Das offizielle Rußland, das bei Port Arthur geschlagen wurde, negiert die Reformation, die französische Revolution und die naturwissenschaftliche Denkweise des Westens. Die gelben Asiaten werden ihre weichen Besiegten vom asiatischen Geiste befreien und sie nach Europa zurückführen.

In dieser Vertauschung der kulturellen Rolle ist die Tragweite des Falles von Port Arthur zu suchen. Sie ist kaum zu überschätzen und im gegenwärtigen Moment, da wir alle unter dem machtvollen Eindruck des Geschehenen stehen, kaum in ihrer Größe zu würdigen.

Der Aufstieg Japans ist eines der seltensten politischen Phänomene der Menschheitsgeschichte. So bedeutungslos für die politische Geschichte Europas zum Beispiel die Einigung Deutschlands und die Einigung Italiens in der letzten Hälfte des neunzehnten Jahrhunderts wurde, so sind sie doch nicht weniger als unvermeidliche, lange vorbereitete und mit der ganzen Geschichte Europas der letzten Jahrhunderte zusammenhängende nationale Entwicklungsprozesse gewesen. Japan aber stieg so plötzlich auf, warf so unermittelt das Atlantikum ab, steht mit seinem oligarchischen Geiste so einzigartig unter dem bunten, stagnierenden Völkergemisch der asiatischen Menschheit da, daß es der soziologischen Forschung nicht leicht wird, eine Erklärung für dieses Phänomen zu finden. Die Marksteine auf der langen, bornigen Marchroute Europas vom Feudalismus zum modernen Zustande sind die Katastrophen von Württemberg und Helde, — Württemberg für religiöse Freiheit, Württemberg für naturwissenschaftliche Forschung und Wahrhaftigkeit, revolutionären Helden für politische und wirtschaftliche Freiheit. In Japan dagegen vollzog sich dieser Uebergang fast schmerzlos. Der Feudaladel opferte freiwillig seine Vorrechte dem Wohle des Staates, die Ritter legten ihre ständischen Vorurteile ab, um das Land vor der Unterjochung durch Europa und Amerika zu retten.

Um die Mitte des neunzehnten Jahrhunderts war Japan zum Eintritt in eine neue Periode reif geworden, und die Erschütterung, die durch die Uebertragung des sommerlichen Schnepfenpestes vom Atlantischen zum Stillen Ozean an den kältesten Nischen verursacht wurde, beschleunigte den Uebergang in Japan. Wäre Japan um diesen kritischen Zeitpunkt von einem absoluten Monarchen und von einer Bureaucratie wie Rußland oder China regiert gewesen, dann hätte sich der Uebergang schwerlich vollzogen. Denn nichts ist schwieriger zu überwinden als eine in der Routine und im Gottesgnadentum erstarrte Hierarchie. Zum Glück für Japan hatte dieses noch nicht diese Stufe erreicht. Es lebte noch frei und unverdorben unter feudalsommunistischen Verhältnissen und seine Führer waren noch nicht durch die Geldgier und die Volkunterdrückung demokratisiert. Als die Amerikaner im Jahre 1854 Japan dem Handel erschlossen, brachten sie zu gleicher Zeit die moderne Technik und die wissenschaftlichen Wunder mit, die in den modernen Kriegsschiffen verkörpert sind. Den Japanern wurde es klar, daß ihre einzige Rettung in der Annahme europäischer Arbeits-, Denk- und Regierungsmethoden liege, und sie gingen sofort daran, das Erlauntes zu verwirklichen. In dieser Elastizität des Geistes: in der Erkenntnis des Neberlebten, in der theoretischen Annahme des Lebenskräftigen, und in der Energie, das theoretische Lebenskräftige zu verwirklichen, zeigt sich die Größe der Japaner. Dies sind auch die Kennzeichen jedes tüchtigen Individuums, jeder großen politischen Partei und jedes großen Volkes.

Rußland, wie es heute regiert ist, stellt das Gegenteil von alledem dar. In den fünfzig Jahren seit Sebastopol hat es nichts gelernt, aber gar manches verlernt. Seine Diplomatie, die einst berühmte war, läßt sich von Japan überbieten. Sie trauete bis zum Ausbruch des Krieges nicht, daß Japan Ernst mache. Seine Heerführer hatten keine Ahnung von der Stärke Japans, und seine Seepolitiker und Admirale spielten mit der Flotte wie Kinder mit einem Neujahrsgeheimnis.

Es ist bezeichnend für die russische Admiralität, die doch nach der Herrschaft des Stillen Ozeans trachtete, daß sie sich keine einzige Kohlenstation, keinen einzigen maritimen Stützpunkt auf der langen Route zwischen der Dizee und dem Golf von Persien sicherte, so daß die baltische Flotte von fremder Kohle, von fremden See-Stationen abhängig ist. Dieser Mangel an seepolitischen Einsicht steht einzigartig da.

Es liegt im Fall von Port Arthur etwas so Großes wie im Siege der Griechen über die Perier bei Salamis: Progressiver Geist gegen beharrliche Massivität. Und ebensowenig wie der Welt Gefahr drohte von den Hellenen, so wenig Gefahr droht ihr von den Japanern. Bleibt Japan bis zu Ende siegreich — was sehr wahrscheinlich ist, da jetzt Rogis Armee mit der gewaltigen Artillerie nach dem Schah abgehen wird, um die Armeen Dnamas zu härten, — so wird von Tokio aus die japanische Kultur die ostasiatischen Gebiete ebenso überfluten wie einst die hellenische Kultur die westasiatischen Länder überflutet hat.

Ripponismus und Hellenismus — dies scheint mir die wirkliche Parallele zwischen zwei weltgeschichtlichen Ereignissen zu sein: zwischen dem japanisch-russischen und dem griechisch-persischen Kriege.

Die Kapitulationsbedingungen.

Tokio, 3. Januar. (Meldung des „Menterschen Bureaus“.) Ein heute nachmittag eingegangenes Telegramm des Generals Rogi gibt den Wortlaut der Bedingungen für die Kapitulation Port Arthurs folgendermaßen an:

1. Alle russischen Soldaten, Seefleute und Freiwilligen, ebenso die Regierungsbeamten, die zur Garnison und dem Hafen Port Arthur gehören, werden gefangen genommen.

2. Alle Forts, Batterien, Kriegsschiffe, andere Schiffe und Boote, Munition, Pferde, alles Material, alle Regierungsgebäude und alle der Regierung gehörenden Gegenstände sollen der japanischen Armee in ihrem gegenwärtigen Zustande übergeben werden.

3. Zu den vorstehenden beiden Bedingungen und als Sicherheit für ihre Einhaltung sollen die Besatzungen der Forts und Batterien von Nischan, Shao-Anschan und La-Anschan sowie auf der Hügelkette südöstlich davon am Mittag des 3. Januar zurückgezogen und der japanischen Armee ausgeliefert werden.

4. Sollte vermutet werden, daß russische Militär- oder Marine-mannschaften in Artikel 2 aufgeführte Gegenstände zerstört oder ihren Zustand, wie er zur Zeit der Unterzeichnung des Vertrags war, irgendwie geändert haben, so sollen die Verhandlungen als nicht gesehen betrachtet werden und der japanischen Armee freie Hand gelassen.

5. Die russischen Militär- und Marinebehörden sollen eine Tafel vorbereiten und der japanischen Armee übergeben, die die Befestigungen Port Arthurs und ihre Lage wiedergibt, ebenso Karten, die die Lage von Land- und Seeminen und alle gefährlichen Gegenstände anzeigen, ferner eine Tabelle, die die Zusammenfassung und Einteilung des Armees- und Marinebestandes in Port Arthur angibt mit Namen, Charge und Obliegenheiten der Offiziere, eine Liste der Armees- der Dampfer, Kriegsschiffe und anderen Schiffe mit der Zahl der Mannschaften, schließlich eine Liste der Zivilisten, die deren Zahl, Geschlecht, Klasse und Beschäftigung angibt.

6. Waffen, einschließlich derer, die Personen bei sich tragen, Munition, Kriegsmaterial, Regierungsgebäude, der Regierung gehörende Gegenstände, Pferde, Kriegsschiffe und andere Schiffe mit ihrem Inhalt ausschließlich des Privateigentums sollen an ihrem augenblicklichen Platze gelassen werden und Kommissare der russischen und japanischen Heere sollen über die Art und Weise ihrer Auslieferung entscheiden.

7. In Anbetracht des tapferen Widerstandes, den die russische Armee geleistet hat, wird die japanische Armee den Offizieren der russischen Armee und Flotte, ebenso den zu ihnen gehörenden Beamten gestattet, ihre Degen zu behalten und ihr privates Eigentum, soweit es zum Lebensunterhalt direkt erforderlich ist, mit sich zu nehmen. Die zuvor aufgeführten Offiziere, Beamten und Freiwilligen, die sich schriftlich auf ihr Ehrenwort verpflichten, bis zur Beendigung des Krieges nicht die Waffen zu ergreifen und keine gegen die japanischen Interessen verstößende Handlung zu begehen, werden die Erlaubnis erhalten, in ihre Heimat zurückzukehren. Jedem Offizier des Heeres und der Marine wird gestattet werden, einen Diener mit sich zu nehmen. Dieser soll gegen Unterzeichnung einer ehrenwörtlichen Verpflichtung besonders freigelassen werden.

8. Unteroffiziere und Gemeine des Heeres und der Flotte, ebenso Freiwillige dürfen ihre Uniformen tragen und sollen sich mit ihren tragbaren Zelten und persönlichem Eigentum an einem vom japanischen Heere anzuzusehenden Platze ver sammeln. Japanische Kommissare werden die weiter erforderlichen Einzelheiten angeben.

9. Das Sanitätskorps und die Zahlmeister, die zur russischen Armee und Flotte gehören, werden von den Japanern zurückgehalten werden, solange ihre Dienste als notwendig angesehen werden zum Zwecke der Pflege von Kranken, Verwundeten und Gefangenen. Während dieser Zeit sollen diese Korps unter Leitung von japanischen Sanitätskorps und Zahlmeistern Dienst tun.

10. Die Bestimmungen über die Behandlung der Bücher und Dokumente der Stadt- und Finanzverwaltung, ebenso die zur Durchführung der Bestimmungen dieses Vertrages erforderlichen Urkunden sollen in einem Ergänzungsvertrage niedergelegt werden, der dieselbe Geltung haben soll wie dieser Vertrag.

11. Je eine Abkürzung dieses Abkommens soll von der japanischen und der russischen Armee vorbereitet werden und sofort mit der Unterzeichnung Wirksamkeit erlangen.

Die russischen Verluste in Port Arthur.

Tschifu, 4. Januar. (Meldung des „Menterschen Bureaus“.) Nach Aufzählung der Mannschaften der aus Port Arthur hier eingelaufenen Torpedoboote zählte die Garnison der Festung bei Beginn der Belagerung 35 000 Mann. Davon wurden 11 000 getötet, 16 000 wurden verwundet oder erkrankt, 8 000 Mann waren ständig in den Forts, davon waren 2 000 kampfunfähig.

In seinem Briefe an Rogi über die Uebergabe sagt Stöckel: „Ich habe 8 000 Mann in den Forts, von denen 6 000 kämpfen können. Wenn Sie meinen Vorschlag nicht annehmen, werden diese Männer im Kampfe sterben; es wird Sie aber dreimal soviel Leute kosten, sie zu töten.“ Während der Belagerung wurden 265 Prozent der Garnison Port Arthurs verwundet. Diese Zahl erklärt sich daraus, daß die Verwundeten auf ihren Posten zurückkehrten, einige bis zu sieben Malen.

Diese Nachrichten beweisen, daß die optimistischen russischen Nachrichten über die Zustände in Port Arthur während der Belagerung unrichtig waren. Wenn wirklich 265 Proz. der Besatzung verwundet worden sind, so ergäbe sich — mit Ausschluß der 11 000 Toten — die katastrophale Verlustziffer von circa 60 000 Verwundeten, also ein Gesamtverlust von mehr als 70 000 Mann. Zieht man hiervon die Wiedererholten ab, so bleibt ein effektiver Verlust von 25 000 Mann. In ähnlicher Weise dürften sich auch die japanischen Verluste reduzieren, wenn auch nicht der gleiche Prozentsatz Verwundeter nach notdürftigster Wiederherstellung wieder zum Kriegsdienst verwendet worden sein wird.

Weiteres über die

Letzten Kämpfe

meldet folgendes Telegramm:

Petersburg, 4. Januar. Eine am 21. Dezember aufgegebenen, gestern hier eingegangene Depesche des Generals Stöckel an den Kaiser lautet: Gestern (20. Dezember) abends 9 Uhr wurden im Fort II durch Granaten aus elfzölligen Geschützen folgende Soldaten, der Sturm von Port Arthur, getötet: General Kondratenko, Oberstleutnant Raumenko, die Ingenieuroffiziere Oberst Raschetovskij, Hauptmann Sidjankow, Leutnant Senefidzew sowie die Unteroffiziere Smoljaninow und Keeloff; verwundet wurden 7 Offiziere. Der Tod Kondratenkos machte einen niederschmetternden Eindruck. Am 11. Dezember wurden, als die Japaner den Hohen Hügel genommen hatten, alle Schiffe auf der inneren See zum Sinken gebracht, mit Ausnahme der „Sewastopol“, die unter dem Kommando des Kapitäns Essen vier Tage hindurch auf der äußersten See die Angriffe japanischer Torpedoboote zurückgewiesen hat. Heute (21. Dezember) erhielten die Japaner Verstärkungen um 16 Bataillone. Alle Landgräben sind mit kleinen Kanonen und Revolverkanonen besetzt. Wir sind des Angriffs gewärtig. Die Japaner bombardieren unsere Hospitäler aus elfzölligen Geschützen; das Hospital Nr. 6 ist zerstört, die Hospitäler Nr. 9

und 11 sind schwer beschädigt. Zwei Kerkel und eine Pflegerin sind schwer verwundet worden. Die Zahl unserer Verwundeten beläuft sich auf 10 000. Das Bombardement hält an, es friert, Gänge ist schwierig. Nur wenige Offiziere sind noch vorhanden, nachdem wir im Oktober und November 200 Offiziere verloren haben. Unteroffiziere sind zu Offizieren befördert worden; sie sind Helden, ohne die ich nichts ausrichten könnte.

Kriegsbarbareien.

Die „Münchener Allgemeine Zeitung“ bemüht sich, den Russen Trost für den Fall Port Arthurs zu spenden. In einem langen Artikel beweist sie, welcher „Barbarei“ sich die Japaner schuldig machten, daß sie keine Menschenopfer schenkten, um Port Arthur zu Fall zu bringen. In dem Artikel heißt es:

Es scheint, als ob die Japaner ein ganz neues Element in den Festungskrieg einführen wollten, nämlich den Versuch, behufs Zeitgewinnung unter Einsetzung jeder beliebigen Zahl von Menschenleben noch nicht stürmische Werke im Sturm zu nehmen. . . . Das Scheitern der Sturmversuche und die Rücksicht zu dem von den europäischen Heeren als zweckmäßig erkannten Verfahren beweist von neuem, daß die Japaner auch in militärischen Dingen zwar die Errungenschaften der Technik und Wissenschaften des Westens sich zu eigen gemacht, aber doch nicht in das durch lange Westarbeit von den Europäern erkannte Wesen der Dinge eingedrungen sind und bei jedem Versuch, anstelle der von ihren Lehrmeistern gemachten Erfahrungen eigene Ideen zu setzen, in ihren alten Barbarismus zurückzufallen, der dem Japanerfenden auf Schritt und Tritt unter dem feinen Lacküberzug entgegensteht. Der Barbarismus bestand vor Port Arthur in den ungeheuren Menschenopfern, die einem unklaren Begriff gebracht wurden und so weit führten, daß von der Belagerungsarmee nahezu drei Viertel ihres Bestandes aufgerieben wurden und durch Teile der Feldarmee und Nachschiffe aus der Heimat ergänzt werden mußten. Man wird nicht fehlgehen mit der Behauptung, daß die Belagerung mindestens 100 000 Mann lahm gelegt und an Verlusten die doppelte Zahl der Kopfstärke des Verteidigers gelost hat.

Diesem Unstun verzapft eine „herborragende militärische Seite“ in dem Münchener Blatte. Das militärische Lumen kapiert also nicht: 1. daß ohne die Sturmversuche und Sturmerfolge der Japaner die Festung selbst noch lange nicht genommen worden sein würde, daß sie also der baltischen Flotte einen sicheren Zufluchtsort und Stützpunkt geboten haben würde; 2. daß die Port Arthur-Flotte nicht gezwungen worden wäre, ihre verschiedenen Durchbruchversuche zu unternehmen, bei denen sie dezimiert wurde; 3. daß ohne den Fall Port Arthurs und die Vernichtung seiner Flotte die Möglichkeit bestanden hätte, daß die Port Arthur-Flotte und die baltische Flotte sich hätten vereinigen können, daß die so vereinigte Port Arthur-Flotte möglicherweise in der Lage gewesen wäre, die Seeherrschaft der Japaner zu bedrohen und so den ganzen Ausgang des Krieges in Frage zu stellen.

Aus diesen Gründen konnte sich Japan nicht mit einer Einschließung und Aushungerung Port Arthurs begnügen, sondern es mußte energig zugreifen, selbst unter den gewaltigsten Menschenopfern!

Solche durch die gegebene Kriegslage bedingten Menschenopfer darf nur derjenige barbarisch nennen, der den Krieg und die Weltpolitik prinzipiell verwirft! Zu einer solch vernünftigen Auffassung, die die Sozialdemokratie vertritt, hat sich aber unseres Wissens das Münchener Blatt noch nicht aufgeschwungen!

Wenn also vom Standpunkt des Militarismus von Barbarei und fribolen Menschenopfern überhaupt gesprochen werden kann, so trifft dieser Vorwurf mit ganz anderem Rechte Rußland, das die Belagerung Port Arthurs opferte, trotzdem seine leitenden Kreise nach den ungeschminkten Geheim-Nachrichten Stöckels und Kurapatkins wissen mußten, daß der Fall Port Arthurs ganz unausbleiblich sei, da Aussicht auf Entsatz der Festung nicht vorhanden war!

Großer Kaiser, verzeihe uns!

Petersburg, 4. Januar. Ein Telegramm General Stöckels an den Kaiser vom 1. Januar besagt: Gestern morgen führten die Japaner eine ungeheure Explosion unter der Befestigung 3 herbei und eröffneten sofort ein festiges Bombardement auf der ganzen Linie. Die kleine Garnison der Befestigung kam teils innerhalb derselben um, teils konnte sie die Befestigung verlassen. Nach zweifelhafte Bombardement machten die Japaner einen Sturmangriff auf die chinesische Mauer von Fort 3 bis zum Kleinsten. Zwei Sturmangriffe wurden zurückgeschlagen. Unsere Feldartillerie schlug den Japanern viel Schaden zu. Es ist unmöglich, sich auf der chinesischen Mauer zu halten. Ich habe befohlen, daß sich unsere Truppen in der Nacht auf die Hügel hinter der chinesischen Mauer zurückziehen. Ein großer Teil der Disfront ist in den Händen der Japaner. In der neuen Stellung werden wir uns nicht lange halten, und dann werden wir kapitulieren müssen, doch ist alles in Gottes Hand.

Unsere Verluste sind groß. Zwei Regimentskommandeure sind verwundet, einer von ihnen sehr schwer. Der Kommandant der Befestigung 3 kam bei der Explosion um. Großer Kaiser, verzeihe uns! Wir haben alles getan, was in Menschenmachten stand. Nichts uns auf Grund des § 64 des Reglements über die Verteidigung der Festungen. (Anmerkung des Generalstabes: Die heldenhafte die Verteidigung einer Festung auf gegebenes und mit wie großer Selbstverleugnung die Verteidigung auch geführt worden ist, so wird ihr Kommandant doch, wenn die Festung vom Feinde genommen wird, einem Gericht übergeben, dessen Zusammenfügung jedesmal durch besonderen Befehl des Kaisers festgesetzt wird. Dieses Gericht hat die vom Festungskommandanten ergriffenen Maßnahmen zur Verteidigung zu beurteilen und hierauf festzustellen, ob er seine Pflicht erfüllt hat oder ob der Fall der Festung ihm als Schuld angerechnet werden muß. Aber richte gnädig. Fast 11 Monate ununterbrochenen Kampfes haben unsere Kräfte erschöpft. Nur ein Viertel der Verteidiger, von denen die Hälfte krank ist, hält 27 Werst der Festung besetzt, ohne Hilfe zu erhalten, ja sogar ohne auch nur für eine kurze Zeit abgelöst zu werden. Die Leute sehen wie Schatten aus. Der „große Kaiser“ wird natürlich den überlebenden Verteidigern von Port Arthur „verzeihen“. Aber ob das russische Volk, das mit Recht die Verantwortung für all das entsetzliche Morden in Ostasien der unheimlichen Eroberungspolitik des „Friedenszaren“ aufbürdet, dem „großen Kaiser“ verzeihen wird, ist eine andere Frage!

Politische Uebersicht.

Berlin, den 4. Januar.

Ganze und halbe Reaktion.

Wenn die halbe Reaktion mit der ganzen strekelt, muß stets die ganze recht behalten. So ergab es sich jetzt wieder den National-Liberalen in einem Streite mit der „Kreuz-Zeitung“. Diese kritisierte jüngst das Eintreten der Nationalliberalen in Preußen für eine Neu-Einteilung der Landtags-Wahlkreise. Die „Kreuz-Zeitung“ meinte, durch solche Forderung werde die gleiche Forderung auch für die Reichstags-Wahlkreise gestiftet und so arbeiten die Nationalliberalen einer Stärkung des Einflusses der Sozialdemokratie vor. Diese scharf folgende Auffassung des nationalliberalen Verfahrens verurteilte nun die Münchener „Allgemeine Zeitung“ zu widerlegen: es sei

gar nicht abzusehen, warum eine Neu-Einteilung der preussischen Landtags-Wahlkreise auch eine solche der Reichstags-Wahlkreise zur Folge haben müsse, da doch die preussischen Landtags-Wahlkreise sich in keiner Weise mit den preussischen Reichstags-Wahlkreisen decken. Dieser ungläublich oberflächliche Versuch, die nationalliberale Halbheit zu verteidigen, wird nun von der „Kreuz-Zeitung“ abermals und ausführlicher in seiner Absurdität nachgewiesen. Mit Recht erinnert das konservative Organ, daß für den Reichstag die Neu-Einteilung der Wahlkreise noch eher nötig wäre als für den Landtag, weil das Reichstags-Wahlrecht auf der Gleichheit der Wähler beruht und weil das Reichstags-Wahlgesetz ausdrücklich die Bevölkerungszahl als Grundlage der Wahlkreiseinteilung annimmt. Die „Kreuz-Zeitung“ gelangt zu dem richtigen Schluß:

„Wer für das preussische Abgeordnetenhaus eine Neu-Einteilung der Wahlkreise im Hinblick auf die Verdrängungen der Bevölkerung verlangt, kann sich deshalb gegenüber der Forderung der gleichen Maßregel für die Reichstagswahlen nicht ablehnend verhalten, sofern er folgerichtig handeln will und imstande ist, die Tragweite seiner Handlungen zu übersehen.“

Diese Verhöhnung der Nationalliberalen ist nicht unberechtigt. Für Preußen wollen sie die Neu-Einteilung der Wahlkreise. Aber wollen sie dieselbe etwa aus einem Rechtsprinzip, aus Gründen der Gerechtigkeit? Sie wollen sie nur, weil ihre Partei davon den reichlichsten Mandatsvorteil haben würde. Sie würden die Neu-Einteilung verweigern und als völlig ungerichtet verstreuen, wenn sie keine Vorteile dabei genießen. Sie würden auch für die Neu-Einteilung der Reichstags-Wahlkreise eintreten oder für die Einführung des geheimen Wahlrechts in Preußen, wenn ihr Partei-Interesse dadurch gefördert würde. Weil aber durch diese Forderungen die Nationalliberalen Verluste oder keine Vorteile erwarten, so werden sie als „ungerecht“ verworfen. Gerecht ist, was uns nicht!

Die gleiche Losung hat natürlich die konservative Reaktion. Sie ist nur, wie gesagt, folgerichtiger, sie vertritt nicht bald dieses bald jenes Wahlsystem, je nachdem es paßt. Dieser Vorzug ist aber wiederum natürlich nicht ein Vorzug der Aufrichtigkeit und Logik. Die konservative Reaktion hat es leicht, folgerichtig zu sein, weil in Preußen sowie im Reich die Wahlsysteme zu ihrem Westen eingerichtet sind. Sie will nirgendwo eine Neu-Einteilung der Wahlkreise, weil die jetzige Einteilung überall, im Reich und in Preußen, ihren engsten Partei-Interessen angepaßt ist.

Professorelle Taktlosigkeit. Die „Post“ verächtet vor dem wahrscheinlichen Untergange ihre Unentbehrlichkeit durch einen Leitartikel zu beweisen, in dem sie wieder einmal das Kapitel von „Sozialdemokratie und Wissenschaft“ behandelt.

Zu München, wo unsere Parteigenossen in dem Gemeinderat die Mehrheit haben, wollten unsere Parteigenossen Volksschulungen einrichten. In diesem Zwecke wandten sie sich an den Straßburger Professor Rehm und ersuchten ihn, Vorträge über deutsche Bürgerkunde zu halten. Der Herr Professor war so nett, anstatt etwa die Entwicklung und das Wesen des deutschen Staatsrechts objektiv darzustellen, eine Propagandarede für die Monarchie zu halten. Er habe sich, so berichtet die „Post“, auf Grund seiner wissenschaftlichen Untersuchungen als Anhänger der Monarchie bekannt, die den Staatsangehörigen ein größeres Maß politischer Freiheit gewähren könne, als republikanische Staatsformen, weil in der Monarchie der Ely der Herrschaft ein fest begrenzter sei.

Natürlich war man in der Münchener Arbeiterschaft über diese professorelle Taktlosigkeit ungehalten. Man wollte keine Kreisblatt-Artikel und Fibelanstöße hören, man wollte keine neue Probe von dem „wissenschaftlichen“ Mißbrauch zur Vertretung herrschender Interessen, sondern man wollte eben Aufklärung über wissenschaftliche Tatsachen erhalten. Die „Post“ meint nun, da sie man wieder, wie sich die Sozialdemokratie zur Wissenschaft stelle. Sie wolle nur das hören, was sie selbst für richtig halte.

Sozialdemokratische Arbeiter sind über dem Verdacht erhaben, daß sie sich durch die satism bekannten Zugeständnisse zur Begründung der Monarchie irgendwie verorten lassen oder sich auch nur über sie ärgern. Jhrenwegen konnte Herr Rehm denken und lehren, was er wollte. Nur brauchten just Arbeiter keinen Professor zu bemühen, um von ihm sich über Vorklesungen belehren zu lassen, die sie sich selbst an den Schulbänken abgelaufen hatten. Sie fühlten mit Recht, daß man sie um ihre kostbare Zeit durch dieser Tiraden brachte.

Die Schlußbehauptungen des Herrn Professor Rehm, daß er nach wissenschaftlicher Untersuchungsmethode seine Resultate gewonnen habe, sind natürlich baxer Unstun. Alle großen Denker der Menschheit haben sich für die Republik als die dem Verstande gemäße Form des Staates ausgesprochen. Aber selbst wenn man die Frage Republik oder Monarchie als nicht lösbar nach exakt wissenschaftlicher Methode erachtet, so würde es sich eben um verschiedene Anschauungen handeln, die nach wissenschaftlichen Grundfragen nicht entschieden werden könnten. Auf keinen Fall aber würde es ein mit der Volksaufklärung ernst nehmender Gelehrter für vereinbar halten, die erste Gelegenheit zu benutzen, um seine Zuhörer statt über wissenschaftliche Tatsachen und Systeme über seine höchst wohl gestimmten monarchischen, doch nur das Maß seines wissenschaftlichen Denkvermögens und Denkwillens charakterisierenden Ueberzeugungen zu belehren. Auch Sozialdemokraten würden sich gern von den Leuchten bürgerlicher Wissenschaft über die Gründe ihrer Anschauungen unterrichten lassen. Wir hätten gar nichts dagegen, wenn Herr Professor Rehm in eine Volksschulung stiege und dort sein monarchisches Verleumdung niederlegte, denn dort gibt es Diskussion, dort gibt es Rede und Gegrede. Als Vortragender aber in Volksvorlesungen hält der Mann Monologe und seine Hörer sind also nicht in der Lage, die pseudowissenschaftliche Dialektik monarchischer Propaganda durch die solidere wissenschaftliche Beweisführung der großen Denker der Kulturgeschichte, die für die Republik eingetreten sind, zu widerlegen.

Wir wissen nicht, ob die Meinungsfreiheit der „Post“ soweit geht, daß sie in ihrem Blatt unter Berufung auf die Wissenschaft sozialistische Anschauungen vertreten läßt, ob sie es für richtig erachtet, wenn in Flottenverein Gegner der Flottenvorlage sprechen, oder in religiösen Kreisen ein Atheist für seine Lehre Propaganda macht. Auf jeden Fall aber sollte ein Gelehrter, den man die hohe Ehre erweist, daß man ihn mit dem Amte beehrt, sozialistische Arbeiter über wissenschaftliche Fragen aufzuklären, in seinem eigenen Interesse so viel Taktgefühl besitzen, um nicht das Bildungsbedürfnis seiner Hörer zugunsten spottbilliger Argumente für die herrschenden Interessen zu verpöhlen. Der Fall beweist unseres Erachtens nicht, daß die Sozialdemokratie gegen die Wissenschaft sei, sondern daß vielmehr die Unversitätsprofessoren gegen die Wissenschaft sind.

Im übrigen läme es auf den Wortlaut des Vortrages an. Der Professor hätte ja auch über die Monarchie und ihre staatsrechtliche Begründung reden können, sofern er nur christlichweise die Tatsache hinzugefügt haben würde, die feststeht, daß in dem System der hervorragenden Vertreter wissenschaftlichen Denkens allerdings die Monarchie keinen Platz gehabt habe. Seine Aufgabe wäre es gewesen, wenn er schon über die Monarchie sprechen wollte, die Gründe und Gegenstände der Monarchisten und der Republikaner objektiv wiederzugeben und den Hörern zu überlassen, durch welche Gründe sie sich überzeugen ließen. An Agitatoren für Whanz mangelt an den deutschen Universitäten gerade nicht; die Arbeiterkraft hat kein Verlangen danach, dieser Propaganda unter der Maske wissenschaftlicher Ueberzeugung seine Zeit zu opfern. Der Fall kann nur das Mißtrauen des Proletariats gegenüber aller Wissenschaft und allen Wissenschaftlern, mit der es von oben begnadet werden soll, verschärfen und das ist bedauerlich, weil es durchaus zu begründen ist, wenn die Ergebnisse der wissenschaftlichen Forschung durch Sachmänner auch der Arbeiterkraft zugänglich gemacht werden.

Konkurrenzzeit.

Die „Frankfurter Zeitung“ regt sich mit auffälligem und hartnäckigem Eifer darüber auf, daß die Sozialdemokratie mit den Ergebnissen des Preuzentages ehrlich zufrieden ist. Die Sozialdemokratie hätte da wiederum nur in der Hauptfrage die Forderungen des entschiedenen Liberalismus aufgenommen und wie

brauchten gar nicht stolz darauf zu sein, wenn wir uns nun endlich entschließen, diesen entschieden Liberalismus zu vertreten. In einer ihrer Betrachtungen ließ sich sogar die „Frankfurter Zeitung“ in ihrem unverständlichen Groll über den Preussentag zu der Verleumdung hinreissen, es sei eine dreifache Lüge des „Vorwärts“, daß keine bürgerliche Partei gegenwärtig für das demokratische Wahlrecht in Preußen eintrete.

Um auf diese letztere Beschuldigung einzugehen, so müssen wir zugeben, daß unsere Feststellung in dem Begründungsartikel zum Preussentag, daß keine bürgerliche Partei in Preußen für das demokratische Wahlrecht eintrete, in der Tat eine dreifache Lüge war, aber keine dreifache Lüge des „Vorwärts“, sondern eine dreifache Lüge des entschieden Liberalismus.

Wir haben uns nämlich noch sehr gelinde ausgedrückt, als wir die einfache Tatsache konstatierten; denn in Wirklichkeit liegt der Fall für den entschieden Liberalismus viel ärger. Denn wir die Verkommenheit dieses entschieden Liberalismus hätten in aller Schärfe zeigen wollen, so hätten wir allerdings noch darauf hinweisen müssen, daß diese bürgerliche Richtung in ihrem Programm die Forderung des demokratischen Wahlrechtes zwar immer noch miterschlept, in ihren Aktionen aber sogar noch auf Verschlechterung des geltenden Dreiklassen-Wahlrechts hinarbeitet.

Die einzige neuere Urkunde über das Verhalten des entschieden Liberalismus zum allgemeinen Wahlrecht in Preußen findet sich in dem nationalliberal-freimüthigen Kompromißvertrag. Daß der entschiedene Liberalismus mit den Nationalliberalen den Kampf gegen das preussische Wahlrecht gemeinsam führt, beweist an sich schon genug. Gegenüber der Beschuldigung der „Frankfurter Zeitung“ aber sei doch nochmals darauf hingewiesen, daß dieser prächtige Antrag des entschieden Liberalismus in seiner Wirkung lediglich darauf hinausläuft, es für alle Zeiten unmöglich zu machen, daß ein Sozialdemokrat in den preussischen Landtag einzieht, während sogar das jetzige System diese Möglichkeit nicht völlig ausschließt. Die dreifache Lüge des entschieden Liberalismus besteht also darin, daß er in seinem Programm aus alter Zeit noch demokratische Forderungen aufstellt, in seinem Handeln aber es versteht, selbst das preussische Wahlrecht zumungunsten des Proletariats zu verschlechtern.

Was im übrigen die Meinung der „Frankfurter Zeitung“ betrifft, der preussische Parteitag hätte seine Forderungen im wesentlichen dem entschieden Liberalismus nachgegeben, so lohnt es sich nicht, darauf einzugehen. Wenn der entschiedene Liberalismus diese Forderungen unterschreibt, wenn er für die Vergesellschaftung des Grund und Bodens eintritt, wenn er für die vollkommene Trennung der Kirche von der Schule und die Einheitschule sich ins Zeug legt, wenn er für die völlige Befreiung der Landarbeiter von der Junkerherrschaft wirkt, wenn er endlich für das demokratische Wahlrecht ohne Unterschied des Geschlechtes agitieren will, so ist uns diese Bundesgenossenschaft durchaus willkommen und wir haben nicht die mindeste Neigung, alsbald Prioritäts- und Vaterlandsklagen über diese Forderungen anzuführen.

Freilich haben wir bisher, obwohl wir die Meinungsäußerungen und die Verharmlichung des entschieden Liberalismus einzigermaßen verfolgt zu haben glauben, noch nichts davon gemerkt, daß er auch nur eine dieser Forderungen in ihrem vollen Umfange theoretisch erhebt, geschweige daß er praktisch für sie agitiert. Wir glauben auch, daß der entschiedene Liberalismus sich ganz entschieden gegen die Zustimmung der „Frankfurter Zeitung“ wehren wird, daß zwischen dem Liberalismus und dem Sozialismus, also dem Prinzip des freien Wettbewerbes und des Privateigentums an Produktionsmitteln auf der einen, der organisierten Vergesellschaftung der Produktion und der Produktionsmittel auf der anderen Seite, kein Unterschied sei, daß der Sozialismus nur die Forderungen des Liberalismus aufnimmt. In Wahrheit liegt nämlich die Sache so, daß der entschiedene Liberalismus sich ein wenig mit der sozialistischen Gedankenwelt die Nuzeln aufgeschmiert hat, die Sozialdemokratie andererseits alle ersten und echten Forderungen, die aus der liberalen Weltanschauung überkommen sind, mit der gleichen Energie vertritt, wie ihre eigenen sozialistischen, während der entschiedene Liberalismus nichts mehr von liberalen Grundsätzen weiß.

Sie bleibt uns. Die „Post“ bestreitet die Mitteilung der „Täglichen Rundschau“, daß sie im Sterben liege. Es handelt sich nur um einige Personalveränderungen in der Redaktion. Unsere Bestürzung, diese liebe Seele zu verlieren, ist zum Glück hinfällig, der in Auslandsorden glänzende Kronstein und Kahlkopf, der Abel-Fremd, bleiben uns erhalten.

Einkommensteuer-Reform in Preußen?

Seit längerer Zeit wird eine Reform des preussischen Einkommensteuer-Gesetzes erwartet. Nach der „Frankf. Zeitung“ soll diese Reform schon für die nächste Zeit in Aussicht stehen. Sie wird, dem genannten Blatte zufolge, eine Erhöhung des progressiven Steuerfußes, der jetzt mit 4 Prozent abschließt, bis auf 5 Prozent bringen, dafür eine Entlastung der unteren Stufen; u. a. auch dadurch, daß die Zahl der Kinder des Steuerpflichtigen bei der Einschätzung mehr als bisher berücksichtigt wird.

Das sieht ja wahrhaftig nach einer kleinen Besserung aus. Wenn man aber bedenkt, wie sehr namentlich die Nationalliberalen schon mit der jetzigen Steuerordnung unzufrieden sind — wegen des Deklarationszwanges wollte ja einst die „Kölnische Zeitung“ ihre monarchischen Gefühle revidieren —, so tut man gut, den Wortlaut des Entwurfes abzuwarten, der vielleicht auch kapitalistische „Kompensationen“ bringt, welche die Verbesserungen wieder aufheben.

Zeugniszwang. Aus Detmold wird uns telegraphiert: In der Angelegenheit der Depesche des Professors Reulds an den Landtags-Abgeordneten Hoffmann ist der Redakteur der „Pfälzischen Landeszeitung“, Max Stürke, in Zwangsnahme genommen, weil er sich weigert, dem Einsender der Depesche zu nennen.

Herr Reulds hatte im Pippelreit in unbekanntem Auftrag telegraphiert, daß man „diesseits“ den Reichstag aus der Entscheidung über die Thronfolgefrage ausschalten wolle. Das Organ des Wipperfurthers hatte dieses private Telegramm veröffentlicht. Die Behörde nahm die Indiskretion eines Telegraphenbeamten an und eröffnete ein Verfahren wider Unbekannt. Nun arbeitet man wieder mit der modernen Folter. An irgend jemand muß man eben seinen Witz auf die Aufdeckung von Skandalaffären auslasten, und irgend jemand ist allemal einer, der sich um die Aufdeckung verdient gemacht hat!

Skandalöse Zustände haben sich, wie man uns aus München schreibt, in der Invaliden- und Altersversicherung, speziell in Bayern, infolge der massenhaften Beitragsunterziehungen entwickelt. In den letzten Tagen wurde festgestellt, daß allein in Nürnberg seit dem Bestehen des Invalidenversicherungs-Gesetzes bis zum Schlusse des Jahres 1902 193 480 Quittungskarten kontrolliert wurden, wobei sich ergab, daß nicht weniger als 388 000 Mark in Werte von über 92 000 M. fehlten. Auf dem Lande, speziell in Niederbayern, sind erfahrungsgemäß die Beitragsunterziehungen noch viel umfangreicher. Den Schaden davon haben fast regelmäßig die Arbeiter, die — namentlich wenn plötzlich Invalidität eintritt — unvermutet vor der Tatsache stehen, daß sie keine Rente bekommen können, weil für sie jahrelang keine Marken mehr gestellt worden sind, so daß die gesetzlich vorgeschriebenen Wartezeiten nicht erfüllt wurden.

Nun steht einem so geschädigten Arbeiter zwar die Möglichkeit offen, für den ihm entstandenen Schaden den betreffenden Arbeitgeber im Zivil-Streitverfahren haftbar zu machen. Letzterer wird auch, wenn seine Schuld an der Nichtentrichtung der Beiträge nachgewiesen ist, verurteilt, dem geschädigten Arbeiter Ersatz für die entgangene Rente zu gewähren. Aber in sehr vielen Fällen wird die verurteilten Arbeitgeber nicht zahlungsfähig. Wir erinnern nur an die zahllosen Pauschwindler und ähnliche unjaubere Existenzen.

Noch zahlreicher sind aber die Fälle, wo die invaliden Arbeiter gar nicht mehr nachweisen können, bei welchen Unternehmern sie beschäftigt waren und wer ihnen keine Marken eingelebt hat.

Es muß leider gesagt werden, daß viele Arbeiter leichtsinnig genug sind, sich gar nicht darum zu kümmern, ob ihre Quittungskarten in Ordnung sind, wenn sie aus einem Arbeitsverhältnis austreten. Das ist namentlich bei jenen Kategorien der Fall, die ihre Stellen häufig wechseln müssen, zum Beispiel besonders bei den Bauhülfsarbeitern. Deshalb wäre es dringend zu wünschen, daß die Arbeiterorganisationen ihre Mitglieder nachdrücklich und wiederholt über die einschlägigen Bestimmungen des Invalidenversicherungs-Gesetzes belehren. Aber auch die Regierung hat die verdamnte Pflicht und Schuldigkeit, durch eine viel intensivere und rigorosere Kontrolle dafür zu sorgen, daß die Unwissenheit so vieler Arbeiter nicht durch gewissenlose Unternehmer in so skandalöser Weise ausgebeutet werden kann.

Sachsen-Weimar. Es wird immer schöner! Jetzt hat in Eiterwinden bei Eisenach der Gemeindevorstand sogar das Weichheitsvergnügen unserer Genossen verboten. Konzert, humoristische Vorträge und Pantomime sind staatsgefährliche Veranstaltungen. Als „Grund“ wird aber diesmal nicht nach Schema & Verfahren, sondern der Bürgermeister darf das geplante Vergnügen nicht abhalten lassen, weil er am 4. Dezember eine Versammlung statthalten ließ und zuvor nicht den Herrn Bezirksdirektor gefragt hat. Strafe muß sein. Die Dorfbürgermeister müssen wissen, daß sie nur die Handlanger der Bezirksdirektoren sind.

Eine Mahnung des Zentrums-Abgeordneten Heim kündigt die bayerischen Arbeiter die „Neue Freie Volkszeitung“ in München an. Abg. Heim ist Igl. Reallehrer in Ansbach und gleichzeitig Leiter der Fichtelgebirgs-Verkaufsgenossenschaft. Wegen seiner Tätigkeit im Nebenberufe soll Abg. Heim dem bayerischen Landtag zufolge zur Verantwortung gezogen sein. Darauf habe er derb geantwortet, worauf das bayerische Kultusministerium einen Erlaß zur Mahnung des Abg. Heim an den Regierungspräsidenten von Mittel-Franken gerichtet haben soll.

Stuttgart, den 4. Januar 1903. (Privattelegramm.) Ueber der gesetzgeberischen Reformtätigkeit des württembergischen Landtages waltet ein Laster. Es ist leicht möglich, daß die Gemeindeform, deren Weiterberatung die zweite Kammer gestern und heute fortgesetzt hat, noch im letzten Augenblicke zum Scheitern kommt. Die heute im Sitzungstempo durchgeprüften Abschnitte über das Disziplinarverfahren gegen Gemeindevorstände und über die Staatsaufsicht über die Gemeindeverwaltung gaben im wesentlichen nur Anlaß zu kleinen juristischen Schmärgeln, denn die in ihnen enthaltenen Eingriffe in die kommunale Selbstverwaltung zum Gegenstand prinzipieller Erörterungen zu machen, war zwecklos, nachdem es sich nur mehr um einzelne Bestimmungen für ein von der Mehrheit der Regierung schon bei Beratung des ersten Abschnitts zugehandeltes allgemeines Recht handelte. Nur der Artikel, welcher in der Kommissionsfassung dem Vertreter der staatlichen Aufsichtsbehörde das Recht einräumt, wenn es notwendig erscheint, an den Sitzungen der bürgerlichen Kollegien teilzunehmen, führte zu einer umfangreichen Debatte. Das Zentrum ergriff die wohlfeile Gelegenheit, ein demokratisches Rad zu schlagen und beantragte durch Erörterung eine Begrenzung dieses Rechts auf genau festgestellte Fälle, was dann auch mit großer Mehrheit vom ganzen Hause beschlossen wurde.

Für die Lust, sich an den Debatten zu beteiligen, mag auch maßgebend gewesen sein, daß die Gefahr eines Scheiterns der Gemeindeform in ein altes Stadium getreten ist. Bekanntlich ist der vorige Abschnitt über die Verfassung der großen Städte an die Kommission zurückverwiesen worden, die am Sonnabend in die Beratung des von dem Volksparteier Ausschusse ausgearbeiteten neuen Entwurfes eintraten sollte. Was inzwischen über diesen von uns bereits gekennzeichneten Entwurf bekannt geworden ist, erweckt den Zweifel, ob es seinem Urheber überhaupt ernst mit ihm sei. Sie heute im Landtage bekannt wurde, hat Minister von Bischoff in einem Schreiben an den Kommissionsvorsitzenden es abgelehnt, den volksparteilichen Vorschlag zur Grundlage weiterer Beratungen zu machen, und Bismarck soll sich bereit erklärt haben, eine Einzeländerung vorzunehmen. Doch wird die Volkspartei nicht unerbittlich sein und sich bereit finden lassen, den Proporz zu opfern. Auf diese Verleugnung der Proportionalwahl unter Wahrung des äußeren Scheines stützt die ganze Politik der Volkspartei schon lange hin. Wohl hat sie ihre Herrschaft auf dem Stuttgarter Rathhaus noch einige Jahre weiter zu fristen. Der Zentrumsabgeordnete Miene hat im Laufe der letzten Sitzungen unter Hinweis auf die von Wahl zu Wahl anwachsenden sozialdemokratischen Stimmen in Stuttgart auf die Möglichkeit hingewiesen, daß die Listenwahlen in absehbarer Zeit zur Alleinherrschaft der Sozialdemokratie in dem Stuttgarter Rathhaus führen werde. Aber sie glauben dieser Warnung spotten zu können. Kommt es jedoch zu einer Einigung zwischen Regierung und Volkspartei unter Preisgabe des Proporz, so ist es leicht möglich, daß das Zentrum Schwierigkeiten macht und die Vorlage zu Fall bringt. Die Sozialdemokratie hätte keinen Anlaß, ihr eine Träne nachzuweinen.

Südwesafrika.

Berlin, 4. Januar. (Amtliche Meldung.) Ein Telegramm aus Windhof meldet: An Typhus sind gestorben: Reiter Heinrich Müller, geboren am 23. Februar 1880 zu Heben, am 31. Dezbr. 1904 im Lazarett Djinibinde. Reiter Paul Ahrendt, geboren am 19. September 1880 zu Anklam, am 29. Dezember 1904 im Lazarett Euliro. Reiter Kasper Hubert, geboren am 30. Januar 1885 zu Hofheim, am 1. Januar 1905 im Lazarett Djinibinde. An Typhus und Ruhr ist gestorben: Sergeant Eduard Schröder, geboren am 1. März 1873 zu Magdeburg, am 1. Januar 1905 im Lazarett Waterberg.

Die Bewegung in Rußland.

Die Eroberung von Port Arthur hat in Rußland mit so elementarer Wucht gewirkt, daß die Zensur es für geraten hält, den aufgeschickerten Jörn sich frei entladen zu lassen. Russische legale Blätter führen heute eine Sprache, für die sie in — Königsberg wegen Hochverrats prozessiert werden würden.

Der „Tag“ übermittelt telegraphisch einige Preßäußerungen. So schreibt die „Ruh“:

„Trotzdem bereits alles um uns her von Krieg sprach, dachten wir nicht daran, uns vorzubereiten. Roßstewenski wäre genau zwei Monate früher angekommen und hätte Port Arthur gerettet, wenn die Ausrüstung seiner Flotte sofort nach Beginn des Krieges begonnen hätte. Die Presse hätte laut die Gesellschaft hierauf aufmerksam machen müssen; doch vor elf Monaten war noch das selbsterlöschende System Plekows am Ruder, das sowohl der Presse als auch der Gesellschaft einen Waukoff anlegte. So duldeten wir alle bis zur Kapitulation Port Arthurs. Was denkt man eigentlich? Es kann doch eine offene Sprache der Presse nur eine Wohlthat, aber nichts Böses hervorbringen. Im Interesse des Volkes fürchtet euch nicht, ihr Liberalen, ein Sieg muß kommen, damit um jeden Preis der Krieg beendet wird. Doch nicht allein ein Sieg im Felde ist nötig, das ganze Volk muß seine Kraft anspannen und in dieser furchtbaren Sache seine eigene erblicken. Das japanische Volk jubelt heute mit Recht; wir dagegen, wir mußten so gut wie nichts vom Gange der Ereignisse. Nur diejenigen, welche zensurfreie ausländische Zeitungen lasen, waren unterrichtet. Wir hier mußten verbreiten, daß die Japaner immer nur kleine Befestigungen eingenommen hätten und der Sturm auf die eigentlichen Forts noch in weitem Felde liege. So arbeitete hier die Zensur! Wir ledigen aber nach Wahrheit.“

Raschidni“ schreibt: „Ein Land, fünfzigmal kleiner als Rußland, besitzt Freiheit, Selbstständigkeit und Vorsehenheit. Dafür erreichte es auch, was ihm nicht tut, und das ist in erlauntenwert kurzer Zeit geschaffen. Es verdankt seine Siege über uns lediglich unseren historischen Sünden und Fehlern.“

Auf der anderen Seite sucht man die Erregung durch Ausstreunungen über „ernste Reformen“ zu beschwichtigen. Man verbreitet zu diesem Zweck Bulletin über Beschlüsse von Ministerkonferenzen, die nach etwas ausfeilen sollen, aber innerlich wertlos sind, weil sie die bürokratisch-absolutistische Willkürherrschaft nicht antasten. So wird unterm 4. Januar aus Petersburg die folgende Meldung verbreitet:

In der gestrigen Sitzung sprach sich das Ministerkomitee dahin aus, daß die Handlungen aller Staatsbeamten streng und ausnahmslos in Uebereinstimmung gesetzt werden müssen mit dem Befehl; daher sei es unzulässig, daß dem Kaiser Berichte vorgelegt werden, welche ein Abweichen von dem Befehl herbeiführen könnten. Uebereinstimmend äußerten die Mitglieder des Komitees, der Senat müsse die Rechte der höchsten Justizinstitution nebst einigen administrativen Vorrechten erhalten und als solche unabhängig und nicht dem Justizminister unterstellt sein; ferner wurde der Wunsch ausgesprochen, daß eine besondere aus Mitgliedern des Reichsrates und Senatoren bestehende Kommission die Befugnisse des Senats genau abgrenze.

Alle diese „bedeutsamen“ Versprechungen dienen natürlich nur dem Zweck, die revolutionäre Bewegung einzudämmen und das russische Volk um seine Grundforderung zu betrügen: Einberufung einer konstituierenden Nationalversammlung auf Grund des demokratischen Wahlrechts. Daß diese elementare Forderung durchgeführt werde, das erfordert die einmütige Arbeit aller revolutionären Gruppen.

Eine bemerkenswerte Kundgebung seitens der russischen Akademiker mit technischer Bildung hat in Petersburg stattgefunden. Am 18. Dezember fand im Restaurant Cozent eine Versammlung der Ingenieure aller Berufsarten und der Dozenten an den technischen Hochschulen statt. Zum Vorsitzenden wurde gewählt Professor Kirpitschew, zu Bureaumitgliedern die Professoren Brandt, Welshsky, Gordejent, Lomshalow, Schtschulin und noch fünf Ingenieure. Die Versammlung kam, nach Beurteilung der Lage der vaterländischen Industrie, zu folgendem Schluß:

Das Gedelien der russischen Industrie ist nur möglich auf dem Boden einer weitgehenden Entwicklung der öffentlichen und persönlichen Selbsttätigkeit.

Notwendige Bedingungen für eine solche Entwicklung sind: die vollständige Unverletzlichkeit der Person, das Versammlungs- und Vereinsrecht, die Rede- und Pressefreiheit. Nur bei Sicherung dieser Rechte ist die Verbreitung und die Vertiefung der Volksbildung zu erreichen, ohne welche die Erhöhung der Produktivität der Arbeit unmöglich ist. Das Fehlen dieser Bedingungen führt zum Verfall unierer höheren Bildung, dieser Grundlage des technischen Fortschritts, da täglich hunderte junger Kräfte, die für Rußland notwendig sind, dem Untergang entgegengeführt und die besten Vertreter der Wissenschaft von den Universitäten und Spezialschulen abgehoben werden. Nur bei der Teilnahme der Gesellschaft an der geschäftlichen Arbeit ist eine Stabilität sowohl in unierer Wirtschaftspolitik als auch auf dem Gebiete des Arbeiterschutzes zu erreichen, das jetzt unaußerlichen Schwankungen unterliegt und oft die Anbahnungen seiner zufälligen Leiter widerspiegelt; diese Teilnahme bietet die größte Gewähr für eine gleichmäßige Verwirklichung der Bedürfnisse aller Gesellschaftsklassen. Nur eine Kontrolle der Volksvertreter über das Budget kann eine den Interessen des gesamten Volkes entsprechende Veranschlagung der G. Mittel des Volkes sichern, Mit Rücksicht auf alles dies erachtet die Versammlung für dringend erforderlich für die weitere Entwicklung der russischen Industrie: die Eröffnung eines weiten Weges für die Selbsttätigkeit der Gesellschaft, die Ueberlassung dem ganzen Volke der Teilnahme an der Gesetzgebung durch frei gewählte Vertreter und Sicherung der persönlichen Rechte, was nur möglich ist unter der Voraussetzung der Erziehung des gegenwärtigen bürokratischen Regimes durch eine repräsentative Regierungsform.

Der einzige Weg zur erfolgreichen Lösung dieser Frage ist nach der tiefen Ueberzeugung aller Versammelten die sofortige Einberufung von Volksvertretern zur Anarbeitung neuer Grundlagen des Staatslebens und als notwendige Voraussetzung der regelmäßigen Arbeit dieser Versammlung die Aufhebung der Bestimmungen über die verstärkten Sicherheitsmaßnahmen, Einführung der Pressefreiheit, vollständige Amnestie für alle für politische Verbrechen Verurteilten und auf administrativem Wege Verbannten.

Die Resolution wurde von sämtlichen 492 Versammlungsteilnehmern unterzeichnet, außerdem wurden noch weitere Unterschriften gesammelt durch Uebertragung der Resolution an Ingenieure, die im Reich leben.

Agitation für die Konstitution. Aus Wresl-Litowsk wird berichtet: Am Sonnabend, den 10. Dezember, fand hier eine Manifestation statt. Um 5 Uhr nachmittags hatte die lokale Organisation des „Jüdischen Arbeiterbundes“ eine öffentliche Massenversammlung veranstaltet, die aus dem Plage neben der katholischen Kirche, in der Nähe des Gebäudes der Militärverwaltung, stattfand. Die Soldaten bemerkten das Ansammeln der Arbeiter, aber keiner von ihnen führte die Versammlung. 500 Personen waren zugegen. Der Redner, der 4 Stunden sprach, erörterte die Bedeutung des jetzigen historischen Zeitpunktes, wies auf den ungeheuren Schaden des Krieges hin, auf das Erwachen der liberalen Opposition, und forderte, nach Aufhebung der Bedeutung eines offenen Protestes des Proletariats in solchen Momenten, zur Demonstration auf. Seine Rede hinterließ einen starken Eindruck. Die Arbeiter begaben sich sofort in Gruppen in das Zentrum der Stadt, und hier fand auf der belebtesten Straße, in Gegenwart der Polizei und des Militärs, sowie eines zahlreich herbeigeströmten Publikums, die Manifestation statt. Ein Redner trat hinaus auf die Mitte der Straße und rief mit lauter Stimme aus: „Wir, die jüdischen Arbeiter von Wresl-Litowsk, protestieren gegen die Willkür der Zarenregierung und fordern sofortige Einstellung des Krieges.“ Die Manifestanten antworteten mit lautem „Hurra“ und revolutionäre Andrufe wurden laut. Aus der Mitte der Manifestanten ertönten einige blinde Revolvergeschosse. Die Polizei versuchte den Redner festzunehmen, doch gelang ihr das nicht.

Die „Letzten Nachrichten“ des „Jüdischen Arbeiterbundes“ berichten von einer am 10. Dezember in der Synagoge zu Bialystok stattgehabten imposanten Demonstration gegen den Absolutismus wie folgt:

In Bialystok hat gegenwärtig eine lebhafteste Bewegung Platzgegriffen. Die dortige Organisation des „Jüdischen Arbeiterbundes“ beschloß, eine Massenversammlung in der Synagoge des Arbeiterviertels zu veranstalten. Waffen wurden besorgt, Patrouillen organisiert und die Versammlung auf Sonnabend, am 5. Uhr nachmittags, anberaumt. Kaum war das Abendgebet zu Ende und in der Synagoge nur 20—30 Leute verblieben, als die Türen der Synagoge geschlossen wurden. Niemand wurde mehr herausgelassen, und allmählich begann die Synagoge sich mit herbeiströmenden Arbeitern zu füllen. Um 8 Uhr war die Synagoge voll von Leuten: Arbeiter und Arbeiterinnen, junge und alte Leute. In der Arbeitermasse waren auch einige zwanzig Kleinbürger bemerkbar, die den Vorgängen aufmerksam folgten. Auf der Straße neben der Synagoge stand eine Schar von Bewaffneten. Auch viele der übrigen Arbeiter waren bewaffnet. Der Masse hatte sich eine revolutionäre Stimmung bemächtigt, sie fühlte sich hart und einig. Die Zahl der Arbeiter wuchs unterdessen bis auf 1000 an. Die Leute standen auf Tischen und auf Bänken. Ein Redner betrat nun die Tribüne und von diesem ungewöhnlichen Orte ertönten revolutionäre Worte. Der Redner wies auf die Notwendigkeit einer Massenabwehr der Polizei gegenüber hin und beschwor die Anwesenden, fest im Kampfe auszuhalten. Er schilderte das Unglück des vom Absolutismus geknechteten Landes, all das Unheil, das der Despotismus besonders durch den jetzigen unglückseligen Krieg dem Proletariat bringt, erörterte die Bedeutung der liberalen Opposition und der Stellungnahme des Klassenbewußten Proletariats zu letzterer und forderte zum Kampfe für eine demokratische Republik und den Sozialismus

auf. Nach ihm verlas ein anderer Redner folgende vom Komitee des jüdischen Arbeiterbundes verfaßte Resolution:

In Erwägung, daß der gegenwärtige Krieg der Arbeiterklasse und der übrigen Bevölkerung nur Unheil und Armut bringt; daß die Autokratie, auf der ganzen Bevölkerung lastend, der Entwicklung des Proletariats und seines Kampfes um den Sozialismus besonders hinderlich ist;

in Erwägung ferner, daß eine demokratische Republik die Freiheit des sozialistischen Kampfes in allerbesten Weise sichern würde, und daß daher die von dem Gewerkskongress zu Petersburg aufgestellten Forderungen und nicht zufriedenstellen können, verlangen wir, die jüdischen Arbeiter von Bialystok, die sofortige Einstellung des Krieges und die Einberufung einer von sämtlichen über 20 Jahre zählenden Bürgern und Bürgerinnen gewählten Nationalversammlung, welche die Grundgesetze einer demokratischen Republik auszuarbeiten hat. Wir sind bereit, offenen Kampf um die Erreichung unserer Forderungen zu führen. Nieder mit dem Absolutismus, nieder mit dem Krieg!

Hoch die demokratische Republik! Hoch der Sozialismus!
Die Resolution wurde von der Versammlung mit großem Beifall angenommen.

Gewerkschaftliches.

Schonwaid in der Schlinge.

Ein Malermeister in Biegnitz war vom Schöffengericht wegen Vergehen gegen § 153 der Gewerbe-Ordnung zu zwei Tagen Gefängnis verurteilt worden, weil er während des Bauarbeiter-Ausstandes einem arbeitswilligen Polier darüber Vorwürfe gemacht haben soll, daß er sich seinen streikenden Kollegen nicht anschließe. Der Arbeitgeber legte gegen das Urteil Berufung ein und erzielte vor der Strafkammer seine Freisprechung. Wie schlesische Provinzialblätter melden, wurde angenommen, daß er seine Keuherung gar nicht ernst gemeint habe und daß er auch nicht zu dem Kreise derjenigen Personen gehöre, welche die §§ 152 und 153 der Gewerbe-Ordnung im Auge haben!

Endlich eine Erklärung dafür, warum noch kein Unternehmer den Maschinen des § 153 verfiel! Schade nur, daß wir in den angezogenen Paragraphen keine Andeutung zu finden vermögen, wonach die Anwendung derselben lediglich auf die Arbeiterschaft beschränkt bleiben muß. Aber die deutsche Richterwelt muß darin wohl mit ihren gelehrten Kollegen in Biegnitz einig sein und da hat natürlich unser beschränkter Laienverstand sich zu bescheiden.

Berlin und Umgegend.

Zur Lehrlingsfrage meiden bürgerliche Blätter, daß die Berliner Handwerksmeister der neuen Lehrlingsorganisation durch Einführung neuer Lehrverträge zu Leibe wollen. In den neuen Lehrvertrag wird die Bestimmung aufgenommen, daß ohne Einwilligung des Lehrherrn der Lehrling weder einer Vereinigung beitreten, noch Versammlungen besuchen darf, und daß Zuwiderhandlungen hiergegen dem Lehrherrn das Recht geben zur sofortigen Lösung des Vertragsverhältnisses. Gleichzeitig ist ein sogenannter Sicherheitsfonds vorgesehen. Ein Teil der Entschädigungen, die der Lehrherr vertragsmäßig zahlt, wird für den Lehrling als „Spargeld“ angelegt. Diese Gelder verfallen zugunsten der Innungskasse, sobald das Lehrverhältnis durch Schuld des Lehrlings gelöst wird. Zum 1. April werden diese neuen Lehrverträge von allen Innungen in Berlin übernommen.

Zum Abschluß von Lehrverträgen gehören bekanntlich zwei Die Herren Meister, welche den Eltern solche Verträge vorlegen, dürfen sich in Berlin vielleicht bald vergeblich nach Lehrlingen umsehen. Da aber die Lehrlingsfrage nun einmal ins Rollen gekommen ist: Bei der Abfassung von Lehrverträgen für die Innungsmeister haben auch die Gesellen ausfindig mitzuwirken, die sich deswegen vielleicht einmal zu einer Anfrage an geeigneter Stelle entschließen. Und mit den Lehrverträgen für die übrigen Meister, die ebenfalls dringend einer Verbesserung bedürfen, besaßen sich vielleicht einmal die Gewerkschaften!

Die Einigungsverhandlungen der Tischler

wurden gestern in öffentlicher Sitzung unter der Leitung der Herren Gewerbegerichtsdirektor v. Schulz und Gewerbegerichtsbekannter Verrhard fortgesetzt. Die Verhandlungen sind, wie vorweg bemerkt sein mag, trotz langer Dauer noch nicht über das Anfangsstadium hinausgekommen, und es läßt sich, nach dem gestrigen Gange der Verhandlungen, noch nicht im entferntesten beurteilen, wie dieselben verlaufen werden.

Der Vorsitzende des Holzarbeiter-Verbandes, Klotz, hatte den Auftrag erhalten, die Bedingungen, auf welche sich beide Parteien in den vorausgegangenen vertraulichen Beratungen verständigt hatten, in einem formulierten Vertragsentwurf zusammenzufassen. Nach Eröffnung der gestrigen Sitzung legte Klotz diesen Entwurf vor, der als Grundlage der weiteren Verhandlungen dienen soll. Dann hielten die Vertreter der Parteien gesonderte Besprechungen über den Entwurf ab, und nachdem die allgemeine Sitzung wieder eröffnet war, trat man in die Spezialberatung ein.

Als Vertragsgliedernde auf der Seite der Arbeitgeber stehen: 1. Die freie Vereinigung der Holzindustriellen, 2. der Zentralverband der Bauhandwerker, 3. die Vereinigung der Unternehmer in der Bodeneinrichtungsbranche. — Geltungsbereich des Vertrages ist Berlin und seine Vororte, welche später noch namhaft gemacht werden sollen.

Für die Tischlerinnung gab Obermeister Rahardt die Erklärung, daß sich diese Korporation an dem Vertrage nicht beteiligen könne, weil sie durch gesetzliche Bestimmungen nur an den Gesellen, ansich als Vertretung der Arbeiter gebunden sei, mit Arbeiterorganisationen aber keine Verträge abschließen dürfe. — Nach dieser Erklärung bemerkte Klotz, es bleibe nunmehr zweifelhaft, ob die Innung, da sie nicht an den Vertrag gebunden sei, sich verpflichtet fühle, ihren Arbeitsnachweis aufzuheben, wie es die vertragsschließenden Organisationen tun müssen, nachdem der paritätische Arbeitsnachweis eingerichtet ist. — Obermeister Rahardt beantwortete diese Frage dahin, daß die Innung mit dem 1. Juli ihren Arbeitsnachweis aufheben werde.

Auf der Seite der Arbeiter stehen als Vertragsgliedernde: 1. der Deutsche Holzarbeiter-Verband, 2. der Gewerbeverein der Tischler, 3. der Verband der Möbelpolierer, 4. der Christliche Holzarbeiter-Verband, der in Berlin etwa 150 Mitglieder hat.

Der Vertreter der Möbelpolierer machte den Beitritt seiner Organisation zum Vertrage davon abhängig, daß für Grundrindern kein geringerer Lohn gezahlt werde wie für Polierer, er gab sich dann mit der Erklärung zufrieden, daß die Regelung dieser Angelegenheit zu den Aufgaben der Schlichtungskommission gehöre.

Eine sehr lange Debatte entstand darüber, ob der Vertrag auch für den Verband der aus Holzbearbeitungsmaschinen beschäftigten Arbeiter gelten solle. Die Vertreter der Maschinenarbeiter erklärten, sie seien grundsätzlich für den Abschluß eines Vertrages, die sie dem Vertrage wollten sie jedoch nicht beitreten, weil er nur für Tischlerarbeiten gelte, die Verhältnisse der Maschinenarbeiter nicht berücksichtige und weil ja die Holzbearbeitungsfabriken, in denen zwei Drittel der betreffenden Arbeiter beschäftigt sind, nicht am Vertrage beteiligt sind. Die Maschinenarbeiter seien bereit, wegen Abschluß eines Vertrages mit den Unternehmern ihres Berufes in Verhandlungen zu treten. — Obermeister Rahardt erklärte kurz: Wenn die Maschinenarbeiter dem Vertrage nicht beitreten, kann ihnen er

auch nicht für die Tischler abgeschlossen werden. Die Arbeitgeber machen den Abschluß des Vertrages unter allen Umständen davon abhängig, daß ihn auch die Maschinenarbeiter anerkennen. — Herr Verrhard als Vertreter der Unternehmer gab zu, daß das Verlangen der Maschinenarbeiter berechtigt sei, weil in dem vorliegenden Vertrage nichts enthalten sei, was auf die Verhältnisse der Maschinenarbeiter nicht zuträfe. Er hält es auch für berechtigt, daß in dem paritätischen Arbeitsnachweis eine besondere Abteilung für Maschinenarbeiter eingerichtet werde. Bei gutem Willen lasse sich der Wunsch der Maschinenarbeiter sehr bald realisieren. — Nachdem Obermeister Rahardt im Laufe der weiteren Verhandlungen noch mehrmals kategorisch erklärt hatte, ohne den Beitritt der Maschinenarbeiter gebe es keinen Vertrag, machte der Unparteiische Verrhard den Vorschlag, daß bis zum Abschluß eines Sondervertrages für die Maschinenarbeiter diese in den unter den vorliegenden Vertrag fallenden Betrieben nicht zu Arbeitsniederlegungen schreiten, sondern vorkommende Differenzen der Schlichtungskommission unterbreiten. — Damit erklärten sich die Vertreter der Maschinenarbeiter einverstanden. Obermeister Rahardt bemerkte jedoch, er gebe über diesen Punkt keine prinzipielle Erklärung, worauf auch die Maschinenarbeiter ihre vorige Erklärung zurückzogen und an dem Abschluß eines besonderen Vertrages festhielten.

Dieselben Einwendungen wie die Maschinenarbeiter machte auch der Vertreter des Zentralvereins der Bildhauer; er wünschte den Abschluß eines Vertrages, der alle Arbeiter seines Berufes umfasse und seine Organisation nicht zur Aufgabe ihres Arbeitsnachweises verpflichte. — Die Einwendungen der Bildhauer erkannte Obermeister Rahardt an, er erklärte auch auf eine dahingehende Anfrage, daß nach Errichtung des paritätischen Arbeitsnachweises nicht von den Unternehmern gegen den Nachweis der Bildhauer agitiert werden solle, vorausgesetzt, daß auch die Bildhauer nicht dagegen aufstehen, wenn Kollegen von ihnen durch den paritätischen Arbeitsnachweis vermittelt werden. — Der Vertreter der Bildhauer gab eine dahingehende Zusage.

Ein Vertreter des Fachvereins der Tischler gab die Erklärung ab, seine Organisation sei gegen den Abschluß von Tarifverträgen mit längerer Dauer und trete dem Vertrage deshalb nicht bei.

Schließlich kam es noch zu lebhaften Erörterungen über eine Angelegenheit, die in einer der vertraulichen Sitzungen angeregt worden ist. Es handelt sich um folgendes: In einer Reihe von Betrieben — wie inzwischen festgestellt wurde, sind es 68 — haben die Arbeiter verschiedene Bündnisse von untergeordneter Bedeutung, die sie vor der Beilegung der Aussperrung erleidigt sehen möchten. Es handelt sich nicht um Forderungen, die durch den Vertrag geregelt werden, sondern um Angelegenheiten, die selbst von einzelnen Vertretern der Arbeitgeber als äußerst nebensächlich und leicht erfüllbar bezeichnet wurden. Die Vertreter der Arbeiter schlugen vor, daß diese Bündnisse zwischen den beteiligten Arbeitern und ihren Arbeitgebern sofort geregelt werden, und wo dies möglich sein sollte, vielleicht durch die Schlichtungskommission erledigt werden könnten. — Wieder stemmte sich Obermeister Rahardt mit großer Energie gegen diesen Vorschlag, und stellte das gänzliche Scheitern des Vertrages in Aussicht, wenn die Arbeiter auf ihrem Verlangen beharren sollten. Die Arbeitervertreter hielten dem entgegen, daß die Erfüllung dieser Wünsche in den meisten Betrieben schon erlangt sei, ehe die nächste Einigungsfrist stattfände. Obermeister Rahardt wollte aber davon nichts wissen, er betonte wiederholt, daß diese Angelegenheit geeignet sei, den Vertrag zum Scheitern zu bringen, worauf Klotz bemerkte, wenn man auf jener Seite bei jeder Gelegenheit vom Abbruch der Verhandlungen und vom Scheitern des Vertrages rede, dann werde auch den Arbeitern die Sache über und sie könnten die Verhandlungen abbrechen. Daran könne aber doch beiden Seiten nichts liegen. Wenn es aber so weiter gehe, dann müsse man ja die Lust zum Verhandeln verlieren. — Auf Seiten der Arbeiter wurde wiederholt versichert, daß man, wenn die Arbeitgeberorganisation nicht dazwischen trete, sehr bald zu einer Regelung der fraglichen unbedeutenden Differenzen kommen werde. Man könne den betreffenden Arbeitern wirklich nicht zumuten, daß sie jetzt die Arbeit wieder aufnehmen und auf die längst gestellten gerechten Forderungen verzichten sollen.

Um 1/2 11 Uhr abends wurden die Verhandlungen vertagt, sie werden am nächsten Dienstag, vormittags 10 1/2 Uhr, fortgesetzt.

Am Freitag abend hält der Holzarbeiter-Verband eine Vertrauensmänner-Versammlung bei Keller in der Sappenstrasse ab.

Deutscher Holzarbeiter-Verband. Heute Donnerstag, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15: Sitzung der Ortsverwaltung.

Die Bildhauer und die Einigungsverhandlungen in der Holzindustrie. Als die Bildhauer im letzten Sommer einen für die ganze Branche geltenden Tarifvertrag einzuführen suchten, waren es die Holzindustriellen, die dem widersetzten. Jetzt aber bei den Einigungsverhandlungen vor dem Gewerbegericht möchten sie alle Branchen der Holzindustrie und damit auch die Holzbildhauer in das Vertragsverhältnis einbeziehen und dem geplanten paritätischen Arbeitsnachweis angliedern, und ihre Vertreter erklären sogar, daß die Verhandlungen scheitern müßten, wenn die Spezial-Branchen, wie die Bildhauer und die Maschinenarbeiter nicht darauf eingehen wollten. Am Dienstag besaßte sich mit dieser Frage eine Branchenversammlung der Holzbildhauer, die im Gewerkschaftshaus tagte. Der Vertrauensmann Ahmann, der als Vertreter der Branche an den Verhandlungen teilnimmt, und die meisten Diskussionsredner sprachen sich ganz entschieden gegen den Anschluß an den geplanten paritätischen Nachweis aus; einzelne Redner äußerten jedoch die Ansicht, daß man darauf eingehen könnte, wenn volle Parität gewahrt und das Antrags befreit werde (was aber die Arbeitgeber nicht wollen). Ein Tarifvertrag der Holzbildhauer müßte alle Prinzipale, also auch die eigentlichen Holzindustriellen-Prinzipale, die bei den Verhandlungen vor dem Gewerbegericht nicht vertreten sind, umfassen, und würde eine geraume Zeit zur Ausarbeitung beanspruchen. — Folgende Resolution wurde mit allen gegen fünf Stimmen angenommen:

„Die Versammlung lehnt es mit aller Entschiedenheit im vollen Bewußtsein der daraus resultierenden Konsequenzen ab, zugunsten des von der Holzindustriellen-Vereinigung und dem Holzarbeiter-Verband geplanten paritätischen Nachweises ihren gut funktionierenden Arbeitsnachweis preiszugeben. Einem selbigen Verträge würden die Bildhauer sich nach wie vor unter der Bedingung anschließen, daß: 1. der Arbeitsnachweis der Bildhauer von diesem Vertrage ausgeschlossen bleibt, und 2. dieser Vertrag die besonderen Verhältnisse des Bildhauerberufes berücksichtigt. In Verhandlungen in diesem Sinne sind die Bildhauer jederzeit bereit.“

Deutsches Reich.

Bei der Firma Gebrüder Stöwer in Stettin sind eine Anzahl Arbeiter aus Hannover eingetroffen, denen man verschwiegen hatte, daß sie Streikbrecherdienste leisten sollten. Nach erhaltenem Kenntnis von dieser Sachlage haben sie die Arbeitsaufnahme verweigert und fordern nun Ersatz der Reisekosten nach Stettin und in ihre Heimat zurück. — Die Arbeiterpresse wird gut tun, Schloffer und Dreher erneut vor Annahme von Arbeit nach Stettin zu warnen.

Der Streik der Formner und Gießerei-Arbeiter bei der Firma Wohlenberg in Hannover dauert fort. Am Freitag haben auch die Gießereiarbeiter die Arbeit niedergelegt, so daß die Gießerei nun vollständig leer steht. Die Zahl der Streikenden beträgt 43. Die Firma versucht, ihren Guss in anderen Gießereien herstellen zu lassen. Schon am Freitag sind Modelle von Wohlenberg nach der Gießerei Müller in Langenhagen geschickt worden; als die Arbeit dort in Auftrag gegeben wurde, ist die Anfertigung von den Formnern verweigert worden. Aber selbst wenn es gelingen sollte, von außerhalb Guss nach Hannover zu bekommen, dürfte die Firma damit noch nicht gedient sein. Denn zum Weiterarbeiten gehören auch noch Arbeiter, und diese haben sich einmütig mit den Formnern solidarisch erklärt.

und werden es ablehnen, Guss zu verarbeiten, welcher von Arbeitswilligen angefertigt ist. Was die Firmeninhaber sich den Arbeitern gegenüber erlauben zu können glauben, zeigen die den Ausständigen ausgestellten Entlassungsscheine. Sie lauten:

Der Formner etc., seit in meinem Betriebe als Formner beschäftigt, ist auf meine Kündigung heute ordnungsgemäß aus der Arbeit getreten. Wurde entlassen, weil er sich einem Streik anschloß.

Natürlich werden die Arbeiter dem gebildeten Herrn Dr. Wohlenberg durch gerichtliche Schritte beibringen, wie ein Entlassungsschein auszugehen hat, der den gesetzlichen Anforderungen entspricht.

Der Streik in der Fleischkonervenfabrik zu Reumünster dauert fort. Die Polizei ist weiter im Interesse des Unternehmertums tätig. Mehrere Verbreiter von Flugblättern, die das Publikum zum Wohlstand auffordern, wurden diese auf der Straße abgenommen und ihnen sogar mit Verhaftung gedroht, wenn die Leute auch fernerhin Flugblätter verbreiten würden.

Zum Vergarbeiter-Streik im Neander Revier meldet uns ein Privattelegramm aus Breslau, daß das Oberbergamt in Breslau sich bereit erklärt habe, die Vermittlung zwischen den Streikenden und der Verwaltung zu übernehmen. In den Kreisen der Streikenden erwartet man, daß ihre Lohnforderungen im wesentlichen bewilligt werden.

Ein neuer Kampf im Baugewerbe steht in Stuttgart bevor. Der im Februar 1903 von den Mitgliedern des Baugewerksvereins Stuttgart mit ihren Arbeitern abgeschlossene korporative Arbeitsvertrag läuft Ende Februar d. J. ab. Die Maurer, Zimmerer und Steinhauer haben dem Vorstand des Baugewerksvereins eine Reihe von Wünschen als Grundlage für die eventuelle Vereinbarung eines neuen Arbeitsvertrages vorgelegt. So wird gewünscht, daß endlich einmal der in fast allen größeren Orten längst bestehende achtstägige Jahrtag in Stuttgart eingeführt werde. Ferner wird die Ausdehnung des Vertrages auf alle Orte der Umgegend erstrebt und eine Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse gewünscht. — Die Stuttgarter Baugewerksmeister verhalten sich demgegenüber scharf ablehnend. In einer kürzlich stattgefundenen sehr zahlreich besuchten Meisterversammlung wurden die Wünsche der Arbeiter, auch die beschiedenen, glatt abgelehnt. Die Meister wollen den Kampf, um den Arbeitern die kaum erzwungenen Vorteile wieder zu entreißen. Sie haben an die Behörden ein Rundschreiben erlassen, in dem mitgeteilt wird, daß mit einem Ausstand der Maurer, Zimmerer und Steinhauer in diesem Jahre zu rechnen sein dürfte. Sie ersuchen die Streikläufer in die Bauverträge aufzunehmen bzw. einen diesbezüglichen Vorbehalt der Submittenten anerkennen zu lassen. — Die Verhältnisse der Unternehmer kommt natürlich einer Kriegserklärung gleich.

Ausland.

Eine große Tischleraussperrung ist in Wien zu derselben Zeit von den Unternehmern vorgenommen worden, wo in Berlin wegen Beilegung des Kampfes in der Holzindustrie unterhandelt wird. Von 3200 Meistern mit etwa 18000 Gehilfen haben vorläufig 86 Meister mit 1205 Gehilfen ausgesperrt; doch dürfte die Zahl der Ausgesperrten rasch wachsen. Auf der Straße kam es mehrfach zu Demonstrationen der Arbeiter. Eine Versammlung der Tischlermeister wurde von den erregten Arbeitern gesprengt.

Der Streik der niederländischen Glasbläser ist beendet. Die Streikenden haben mit 241 gegen 197 Stimmen und 59 Stimmenthaltungen die Einigungsvorschläge angenommen. Man rechnet darauf, daß die Arbeit in den meisten Fabriken erst am 9. Januar wieder aufgenommen werden kann, weil das Anheizen der Defektsoviel Zeit erfordert.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Stettin, 4. Januar. (W. S.) Nach einer abends eingetroffenen Meldung ist auf der Ostsee vier Meilen vom Feuerschiff „Adlersgrund“ entfernt ein unbeladener Dampfer gesunken. Drei Schiffbrüchige von der Besatzung des Dampfers wurden auf dem Feuerschiff aufgenommen. Weitere Einzelheiten fehlen noch.

Hamburg, 4. Januar. (W. S.) Der Frachtdampfer „Preisgabia“ der Hamburg-Amerika-Linie, von Ostafrika kommend, geriet vorige Nacht während Nebels auf dem großen Vogelfand bei Cuxhaven auf Grund; bis heute abend gelang es nicht, den Dampfer abzuschleppen.

London, 4. Januar. Reuters Bureau erfährt: Die in russischen Wäthern verbreitete Meldung, wonach britische Kriegsschiffe den Geschwadern der baltischen Flotte nachfahren, ist durchaus unbegründet. Es hat nichts derartiges stattgefunden, noch ist solches von der britischen Admiralität geplant gewesen. Die Anwesenheit britischer Kriegs- oder anderer Schiffe in den von den russischen Geschwadern besetzten Gewässern ist ein durchaus natürlicher Umstand, der zu keinem Argwohn Anlaß geben sollte. Die Behauptung, daß die Schiffe Befehl hätten, Japan die Gegenden mitzuteilen, wo sich die russischen Schiffe befinden, kann nur als müßige Erdichtung bezeichnet werden.

Wien, 4. Januar. (W. S.) Die Deputierten-Lammer ist heute aufgelöst worden. Die Neuwahlen sind auf den 6. März festgesetzt.

Vom ostafrikanischen Kriegsschauplatz.

Toko, 4. Januar. (Meldung des „Neuerischen Bureau“) Der Kaiser von Rußland teilte dem General Stössel telegraphisch mit, daß es den Offizieren der Garnison von Port Arthur freistehende, ihr Ehrenwort zu geben oder sich in Gefangenschaft zu begeben.

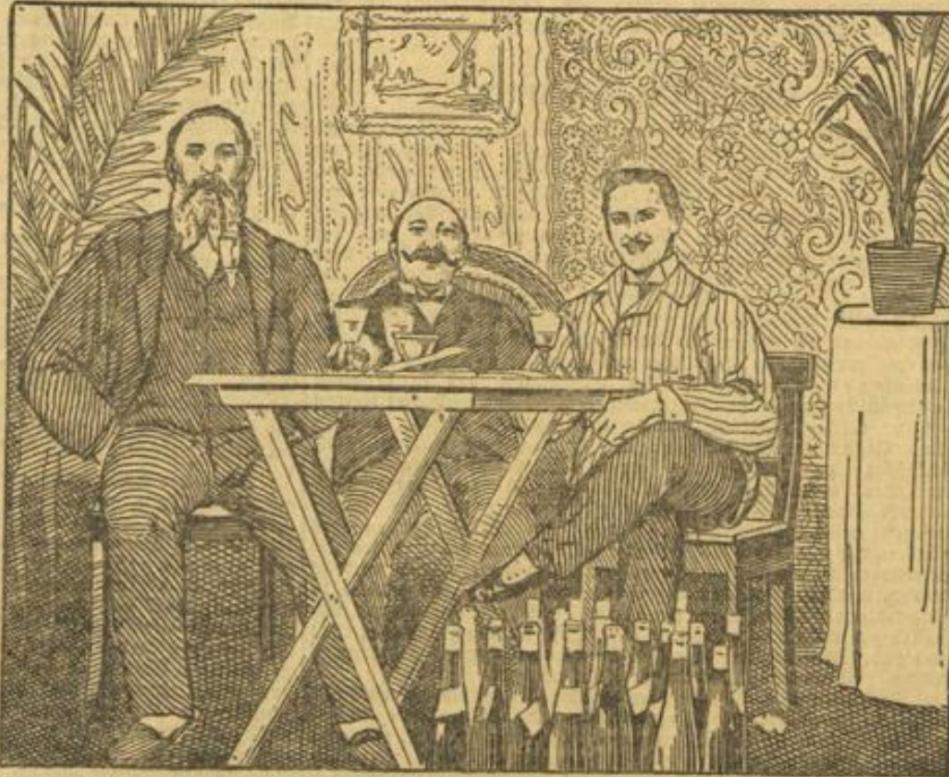
Toko, 4. Januar. (Antische Meldung.) General Rogi berichtet: Die Russen haben und heute nachmittags 1 1/2 Uhr das Fort Tschudan und andere Forts als Siegesbeute für die Einhaltung der Bedingungen der Kapitulation übergeben.

Toko, 4. Januar. (W. S.) Heute nachmittags 3 Uhr ist folgende Depesche des Generals Rogi eingegangen: Die Offiziere halten die Ordnung in Port Arthur aufrecht. Die Bevölkerung ist ruhig. Die genaue Unterjochung des Zustandes der Festung war erst gestern abend 8 Uhr beendet. Die Zahl der Bewohner beläuft sich auf 35 000, wovon 25 000 auf Soldaten und Matrosen entfallen; verwundet oder krank sind 20 000 Personen. Gewöhnliche Lebensmittel wie Brot sind reichlich vorhanden, Fleisch und Gemüse fehlen. Die Japaner tun alles, um den Einwohnern beizustehen. Die Kapitulationsauschüsse sind bemüht, ihre Aufgaben zu Ende zu bringen.

Unwetter in den Vereinigten Staaten.

New York, 4. Januar. (W. S.) Die östlichen Staaten der Union sind aufs neue von einem starken Sturm heimgesucht worden, der den Schnee in großen stellenweise 6 Fuß hohen Mauern aufhäuft und allen Verkehr hindert. Hier sind eine Reihe von Straßen tatsächlich unzugänglich. Die Straßenbahnen und Hochbahnen arbeiten unter den größten Schwierigkeiten; die Eisenbahnhänge haben von allen Richtungen starke Verspätungen. Durch gleichzeitig eingetretene starke Kälte entstand viel Ungemach, eine Reihe von Personen wurden in New Yorker Straßen erfroren aufgefunden, von denen bei vier der Tod festgestellt wurde. Verschiedentlich brachten Jagdgäste, um sich nicht der Gewalt des plötzlich ausgebrochenen Sturmes auszusetzen, die ganze Nacht im Strahlenbahnwagen zu. Die Türen und Untergeschosse vieler Häuser sind durch Schneewehen versperrt. Das Gebiet des Sturmes reicht westlich bis nach Missouri, südwärts bis Nordcarolina. Man rechnet damit, daß die heute fälligen Dampfer „Algeria“, „Teutonia“, „Jutnesia“, „Acemina“, „Prinz Adalbert“ Verspätungen erleiden werden.

Hüssener.



Einige Zeitungen haben gemeint, daß es sich bei dem von einer Anzahl sozialdemokratischer Blätter veröffentlichten Hüssener-Bilde um eine Mystifikation handele.

Wir bedauern die Hoffnung der um Ruht und Ordnung so besorgten Blätter im Keime ersticken zu müssen.

Sodann sind wir in der Lage, unter Hinweis auf das nebenstehende Bild folgende Mitteilungen zu machen, die erkennen lassen, daß der Veröffentlichung des Bildes nebst Artikel mit den Personen und Verhältnissen in Ehrenbreitstein auf das genaueste vertraut ist.

Der bärtige Mann zur Linken ist ein Gendarm aus dem Saarredier; wegen Ueberschreitung der Dienstgewalt wurde er zu einer längeren Gefängnisstrafe verurteilt, die dann im Gnadenwege in Festungshaft umgewandelt wurde.

Der in der Mitte ist ein rheinischer Hotelbesitzer, dessen Sohn beim Spielen mit dem Jagdgewehr des Vaters ein Dienstmädchen erschoss; der Vater erhielt, weil er das Gewehr nicht ordnungsgemäß verwahrt hatte, eine mehrmonatige Gefängnisstrafe, die ebenfalls in Festungshaft umgewandelt wurde.

Mit den Dreien war zur selben Zeit noch ein Viertes in Ehrenbreitstein, der nicht mit auf dem Bilde ist: ein Baumunternehmer aus Köln, der ebenfalls eine mehrmonatige Festungshaft abzubüßen

hatte, als Ersatz für eine wegen fahrlässiger Tötung erlancnte Gefängnisstrafe.

Genügt das, um jeden Zweifel an der Richtigkeit des Bildes zu nehmen? Oder sollen wir noch mitteilen, daß gegenwärtig von den Bieren nur noch der Gendarm in Ehrenbreitstein ist, daß Hüssener in Urlaub ist, während die Stelle der beiden anderen von einem Referendar und einem Studenten eingenommen wird, die sich wegen Duellgeschichten die ehren- und vergnügungsvolle Gast in Ehrenbreitstein zugezogen haben!

Auf eine Rache für den Generalkriegsverbrecher kann die herrschende Klasse natürlich nicht verzichten. Das erste Jahrhundert Gefängnis dürfte schon voll sein; diese feige und leiseretende Reaktion ist um die Wahl ihrer Opfer nicht verlegen.

Parlamentarisches.

Die Kanalkommission des Abgeordnetenhauses fehte am Dienstag nachmittag die Feststellung des Berichtes der Kanalvorlage fort. Sowohl der Berichtsentwurf über den Großschiffahrtskanal Berlin-Stettin (Berichterstatter Dr. v. Luitpold) als auch die anderen Teile der Kanalvorlage (Wartze, Oder, Rhein-Hannoverkanal) Berichterstatter Dr. Am Jekuhoff, wurden nach redaktionellen und einigen unbedeutenden inhaltlichen Änderungen genehmigt.

Partei-Nachrichten.

Arbeitersekretariate.

Nachstehend veröffentlichen wir die Adressen der zur Zeit in Deutschland errichteten Arbeitersekretariate. Die Veröffentlichung soll periodisch erfolgen, jedesmal bei Beginn eines neuen Quartals.

Arbeitersekretariate bestehen in:

- Altenburg (S.-A.), Wallstr. 9, I.
Altona, Große Bergstr. 204 I.
Berlin SO., Engel-Allee 15.
Bismarck, Biemelhauerstr. 38-42.
Bremen, Osterhorst. 28 I.
Bremerhaven, Am Hafen 49.
Breslau, Messergasse 15/19 I.
Bromberg, Jakobstr. 17.
Cassel, Mühlengasse 30 I.
Darmstadt, Eisbockstr. 31.
Dortmund, 1. Kampstr. 73 I.
Duisburg, Friedrich-Wilhelmstr. 76.
Düsseldorf, Bergenstr. 6.
Essen, Kirchstr. 18.
Frankfurt a. M., Am Schwimmbad 8/10.
Gera, Hospitalstr. 21 I.
Gelsenkirchen, Vereinsstr. 29.
Gotha, Erfurterstr. (altes Gerichtsgebäude).
Halle a. S., Geißstr. 21.
Hamburg, Gärtnerstr. 35 II.
Hanau, Mühlstr. 2.
Hannover, Artilleriestr. 13.
Karlsruhe, Erste Bergstr. 72.
Kerzen, Lindenstr. 9.
Köln, Saalbahnhofstr. 3.
Kattow, Rathhausstr. 6.
Kiel, Gasstr. 24 portiere.
Köln, Kalk, Perlengraben 20 I.
Kronach, Kirchenplatz 74.
Landeshut i. Schl., „Gasthof zur Sonne“, I.
Leipzig, Härtelstr. 12, part.
Lübeck, Johannisstr. 46, part.
Lüdenscheid, Lousenstr. 7.
Mannheim, S. 3, 10.
Meißen, Poststr. 4.
Mühlheim (Hessen), Offenbacherstr. 7.
München, Baaderstr. 1 I.
Neu-Ruppin, Poststr. 1.
Nürnberg, Eggdienplatz 22.
Oberhausen, Marktstr. 5.
Pforzheim, Baisenhauptplatz 3.
Posen, Breitenstr. 21.
Reddinghausen, Dernerstr. 66.
Reimscheid, Köhnerstr. 18.
St. Johann bei Saarbrücken, Hafenstr. 7/9.
Stettin, Virlen-Allee 34.
Striegau, Haganstr. 17/19.
Waldenburg-Altwaifer.
Wolgast, Raabstr. 17, I.
Würzburg, Bräunerstr. 6, I.

Berlin, den 4. Januar 1905. Der Parteivorstand. Lindenstr. 69.

Das Jahr 1904 in Italien.

Rom, den 28. Dezember.

Es war ein ereignisreiches Jahr für das italienische Proletariat und die sozialistische Partei, das jetzt zur Ruhe gegangen ist. Fremdlich grau und wenig versprechend zog es herauf, trüb und drohend ist die Stunde, in der es scheidet, aber dazwischen haben wadere und heftige Kämpfe gelegen, die dem italienischen Proletariat die Erinnerung an das Jahr 1904 verklären und es als ein Jahr des Kampfes und der Aussaat in die Annalen der sozialistischen Bewegung eintragen werden.

Die allgemeine wirtschaftliche und politische Situation des Jahres ist schnell gekennzeichnet. Das Land ist auf dem Wege des industriellen Aufschwungs fortgeschritten, hat seine Staatsfinanzen verbessert, die Metallbedeutung seiner Emissionen vermehrt, den Fortfall des Agio auf dem Papiergeld, der schon im Vorjahr eingetreten war, weiter behauptet. Ausfuhr und Einfuhr sind gestiegen. Trotzdem ist die Notlage auf dem Lande groß, vielleicht größer als seit Jahren, und als ihre Folge sehen wir die Auswanderung wachsen, so daß sich, trotz eines natürlichen Bevölkerungszuwachses von 400 000 Seelen im Jahre, ganze Ortschaften entvölkern. Ein Versuch, sich in dieser Periode finanzieller Festigung an eine Lösung der dringendsten Probleme des Volkslebens zu wagen, ist nicht gemacht worden. Weder die Entlastung der Volkswirtschaftsmittel noch die Befreiung der Landwirtschaft von den erdrückenden Steuern, noch die Aufteilung des Brachlandes der Latifundien wurde versucht. Es ist ein reformarmes Jahr, das verfloßen ist, und es hat die Schuldbilanz der herrschenden Klassen um bedeutende Posten ungenutzt Arbeit vermehrt. Politisch hat die Regierung die liberale Fiktion weitergeführt, ohne auch nur die Rücksichtenden zu belügen. Sie hat sich immer mehr der verkappten Reaktion ergeben. Unter den Toten des Jahres wollen wir des Antiliberalismus des offiziellen Italiens gedenken: seit langem allerschwach, hat er vom Generalkriegsverbrecher den Todesstoß empfangen. Regierung und Parlament haben ihn freudig zu Grabe geleitet und Laurinal und Baitan werden in ihrer bevorstehenden Verführung einen so gewichtigen Grabstein darauf setzen, daß jede Möglichkeit der Auferstehung gebannt ist.

Die parlamentarische Arbeit des vergangenen Jahres ist kümmerlich. Wenn wir des Gesetzes für die Enquete über die Kriegsmarine gedacht haben, ferner der Zulassung der Frauen zur Abvolutur, des Gesetzes über die bedingte Verurteilung, des Gesetzes für die industrielle Dehung Reapels und schließlich der Bestimmungen für die verelendete sibirische Landschaft, die Basilikala, so sind wir auch schon am Ende. Um dem Parlament die Ehre zu geben, die ihm gebührt, wollen wir noch daran erinnern, daß es in erster und zweiter Lesung das Gesetz für die Sonntagsruhe annahm, um es dann am 12. März in geheimer Abstimmung mit 152 gegen 87 Stimmen zu verwerfen.

Wenn so die Reformtätigkeit der herrschenden Klassen trübselig ist, so ist dagegen viel Erfreuliches über die Angriffslinie des Proletariats zu verzeichnen.

Die gewerkschaftlichen Kämpfe waren zahlreich und fast alle wurden — freilich unter großen Opfern und Entbehrungen — zu gutem Ende geführt. Da ist zunächst des siegreichen Streiks der Wärgesellen und Leinwand-Arbeiter von Torre Annunziata zu gedenken, bei dem während 72 Tagen über 2000 Arbeiter ausstanden und 70 Unternehmer ihre Betriebe ruhen lassen mußten. Im Mai war dann — um nur die wichtigsten Bewegungen zu erwähnen — der ebenfalls erfolgreiche Maurerstreik in Rom, im Juli der der Wäder und im August der der Droschkenschluffer in derselben Stadt, und gleichzeitig der Ausstand der Eisenarbeiter in Venedig. Im September ist eine sehr bedeutende Streikbewegung zu verzeichnen: der 40 Tage währende Landarbeiterstreik von Magliano Sabina endet mit einem teilweisen Siege, ebenso der Metallarbeiterstreik von Valle Gardom. Schließlich erinnern wir noch an den 100 Tage dauernden Streik der Goldarbeiter von Vicenza und den zwei Monate währenden Ausstand der Marmorarbeiter in Versilia. Als Streik von Bedeutung, bei dem die Arbeiter unterlagen, ist einzig der der Glasarbeiter von Altare bei Savona zu erwähnen, wo die Unternehmer, eine zur Aktiengesellschaft entartete Produktionsgenossenschaft, nach furchtbarem Kampfe die Arbeiter durch den Hunger überwältigten.

Die politischen Kampagnen der Partei haben einen großen Teil des öffentlichen Lebens in dem verfloßenen Jahre beherrscht. Zunächst der Prozeß Vettolo, ein Erbeil des Jahres 1903, der im Februar mit der Verurteilung Ferris und

Salustis zu 14 Monaten Gefängnis endete. Das Urteil wurde dann in zweiter und dritter Instanz bestätigt und ist somit rechtskräftig. Die Behauptungen, für die Ferris verurteilt wurde, sind seitdem zum großen Teil durch neue Enthüllungen erhärtet worden. Auch wurde der praktische Zweck, dem Mißbrauch der öffentlichen Gelder in der Reichs-Marineverwaltung zu steuern, so ziemlich erreicht; man sieht jetzt den Herren sehr unangenehm auf die Finger. Auch wird die Enquete-Kommission nicht spurlos vorübergehen, obwohl sie der Vollmachten und der Zusammenfügung noch nicht allzu viel verspricht.

Von großer Bedeutung ist auch die Kampagne Bissolatis gegen die Diebeswirtschaft im Unterrichtsministerium gewesen. Es wurden haarsträubende Dinge enthüllt, so daß die Regierung selbst Kasi fallen ließ und die Kammer die Autorisation zur Verhaftung des Ministers erteilte. Freilich hatte man ihm Zeit gelassen, sich vorher über die Grenze zu retten.

Unser Zentralorgan, der „Avanti“, hat sich durch seine Enthüllungen über die russische Polizei in Rom und die internationale Organisation des russischen Spitzelwesens verdient gemacht. Leider wird diese Kampagne nicht allzuviel nützen. Sie hat zwar die italienische Regierung gebrandmarkt und zeitweilig die russischen Spitzel aus Italien vertrieben. Da aber die Gefälligkeit der Staatsanwaltschaft den Prozeß niederschlug, wird Rom bald wieder mit diesem Pack durchseudt sein.

Dem inneren Parteeleben hat das Jahr Festigkeit und Einigkeit gebracht. In festem innern Zwiespalt waren wir in das Jahr getreten. Der Kongreß von Bologna (8.—11. April) klärte die Lage ein wenig. Obwohl in seinen Debatten tiefe Verschiedenheiten der theoretischen Voraussetzungen zutage traten, siegte auf ihm der Einheitsgedanke. Die Parteinheit sagte sich vom Ministerialismus los und kurze Zeit nach dem Parteitag beschloßen die Sektionen durch Referendum, Doppelorganisationen der Partei in einem Ort nicht zuzulassen. Bis auf die Mailänder Reformisten ordneten sich alle Organisationen Italiens unter, so daß die Gefahr einer Spaltung beschworen war. Obwohl noch in den letzten Tagen des Jahres der theoretische Kampf sehr lebhaft wogte und obwohl außerhalb der Partei stehende Elemente das ihrige taten, um eine Spaltung zu provozieren, dürfte sich die Krise, in deren Zeichen das vorige Jahr herauszog, nicht wiederholen.

Das schließliche das bedeutungsvollste Ereignis von 1904, den Generalkrieg, betrifft, so läßt es sich weder der Parteilinie noch der Gewerkschaftsbewegung beizählen. Der Streik war eine proletarische Machtdemonstration ersten Ranges, die die gemeinsame Vorarbeit der sozialistischen und der gewerkschaftlichen Organisationen möglich gemacht hat.

Wenn wir der Tage vom 16. bis 19. September gedenken, die mit goldenen Lettern in der Geschichte der italienischen Arbeiterbewegung zu verzeichnen sind, so dürfen wir aber auch der blut- und tränengebadeten Stappen nicht vergessen, die das italienische Proletariat zu dieser Höhe der Enttäuschung geführt haben: des Blutbades von Cerignola, der Mordtaten von Vagerru, Castelluzzo und Sestri Ponente. Sie alle fallen in das verfloßene Jahr und die Zahl der Totenopfer, der „unbekannten Männer“, die das brüderliche Blei zur ewigen Ruhe bettete, belief sich auf 10, die der Verwundeten auf über 80. Kein Jahr hat eine so lange Liste ergeben. Das Wah war voll zum Ueberlaufen, als das italienische Proletariat sein domerndes „Genug“ sprach.

Vom Generalkrieg kann man die Wahl nicht trennen, deren Ausgang ganz im Zeichen der Streikpanik stand. Die Partei braucht sich ihrer Ergebnisse nicht zu schämen. Sie hat zwar nur so viel Mandate erlangt, als sie vorher schon besaß, und vielleicht wird sie von den errungenen noch einige wieder verlieren, da in Reggio Emilia und Bologna II die Wahlprüfungskommission die Stichwahl zwischen dem Sozialisten und dem Gegner proklamierte und auch andere Wahlen, so Mantua und Porto maggiore, beanstandet wurden. Die Partei hat aber, nach der unlängst veröffentlichten offiziellen Statistik, 320 000 Stimmen erhalten, gegen 182 000 bei den vorgenommenen Wahlen. Alle Wählungskandidaten erhielten zusammen etwa 1 Million Stimmen, die Radikalen 140 000, die Republikaner 65 000 und die keiner Partei zuzurechnenden etwa 15 000 Stimmen. Die Sozialisten haben ihren prozentualen Anteil an der Gesamttheit der abgegebenen Stimmen von 13 auf 20 erhöht. Sie vereinigten auf ihre Kandidaten 1/3 aller Wähler und errangen trotzdem nur 1/5 aller Mandate. Für eine Partei, die ihre Schlächten nicht im Parlament zu schlagen hat, ist dieses Mißverhältnis nicht entmutigend.

Auch in der schweren und drückenden Atmosphäre der Reaktion, die uns umgibt, ist nichts, das das Proletariat entmutigen könnte.

Dem Königsberger Hochverrats-Prozeß sind Heft 5 bis 7 soeben erschienen. Das ganze Werk wird 11 Lieferungen à 20 Pf. umfassen. Der Herausgeber hat an der Hand der Akten den Prozeß dargestellt und dadurch die Rechtsunsicherheit nachgewiesen, die sich durch das geheime Vorverfahren entwickelt hat. Die Buchausgabe enthält nicht nur die Verhandlungsberichte, sondern auch das gesamte, im Prozeß vorgebrachte Material an russischen revolutionären Flugchriften.

Partei-Presse. In die Redaktion der „Schwäbischen Tagwacht“ ist Genosse Westmeyer, bisher in Hannover, eingetreten, während Genosse Wildstein ausgetreten ist. Das Kasseler Parteiblatt soll vom 1. April an durch den Parteivorstand mit größeren Mitteln ausgestattet werden, um ein der Bedeutung des Bezirks angemessenes Blatt zu werden, das es bisher aus Mangel an Mitteln nicht sein konnte. Die Redaktion wird Genosse Scheidemann übernehmen, der deshalb aus der Redaktion des „Offenbacher Abendblattes“ ausscheiden wird.

Polkzisches, Gerichtliches usw.

— Wegen Beleidigung eines kleinen Agrariers, begangen auf der letzten Brandenburgischen Provinzialkonferenz, wurde Genosse Kraemann in Neu-Ruppin vom dortigen Schöffengericht zu 300 M. Geldstrafe oder 100 Tagen Gefängnis verurteilt. Außerdem wurde auf Veröffentlichung des Tenors in vier Zeitungen erkannt. Berufung wird eingelegt.

Soziales.

Die Errichtung einer Versorgungskasse für städtische Arbeiter beschloß der Stadtmagistrat Würzburg. Alle händigen Arbeiter, das sind solche, die mindestens fünf Jahre im Dienste der Stadt stehen, müssen der Kasse angehören und 3 Prozent ihres Lohnes als Beitrag bezahlen. Als Rente erhalten sie nach fünfjähriger Mitgliedschaft bis zum 30. Jahre 30 Prozent des Lohnes; von da ab steigt die Rente mit jedem Jahre um 1,5 Prozent bis zum 7 1/2 fachen Grundbetrage der reichsgesetzlichen Invalidenrente. Ferner wurden die Löhne, Arbeitszeit, durch eine Arbeitsordnung geregelt, außerdem werden Arbeiter-Schüsse eingesetzt, die von den Arbeitern zu wählen sind.

Aus Industrie und Handel.

Die Zulassung der neuen russischen Staatsanleihe ist gestern von der hiesigen Zulassungsstelle der Börse genehmigt worden. Der Prospekt wird voraussichtlich morgen veröffentlicht werden. Von einer Seite wurde in der Sitzung eine Erweiterung des Prospekts angeregt, von anderer Seite aber eingewendet, daß eine solche in Anbetracht der Unkontrollierbarkeit der russischen Finanzlage und der weit auseinander gehenden Verteilungen derselben keinen eigentlichen Wert habe. Der Emissionskurs beträgt 95 Proz.; die Verzinsung der Anleihe stellt sich also auf 4 1/4 Proz., für die Käufer, die von den ihnen nach 6 Jahren zustehenden Kündigungsrecht Gebrauch machen, auf circa 5 1/2 Prozent. Tatsächlich muß Russland jedoch über 6 1/4 Prozent Zinsen zahlen, da das Vorkaufsortium die Anleihe nur zum Kurse von ungefähr 90 1/2 Prozent übernimmt. Außerdem aber bleiben, wie wir bereits vor einigen Tagen mitteilten, 10 Proz. des nominellen Betrages von 324 Millionen Mark bei den beteiligten Banken als „Interventionsfonds“ zurück, um bei eintretenden Kursstößen der russischen Staatsanleihen und der vom russischen Staat garantierten Obligationen zur Stützung der Kurse zu dienen.

Zur besseren Unterbringung haben die an der Uebernahme beteiligten Banken ein Platzierungs- und Garantiefonds gebildet, das, wie wir bereits vor einigen Tagen meldeten, von dem Emissionsgewinn eine Vergütung von 2 1/2 Prozent erhält.

Kartell-Kartellkammer. Die Zwistigkeiten in verschiedenen Verbänden der Eisenindustrie bereiten den Kartellfreunden bange Sorgen. Sie fürchten, daß es im neuen Jahre noch einigen anderen Syndikaten so gehen könnte, wie dem Feinblechverband, der vor Schluß des letzten Jahres schlicht zusammenbrach, und predigen deshalb festes Zusammenhalten und vorläufiges Zurückstellen der strittigen „Verbandsfragen“. Den Ton gibt die „Rheinisch-Westf.“ an, die über die unsichere Lage der Syndikate einen langen Artikel losläßt, in dem sie wehleidig klagt:

Seit Jahr und Tag stehen die Verbandsfragen am heimischen Markt im Vordergrund. Am Anfang des Jahres 1904 befand sich die Verbandsbildung in einer fortschreitenden Bewegung; man kämpfte um den Stahlwerksverband. Am Anfang des Jahres 1905 befinden wir uns bereits in einer rückläufigen Bewegung. Der Stahlwerksverband hat die auf ihn gesetzten Hoffnungen nicht erfüllt; er hat den wankenden Verbänden den Rückhalt nicht gegeben, den man von ihm erwartete. Der seit einem Jahre nur mäßig aufrecht erhaltene Feinblechverband ist gerade in dem Augenblicke zusammengebrochen, wo der Hauptstütze, das Eisenhüttenwerk Thale, sich zum Beitritt entschlossen hatte; Beweis genug, daß der Verband nicht an den außenstehenden Werken, sondern an seiner Organisation gescheitert ist. Der Großblechverband scheint sich vorläufig noch halten zu können, wie lange, ist schwer zu sagen, da das Eisen- und Stahlwerk Bösch sich bis heute noch nicht entschieden hat. Wie es in den übrigen Verbänden aussieht, weiß man. Keiner ist so fest gegründet, daß er nicht über Nacht straucheln könnte. Der Stahlwerksverband selbst macht darin nicht zuletzt einen vertrauensverletzenden Eindruck. So lange er die ganzen Walzwerkszeugnisse nicht in sich aufgenommen hat, dürfte er einen ausschlaggebenden Einfluß auf die Entwicklung der heimischen Industrie nicht gewinnen. Das muß stets aufs neue betont werden. Die Verbandszeiten sind heute schon recht kritische geworden. Seit 1 1/2 Jahren wird unablässig gearbeitet, um die Verbände fester zusammenzuführen, ohne den gewünschten dauernden Erfolg zu erzielen. Wenn die Krisis in dem einen befristet ist, taucht in dem anderen eine neue auf. So leidet das industrielle Wirtschaftsleben fortgesetzt unter den Unruhen in den Kartellen und es muß leider ausgesprochen werden, daß die Verbandsfreudigkeit nach den Ereignissen des letzten Jahres in der Industrie nicht zugenommen hat, wenn auch heute die interessierten Kreise mehr denn je davon überzeugt sind, daß die heimische Industrie, um auf dem Weltmarkt wettbewerbsfähig zu bleiben, des geschlossenen Vorgehens bedarf. So lange sich aber die Eisenindustrie für den inländischen Markt nicht geeinigt hat, so lange die Interessengruppen zwischen Stahlwerken und Walzwerken, d. h. Großblechwerkern und Verbrauchern bestehen, so lange ist an ein geschlossenes Vorgehen auf dem Weltmarkt nicht zu denken. Die Beilegung dieser Gegensätze dürfte als vornehmstes nächstliegendes Ziel in der Industrie anzusehen sein, dessen Lösung vom volkswirtschaftlichen, nicht vom privatkapitalistischen Standpunkte erfolgen müßte.

Unter dem „volkswirtschaftlichen Standpunkt“ versteht das Redaktionsblatt, daß die einzelnen Unternehmungen ihre Konkurrenz- und Aktivitätsfreigebungen hintanzustellen und gemeinsam die Erhöhung der Preise für ihre Produkte betreiben.

Die Truppen und Kriegsmaterial-Transporte nach Südwestafrika haben in den letzten Monaten einer ganzen Anzahl deutscher Reedereien schöne Profite verschafft; denn so patriotisch unsere Hamburger und Bremer Reeder auch gekommen sind, in Geldfragen hört bei ihnen die Gemütslichkeit auf. Ohne recht ansehnlichen Nutzen geben sie ihre Schiffe nicht her. In erster Reihe kommen für diese Transporte nach den idyllischen Gestirnen Südwestafrikas die Linien der Vornamischen Reederei in Betracht, aber ihre Schiffe reichen nicht aus, um den durch den Krieg wesentlich gesteigerten Verkehr zu bewältigen. Es mußten, wie der „Vornam-Courier“ aufzählt, von zahlreichen Reedereien Dampfer für Afrika gechartert werden, so vom Norddeutschen Lloyd, von der Hamburg-Amerika-Linie, von der Deutschen Dampfschiffahrts-Gesellschaft „Panja“, von der Deutsch-Australischen Dampfschiffahrts-Gesellschaft, von der Dampfschiffahrts-Gesellschaft „Argo“, von der Hamburg-Südamerikanischen Dampfschiffahrts-Gesellschaft, von der Flensburger Dampfer-Kompagnie und von mehreren Privat-Reedereien.

Vor fünf Jahren waren es die Truppentransporte nach China, die den Reedereien feste Gewinne eintrugen, jetzt sind es die Verschiffungen nach den südwestafrikanischen Sandwüsten — die Vergeisterung der Reedereien für die Kolonial- und Weltpolitik ist recht rentabel.

Delios-Gesellschaft. Da die am 31. Dezember stattgehabte Obligationenversammlung nicht beschlußfähig war, wird jetzt eine neue Versammlung auf den 26. Januar nach Köln einberufen. Die Tagesordnung lautet: Herabsetzung des Zinsfußes auf die Hälfte auf die Dauer von fünf Jahren für die Zeit vom 1. Januar 1905 ab gerechnet und Fortfall aller nach den Anleihebedingungen vorgesehenen Amortisationen. Gleichzeitig werden die Aktionäre zu einer außerordentlichen Generalversammlung am gleichen Tage einberufen, um über die Auflösung der Gesellschaft und die Bestellung von Liquidatoren endgültig Beschluß zu fassen.

Hamburgs Seeschiffahrt im Jahre 1904. Der Seeschiffverkehr im Hamburger Hafen hat während des abgelaufenen Jahres wieder einen bedeutenden Aufschwung genommen. Mit 19 225 000 Netto-Registertonnen ein- und ausgehender Seeschiffe hat das Jahr 1904 eine Regelmäßigkeit des Verkehrs entfaltet, die das Ergebnis des vorigen Jahres noch in den Schatten stellt. Es verkehrten damals 18,3 Millionen Tonnen, im letzten Jahre also rund 850 000 Tonnen mehr. Die Zahl der ein- und ausgehenden Schiffe betrug im Jahre 1903 28 101, im Jahre 1904 aber 29 704.

Wie beträchtlich sich Hamburgs Schiffahrt in den letzten Jahrzehnten entwickelt hat, zeigt die Tatsache, daß vor 25 Jahren, im Jahre 1880, erst 6088 Seeschiffe mit 2,8 Millionen Tonnen den Hamburger Hafen verließen, im Jahre 1904 dagegen 14 843 Schiffe mit 9,6 Millionen Registertonnen. Der Verkehr hat sich also, an der Tonnage gemessen, mehr als verdreifacht. Gewaltig hat sich in diesem Vierteljahrhundert auch die in Hamburg ansässige Großreederei entwickelt. Vor 25 Jahren verfügte z. B. die Hamburg-Amerika-Linie über 20 Dampfer, mit denen sie zwei regelmäßige Seeschiffahrtlinien unterhielt, nach Nordamerika und nach Westindien; heute hat sie 142 Dampfer in etwa 60 Linien laufen.

Die Lage des Berliner Arbeitsmarktes hat sich nach den Mitteilungen des Vorstandes des Zentralvereins für Arbeitsnachweis, wie alljährlich im November, gegen den Vormonat wesentlich verschlechtert; bei den Männern kamen auf 100 offene Stellen bei den Männern 149 Arbeitsgesuche gegen 120 im Vormonat und bei den Frauen 120 gegen 103. Bei den Männern war infolgedessen die Nachfrage doch größer als im Vorjahre, wiewohl die Streiks den Arbeitsmarkt ungünstig beeinflussten, während bei den Arbeiterinnen das Angebot größer war, was zum Teil mit dem Streik in der Lugschpapierbranche in Zusammenhang gebracht werden kann.

Gerichts-Zeitung.

Ungerechtfertigtes Versammlungsverbot. (Von Versammlungsrecht der Anarchisten.) Der Anarchist Herrmann hatte in Magdeburg zum 5. Juni 1904 eine „öffentliche Volksversammlung“ einberufen, wo der Anarchist Albert Weidner über „Sozialdemokratie oder Sozialismus?“ referieren sollte. Die Abhaltung der Versammlung wurde jedoch sofort vom Polizeipräsidenten verboten und der Regierungspräsident als Beschwerde-Instanz billigte das Verbot mit folgender Begründung: „Der Sprecher über das angeführte Thema sollte Albert Weidner sein, eine als zielbewußter Anarchist polizeilich bekannte Persönlichkeit. Im Hinblick auf die Person des Einberufers und des Sprechers sowie des zu erwartenden Publikums war anzunehmen, daß die Versammlung anarchistische Zwecke dienen und daß in derselben anarchistische Grundsätze vorgetragen, erörtert und verbreitet werden sollten. Diese Grundsätze bedeuten eine öffentliche Gefahr, weil sie die Versammlungsteilnehmer in Anschuldigungen fällen, die schließlich zu Verbrechen führen. Das Versammlungsrecht ist aber nach den Artikeln 29 und 30 der Verfassungsurkunde nur zu solchen Zwecken gegeben, die den Strafgesetzen nicht zuwiderlaufen.“ Aus den Persönlichkeiten des Einberufers und des Sprechers war zu folgern, daß mit den Erörterungen in der Versammlung strafgesetzwidrige Zwecke verfolgt werden würden. Nach den allgemeinen Vorschriften des § 10 II 17 Allgemeinen Landrechts hat die Polizei die Pflicht, die nötigen Anstalten zur Erhaltung der öffentlichen Ruhe, Ordnung und Sicherheit und zur Abwendung der dem Publikum bevorstehenden Gefahren zu treffen. Somit ist das Verbot zu Recht erfolgt.“

Nachdem eine weitere Beschwerde beim Oberpräsidenten ebenfalls keinen Erfolg gehabt hatte, klagte Herrmann beim Ober-Verwaltungsgericht. Dieses gab am 3. Januar der vom Rechtsanwalt Viktor Frankl-Vorlin gerechtfertigten und vertretenen Klage statt, hob den Bescheid des Oberpräsidenten auf und setzte die Verbotsverfügung des Magdeburger Polizeipräsidenten außer Kraft, weil die tatsächlichen Voraussetzungen nicht gegeben seien. Das Gericht vertritt den Standpunkt, daß die Polizei in dem Recht des Eingreifens auf Grund des § 10 II 17 Allgemeinen Landrechts durch das Vereinsgesetz, das das in der Verfassung gewährleistete Versammlungsrecht regelt, beschränkt sei. Da das Vereinsgesetz nun keine entsprechende Bestimmung enthält, so ist die Polizei nach Meinung des Gerichts nicht zu einem Verbot von Versammlungen in geschlossenen Räumen befugt, wenn sie Ausföhrungen der zu der Versammlung Zusammen tretenden befürchtet. — Ausnahme sei jedoch auch ein Verbot der Versammlungen in geschlossenen Räumen (Sälen u.) zulässig, nämlich wenn die Versammlungen strafgesetzwidrige Zwecke verfolgen, denn in Verufen bestche ein Versammlungsrecht nur zu Versammlungen, die den Zwecken des Strafgesetzes nicht zuwiderlaufen. Im vorliegenden Fall vermochte das Gericht einen gesegwidrigen Zweck nicht zu erkennen.

Gefährliche Rücksichtnahme. Bei Verurteilungen über Strafprozesse wird es oft vermerkt, irgend eine in der Verhandlung genannte Persönlichkeit mit Namen zu nennen, wenn nicht wichtige öffentliche Interessen es gebieten. Daß aber eine solche Rücksichtnahme für den Redakteur gefährlich werden kann, mußte der Redakteur des „Magdeburger General-Anzeigers“, Albert Eisert, erfahren. Er hatte einen Bericht über eine Kriegsverurteilung gegen einen Offizier abgedruckt, in welchem erwähnt wurde, daß die betreffende Straffache mit der Fahnenflucht eines anderen Offiziers in Zusammenhang stehe, der in Zahlungsschwierigkeiten geraten war und mit der Frau eines Vorgesetzten in verbotenen Beziehungen gestanden habe. Durch diese Notiz fühlten sich die vier Offiziere beleidigt, welche als Vorgesetzte des betreffenden Leutnants anzusehen sind, und sie stellten Strafantrag gegen den Redakteur. Die fragliche Behauptung war an sich richtig, aber es handelte sich um die Frau eines Vorgesetzten, der inzwischen verabschiedet worden war. Das Landgericht Magdeburg hat nun zwar den Redakteur am 14. Juni vorigen Jahres freigesprochen, aber auf die Revision des Staatsanwalts hob gestern das Reichsgericht das Urteil auf und verwies die Sache an das Landgericht zurück, weil der Rechtsbegriff der Kollektiv-Beleidigung verkannt sei. Die Feststellungen lassen nicht genügend erkennen, daß sich der Angeklagte nicht bewußt gewesen sei, daß die Ehefrauen der Strafantragsteller in den Kreis der von der beleidigenden Kundgebung getroffenen Personen einbezogen werden können.

Der heftige Kampf, der zwischen Ärzten und Naturheilkundigen tobt, hat neuerdings wiederholt zu Strafanträgen gegen den bekannten Vertreter der Naturheilkunde, Redakteur Reinhold Gerling, geführt, der beschuldigt wird, in öffentlichen Vorträgen den Stand der Ärzte in beleidigender Weise anzugreifen. Zwei Anklagen dieser Art endeten vor kurzem mit der Freisprechung des Angeklagten. Heute hatte sich Herr Gerling wiederum wegen Beleidigung vor der zweiten Strafkammer des Landgerichts I zu verantworten. Der Strafantrag war von dem Dr. med. Paul Manasse gestellt worden. Am 15. Dezember fand in den Festsälen in der Deutschestraße eine Versammlung statt, in welcher der Angeklagte Gerling über das Thema: „Heuchliche Wissenschaft; ein Bild hinter die Kulissen der medizinischen Gauklerbühne“ hielt. Er soll dabei nach der Anklage gesagt haben: 1) Die große Mehrzahl der Ärzte seien verunpüt und verroffen und besäßen keine Moral, ferner: „Ich halte die Mehrzahl der Ärzte jedes Verbrechens, des Meineides und jeder Schlechtigkeit für fähig.“ — Der Angeklagte bestritt, von der Mehrzahl der Ärzte gesprochen zu haben. Er habe lediglich davon gesprochen, daß es auch unter den Ärzten verunpütete und verroffene Elemente gebe und die Naturheilkundigen in dieser Beziehung keinen besonderen Tadel gerade seitens der Ärzte verdienen. Er erinnere daran, daß hier ein Lupusheim nach der Finischen Lichtheilmethode eingerichtet werden sollte und, um für diese Methode Stimmung zu machen, Patienten als angeblich geheilt der Öffentlichkeit vorgestellt wurden, die Professor Liebreich dann als nicht geheilt nachwies. Wegen einer derartigen „mehrbildigen Wissenschaft“ in der breiten Öffentlichkeit Stellung zu nehmen, habe er für seine Pflicht gehalten. Er habe auch allen Grund gehabt, gereizt zu sein, da in Verleumdungen und Flugblättern die unwahre Behauptung verbreitet worden sei, daß er wegen Unterschlagung mit Zuchthaus bestraft worden sei. Er habe seinerzeit Strafantrag gestellt, sei aber auf den Weg der Privatklage verwiesen worden und habe nun das dringende Interesse daran gehabt, öffentlich eine so unehrliche Kampfmethode zu kennzeichnen. Im übrigen habe er ausdrücklich hervorgehoben, daß sich auch unter den Ärzten viele hochehrenwerte Männer befinden und seine Angriffe keineswegs gegen die Mehrheit der Ärzte sich richteten. — Ein Professor Gasi, der sich in der betreffenden Versammlung stenographische Aufzeichnungen gemacht hatte, behauptete, ebenso wie Dr. Manasse, der der Versammlung beigewohnt hatte, daß der Angeklagte gegen die Mehrheit der Ärzte die schwer beleidigenden Ausdrücke gebraucht habe. Eine Anzahl anderer Zeugen traten dagegen auf die Seite des Angeklagten und versicherten, daß dieser nur gesagt habe, es befänden sich auch unter den Ärzten unsaubere und unmoralische Elemente u. s. — Staatsanwalt Crüger hielt schon den Vorklauf des Vortragsthemas für eine schwere Beleidigung des ehrenwerten ärztlichen Standes und war nach der Beweisaufnahme nicht zweifelhaft darüber, daß der Angeklagte mit seinen Beleidigungen die Mehrzahl der Ärzte habe treffen wollen. Die

Beleidigungen seien so schwere, daß mit Rücksicht auf die wiederholten Vorstrafen, die der Angeklagte wegen Beleidigung erlitten, eine Geldstrafe nicht am Platze sei. Der Staatsanwalt beantragte zwei Monate Gefängnis. — Rechtsanwalt Behr hielt im Gegensatz hierzu den Ausfall der Beweisaufnahme für so wenig belastend für den Angeklagten, daß er die Freisprechung beantragte. — Der Gerichtshof verurteilte den Angeklagten zu einem Monat Gefängnis, indem es annahm, daß durch die festgestellten Neuierungen des Angeklagten der Antragsteller Dr. Manasse sich beleidigt fühlen konnte. Wenn nun auch einerseits berücksichtigt worden sei, daß der Angeklagte sich in einer Kampfsituation gegen die studierten Ärzte befand und dabei selbst vielfach, selbst in nicht feiner Weise angegriffen werde, so seien doch die Vorwürfe gegen die Ärzte, die ein staatliches Examen zu absolvieren haben und denen die Kranken mit Vertrauen entgegenkommen müssen, so schwer, daß auf eine Geldstrafe nicht erkannt werden konnte. Dem Beleidigten wurde die Publikationsbefugnis in der „Berliner Klinischen Wochenschrift“ und in der „Neuen Heilkunst“ zugesprochen.

Dorothea Gäßeler und das Reichsgericht. Eine unglückliche Erzählung ist nach der Ansicht der Staatsanwaltschaft diejenige, die die Schriftstellerin Fräulein Dorothea Gäßeler in Rixdorf in der am 14. März v. J. erschienenen Nummer der „Welt am Montag“ veröffentlicht hatte. Es ist darin die Rede von Rechten und Pflichten der Eheleute usw. Das Landgericht I in Berlin hat am 22. August v. J. den Feuilleton-Redakteur der „Welt am Montag“, Rog Ludwig, und Fräulein Gäßeler von der Anklage aus § 184, 1 des Strafgesetzbuches freigesprochen. Auf die Revision des Staatsanwalts hob jedoch das Reichsgericht heute das freisprechende Urteil auf und verwies die Sache an das Landgericht zurück.

Schuh vor Schutzleuten! Ein sonderbarer Fall des Widerstandes gegen Schutzleute, der schon bei der Verhandlung vor dem Schöffengericht Aufsehen erregte, beschäftigte gestern in der Verurteilung die fünfte Strafkammer des Landgerichts I. In dem Schanklokal von Simon Matthies war am 31. Juli der hiesige Feldmesser Wilhelm Arnold mit mehreren Männern aus der Nachbarschaft in einer harmlosen Unterhaltung begriffen, an der sich auch der Stellvertreter Matela beteiligte. Dieser kam mit Herrn Arnold über die Höhe von Vermittlungsgebühren in eine absolut nicht traglich zu nehmende Meinungsverschiedenheit und Arnold tippte ihn dabei aus Scherz ein paar Mal vor die Brust. Matela, der in der Zwischenzeit als Geisteskranker erkannt worden ist, ließ darauf auf die Straße und holte den Schuhmann Ruhn herbei, den er um die Feststellung der Persönlichkeit des Arnold wegen Beleidigung und Mißhandlung ersuchte. Hierbei verschwieg er aber, daß ihm Arnold seit lange bekannt und er schon nicht berechtigt war, dessen Feststellung bewirken zu lassen. Als der Schuhmann Ruhn in dem Lokal erschien und an Arnold das Verlangen stellte, ihn zur Wache zu folgen, entstand hierüber bei den anwesenden Gästen Erschauern und Entrüstung. Herr A. nannte seinen Namen und seinen Stand, einige Gäste erklärten, daß sie A. kennen und daß dieser im Nebenhanse wohne, und als Herr A. sich weigerte, nach der Wache zu folgen, legte sich der Wirt Matthies ins Mittel. Er erklärte dem Schuhmann, daß er Herrn A. genau kenne und für ihn gut stehe und rief dem Schuhmann erregt zu: „Hier in meinem Lokale bin ich selber Polizei, verlassen Sie sofort das Lokal, ich fordere Sie dazu zum ersten, zweiten und drittenmal auf!“ Der Schuhmann soll hierauf nach der Beauptung der Zeugen einige Bemerkungen über den nach seiner Meinung minderwertigen Charakter der Gäste des Lokals gemacht und zum Säbel gegriffen haben, worauf der Wirt hinter seinen Ladentisch trat. Der in demselben Hause wohnende und im Revier bekannte Schuhmacherbesitzer Urban hatte dem Schuhmann gleichfalls erklärt, daß er Herrn Arnold kenne, ja, er sprang auf Wunsch des letzteren in dessen nebenan gelegene Wohnung und holte zur Legitimation dessen Militärpaß herbei. Der Schuhmann Ruhn sah sich diesen aber gar nicht an, sondern bestand darauf, daß Arnold ihm zur Wache folge. Als sich Herr A. noch immer weigerte, ging Schuhmann Ruhn, dem der Schuhmann Wilde zu Hilfe kam, zur Anwendung von Gewalt über und zerrte Herrn A., der sich sträubte und an dem Türposten festhielt, gewaltsam auf die Straße. Draußen kam noch der Schuhmann Weiß dazu, man ging dazu über, Herrn A. zu fesseln und schleppte ihn so unter dem Halle der Straßenpassanten auf die Polizeiwache, wobei sich A. gegen diesen schimpflichsten Transport sträubte. Er behauptet auch, daß er von den Schutzleuten gepufft und geschlagen worden sei, was diese energisch bestritten. Ein von A. vorgelegtes ärztliches Attest, welches nach seinem Weggange von der Polizeiwache ausgestellt worden ist, stellte an ihm eine geschwollene Nase, geschwollene Wangen und Lippen und Blutsflecke an der Kleidung fest. Auf Grund dieses Sachverhalts verurteilte das Schöffengericht, in welchem beamtlich neben einem gelehrten Richter zwei Schöffen sizen, Herrn Arnold wegen Widerstandes zu 10 M. Geldstrafe, Herrn Matthies wegen desselben Vergehens zu 30 M. Geldstrafe. Der Wirt hat sich wahrscheinlich aus Versehen hinsichtlich bei dieser Strafe beruhigt, Herr Arnold legte dagegen Berufung ein. In der gestrigen Verhandlung wurde der Tatbestand, wie oben geschildert, im allgemeinen besätigt. Die bei dem Vorfalle im Lokale des Herrn Matthies anwesenden Gäste verurteilten übereinstimmend, daß der Schuhmann Ruhn gar keine Veranlassung gehabt habe, Herrn Arnold zur Wache zu föhrtieren, da dieser von allen Seiten legitimiert worden sei und dessen Persönlichkeit durch den herbeigekehrten Militärpaß doch ganz zweifellos festgestellt werden konnte. Der Schuhmann Ruhn behauptete dagegen, daß Arnold ihm zunächst keinen Namen genannt und daß er keine Veranlassung gehabt habe, den Militärpaß einzusehen, denn die anwesenden Gäste hätten lebhaft gegen ihn Partei genommen und er hätte fürchten müssen, mißhandelt zu werden, wenn er bei der Prüfung des Militärpases seine Aufmerksamkeit von den antwefenden Personen hätte ablenken müssen. Die Zeugen bestritten dies. Der Neuge Schuhmann Wilde behauptete, daß sein Kollege Ruhn im Lokale von den Gästen umdrängt gewesen sei und letztere gefährlich und eine drohende Haltung angenommen hätten. — Rechtsanwalt Dr. Schwindt beantragte auf Grund des Ergebnisses der Beweisaufnahme die Freisprechung. Ein solcher Fall wie dieser müßte dazu beitragen, die Zahl der Anzufführenden zu vermehren. Nach § 127 der Strafprozessordnung sei die Festnahme einer Person zur Feststellung ihrer Persönlichkeit bezw. zur Feststellung des Sachverhaltes und die Sittierung nach einer Polizeiwache nur dann gestattet, wenn die betreffende Persönlichkeit nicht sofort festgesetzt werden kann. Die Richtigkeit dieses Grundgesetzes wurde durch vorliegende Entscheidungen des Reichsgerichts im Band 27 und Band 32 bestätigt. Im vorliegenden Falle habe aber die Persönlichkeit des Angeklagten Arnold durch den Schuhmann Ruhn im Lokale des Matthies ganz zweifellos festgestellt werden können. Dem Schuhmann seien genügend sichere Tatsachen zur sofortigen Feststellung der Persönlichkeit angeboten gewesen und wenn er dennoch die Sittierung vornahm, habe er sich nicht in der rechtmäßigen Ausübung seines Amtes befunden. — Der Gerichtshof — Vorsitzender Landgerichtsdirektor Bonhoff — erkannte nach ganz kurzer Beratung auf Aufhebung des ersten Urteils und Freisprechung des Angeklagten unter folgender Begründung: Nach der Ueberzeugung des Gerichts hätte der Schuhmann mit Rechtigkeit die Feststellung der Persönlichkeit des A. im Lokale vornehmen können, er habe also eine objektiv unberechtigte Sittierung vorgenommen und A. habe sich durch den dieser Sittierung entgegengelegten Widerstand nicht strafbar gemacht.

Vermischtes.

Das vegetarische Kinderhaus, das aus der nahezu eine halbe Million betragenden Erbschaft des Pommer Professors Baron errichtet worden ist, wird Dienstag in Breslau, Fürstent. 106, eröffnet. Bekanntlich war die Uebernahme der Erbschaft davon abhängig, daß die erbenbe Stadt sich verpflichtete: „meinen beneidigen Nachlaß

zum Besten armer, verwaister oder verlassener Kinder, die unter die städtische Armenpflege fallen, behufs ihrer Ernährung nach den Grundsätzen des Vegetarismus zu verwenden. Ich verfolge unter Vegetarismus die Ausschließung aller Nahrungsmittel vom toten Tiere (Fleisch, Fisch, Fett und dergl.) und die Ernährung durch Pflanzenkost oder durch Erzeugnisse des lebenden Tieres (Milch, Butter, Käse, Eier, Honig). Die Stadtgemeinde Berlin lehnte die Annahme der Erbchaft wegen der daran geknüpften Bedingung ab. Dresden dagegen hat die Erbchaft angenommen. Der Baronische Nachlass betrug rund 477 000 Mark, wovon die Stadtverwaltung rund 88 000 Mark Abfindungen an Verwandte des Erblässers u. a. zahlte. Am Dienstag werden zunächst acht Kinder — sechs Jungen und zwei Mädchen im Alter von zwei bis fünf Jahren — ihren Einzug in die Anstalt halten. Damit sie sich gleich heimisch fühlen, werden ein großer Christbaum, ein Phonograph, eine große Eisenbahn und noch andere schöne Sachen für sie bereit gehalten. Die Anstalt hätte gleich weit voller werden können, wenn man alle Anmeldungen hätte berücksichtigen wollen — aber die meisten der angemeldeten Kinder waren nicht in Armenpflege, und das ist Bedingung für die Aufnahme. — Die innere Einrichtung des Hauses reicht für 35 Kinder. Leiter der Anstalt ist der Lehrer Moritz Bartisch, der selber Vegetarier ist und seit vielen Jahren mit seiner Frau und seinen drei Kindern vegetarisch lebt.

Die große Kälte der letzten Tage hat bereits zahlreiche Opfer gefordert. So wird aus Breslau eine ganze Anzahl von Unglücksfällen gemeldet. In Beckau bei Plesch gerieten zwei Grubenarbeiter auf dem Nachhausewege in einen angefrorenen Bach und fanden darin den Tod durch Erfrieren. In Mittelpekan ist der Nachtwächter Maier, in Tiefhartmannsdorf der Schutzmacher Sonntag, in Striegau der Maurer Händler, in Großpetersdorf der Bauerauszüger Blothe, in Tarnowitz ein Bierkutscher und in Wöhberg eine Frau erfroren. — Ferner wurde in Wunzlau der Arbeiter Schulz, in Karf der Arbeiter Szepannek und auf der Tarnowitz Chaussee ein unbekannter Mann erfroren aufgefunden.

Gasvergiftung in Hamburg. Von einer folgenschweren Gasvergiftung, die ein Menschenleben zum Opfer forderte, während die anderen Personen schwer erkrankten, wird aus Hamburg folgendes berichtet: Der Arbeiter der dortigen städtischen Verbrennungsanstalt, Ernst Fischer, hatte mit seiner Familie, bestehend aus Frau und zwei Knaben, eine neue Wohnung am Nöhrendamm bezogen. Fischer wollte sie durchwärmen und heizte deshalb die Defen. Dann legte sich die Familie zur Ruhe. Vermuthlich hat sich nun Kohlenoxydgas entwickelt, durch das alle vier Personen betäubt worden sind. Als am Nachmittag um 4 Uhr sich noch niemand von den

neuen Mietern im Hause blicken ließ, wurden die Nachbarn unruhig und benachrichtigten den Wirt. Man klopfte an der Tür und vernahm ein verdächtiges Röcheln. Man wurde die Wohnung erbrochen. Der Arbeiter Fischer lag auf dem Boden, seine Frau und Kinder befanden sich regungslos in ihren Betten. Der Kanarienvogel lag tot im Bauer. Der kleine Knabe war schon tot, als ärztliche Hülfe hinzukam; die drei anderen Familienmitglieder wurden in das Krankenhaus gebracht; man hofft, sie am Leben erhalten zu können.

Ueber ein schweres Schiffsunglück wird aus Hamburg gemeldet: Das 1335 Registertonnen große Schiff „Marpesia“, Kapitän Jensen, das am 9. Dezember mit einer Ladung Raphia von New York nach Cetta abging, wurde durch Explosion der gefährlichen Ladung vollständig zerstört. Ein Mann der Besatzung wurde getödtet. Die übrigen in Vermuthung gefand.

Zweifacher Schiffsbruch. Aus Helsingfors wird vom Mittwoch berichtet: Der Dampfer „Helsingfors“, einer Aktien-Gesellschaft in Helsingfors gehörend, strandete in der Nacht zum Sonntag in Säeben bei Hangoe und sank in der nächsten Nacht. Der Vergungsdampfer „Protector“, der zur Hülfeleistung eingetroffen war, such in der Nähe der Unglücksstätte auf Grund und ist jetzt voll Wasser. Der erste Steuermann und der Zimmermann vom Dampfer „Helsingfors“, sowie drei Mann der Besatzung des „Protector“ und ein Lotse aus Hangoe sind ertrunken.

Eine Säuglingsklinik in Wien. Der Kampf gegen die verheerende Säuglingssterblichkeit gehört ohne Zweifel zu den wichtigsten, aber bisher noch am meisten vernachlässigten Aufgaben der Gemeinden. Einer Broschüre des Wiener Kinderarztes Professor Dr. Theodor Escherich entnehmen wir folgende Angaben: Von je 100 Säuglingen starben 20, neben 50 000 Geburten verzeichnet Wien alljährlich 10 000 Todesfälle von Säuglingen, neben der Wiege steht die Bahre. Auf je drei Todesfälle überhaupt kommt ein Säugling und die Zusammenhänge zeigen die Bitternacht, daß in den Kreisen der Armut 50—60 Proz. der Säuglinge sterben müssen, während die Säuglingssterblichkeit bei den Besitzenden kaum nennenswert ist. Die Säuglingssterblichkeit ist also eine Folge des Massenleids, eine der jurchbarsten Folgen. Da, wie so viele andere, so auch die Gemeinde Wien im Kampfe gegen diesen grauenhaften M a s s e n t o d verlag, so hat Professor Escherich den Versuch gemacht, mit den Mitteln freiwilliger Liebestätigkeit wenigstens etwas zu helfen. Am 8. Januar wird er bei dem von ihm geleiteten Kinderhospital eine Säuglingsklinik eröffnen. Sie soll eine ärztliche Pflegekation und

eine Art von Auskunftsstelle in allen Fragen der Säuglingsauskunft sein. Junge Mütter können sich dort jeden Rat holen und ihr Kind unter ärztliche Aufsicht stellen.

In erster Linie wollen die Leiter der Schutzstelle die jungen Frauen betrauen, den Kindern die Brust zu reichen. Es ist längst erwiesen, daß Brustkinder ganz erheblich größere Chancen haben, das gefährliche Alter glücklich zu überleben, als künstlich genährte. Leider sind aber nicht alle Mütter instande, ihre Kinder zu fügen. Solche Frauen sollen in der Schutzstelle Aufnahme als Erfahrungslieger oder Beinahrung in geeigneter Verdünnung und sterilisiert erhalten. Ganz arme Frauen sollen die in der Schutzstelle unter ärztlicher Kontrolle präparierte Milch umsonst, andere gegen Entlohnung des Einkaufspreises erhalten. Die Mütter, die sich in der Säuglingsauskunft Rat und Belehrung holen, sind verpflichtet, ihr Kind mindestens wöchentlich einmal vorzustellen. Die Kinder werden auf Säuglingskarten verzeichnet, ihr Gewicht wöchentlich bestimmt und ihre Gebeihen kontrolliert. Zur weiteren Aufklärung erhalten die jungen Mütter Broschüren und Flugblätter, in denen sie über die wichtigsten Regeln der Kinderpflege unterrichtet werden.

Mangel an Mitteln und Erwägungen besonderer Art haben zu dem Beschlusse geführt, daß nur gesunde Kinder in die Obhut der Schutzstelle kommen sollen. Kranke müssen den Kinderkliniken oder Privatärzten zugeführt werden. Den größten Erfolg versprechen sich die Gründer der Schutzstelle von der U n t e r r i c h t u n g der jungen Mütter: sie will ihnen das vielfach mangelnde Interesse und Verständnis für die Kindererziehung beibringen und ihnen das hygienische Gewissen stärken. Die ungenügenden Schichten der Frauenarbeit und der skandalösen proletarischen Wohnungsverhältnisse werden dadurch freilich nicht aus der Welt geschafft. Wirklich nützlich können solche Säuglingskassen nach unserer Ansicht auch erst wirken, wenn man sie dezentralisiert, so wie etwa in Berlin die Unfallkassen.

Marktpreise von Berlin am 3. Januar. Nach Ermittlungen des kgl. Polizei-Präsidenten. Für 1 Doppel-Gentner: Weizen**), gute Sorte 17,65—17,64 M., mittel 17,63—17,62 M., geringe 17,61—17,60 M. Roggen**), gute Sorte 13,90—13,90 M., mittel 13,89—13,88 M., geringe 13,87—13,86 M. Rüböl**), gute Sorte 15,80—15,80 M., mittel 15,79—15,78 M., geringe 15,77—15,76 M. Gerste, gute Sorte 16,50—16,50 M., mittel 16,49—16,48 M., geringe 16,47—16,46 M. Hafer*, gute Sorte 14,50—14,50 M., mittel 14,49—14,48 M., geringe 14,47—14,46 M. Erbsen, gelbe, zum Kochen 40,00—40,00 M., Speiseerbsen, weiße 50,00—50,00 M. Kisten 60,00—60,00 M. Kartoffeln 9,00—9,00 M. Hülsenfrüchte 5,50—5,50 M. Heu 9,00—9,00 M. für ein Kilogramm Butter 2,80—2,80 M. Eier per Schock 4,80—4,80 M. *) Frei Wagen und ab Bahn. **) Ab Bahn.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Donnerstag, 5. Januar. Anfang 7 1/2 Uhr:
Opernhaus. Die lustigen Weiber von Windsor.
Neues königl. Opern-Theater. Die Herzogin.
Deutsches Theater. Der Verlierer.
Festung. Im grünen Baum zur Nachtmahl. Hierauf: Der Arzt seiner Ehre.
Welken. Wiener Blut.
Thalia. Der große Stern.
National. Figaros Hochzeit.
Zentral. Die Fledermaus.
Neues. Der Graf von Charolais.

Anfang 8 Uhr:
Schiller O. (Wallner-Theater.) Die Tyrannen der Tränen.
Schiller N. (Friedrich-Wilhelm-Lübliches Theater.) Die Großstadtluft.
Kleines. Die Neuwahlten.
Velle Alliance. Ein Witzspiel.
Carl Weiß. Die Reise um die Erde in 80 Tagen.
Reichens. Schulfestspiele.
Lustspielhaus. Der Familientag.
Trianon. Die glückliche Gilberte. (Heureuse.)

Deutsch-Amerikanisches Theater. Köpnickstr. 67/69. Jeden Abend 8 Uhr: Gastspiel Ad. Philipp: **NEW-YORK**
Sonntag nachm. 3 Uhr, halbe Preise Ueber'n grossen Teich.
Urania. Taubenstr. 48/49. Am Theater abends 8 Uhr: Im Bannkreis der Jungfrau.
Invalidenstr. 57/62. Sternwarte. Täglich geöffnet von 7 bis 11 Uhr.
Am Theater abends 8 Uhr: Tierleben in der Wildnis.

National-Theater Weinbergsweg 19. Donnerstag, den 5. Januar 1905: **Figaros Hochzeit.**
Anfang 7 1/2 Uhr.
Freitag 16. Freitag-Abonnement: Die Fledermaus.
Sonntag: La Traviata.

Zentral-Theater Abends 7 1/2 Uhr: **Die Fledermaus.**
Operette in 3 Akten von N. Strauß.
Freitag: Die Geisha.
Sonntag nachm. 4 Uhr: Oka-Milchen.
Abends 7 1/2 Uhr: Neu einstudiert: **Madama Sherry.**

Apollo-Theater. 218 Friedrichstr. 218. Donnerstag, den 5. Januar 1905 unter persönlicher Leitung des Komponisten **Paul Lincke**
Zum 100. Male: **Berliner Luft.**
Anstaltungsbursche v. Jacobson und die neuen Januar-Spezialitäten. Kasseneröffnung 7 Uhr. Anf. 8 Uhr.

Urania, Taubenstr. 48/49. 8 Uhr:
Im Bannkreis der Jungfrau. invalidenstr. 57/62.
Sternwarte
Hörsaal: Invalidenstr. 57/62.
Tierleben in der Wildnis.

P. CASTAN'S PANOPTICUM
Friedrichstr. 165.
Der geheimnisvolle **Hexentisch.**

Passage-Panopticum.
Letzter Volkstag.
Jeder Erwachsene hat ein Kind frei. Jedes Kind erhält ein Weihnachts-Geschenk.
Der Riese Nachow der größte Mensch, der je gelebt hat!
Das Bärenweib. — Marionetten-Theater. Die 3 kleinsten Schwestern der Welt. Alle Schausstellungen u. Nebensäle ohne Extra-Entree. **Entree 50 Pf.**

Deutsch-Amerikanisches Theater. Köpnickstr. 67/69. Jeden Abend 8 Uhr: Gastspiel Ad. Philipp: **NEW-YORK**
Sonntag nachm. 3 Uhr, halbe Preise Ueber'n grossen Teich.

Trianon-Theater. Heute und folgende Tage: **Die glückliche Gilberte**
Anfang 8 Uhr.
Sonntag nachm.: Das erste Cabot.

Metropol-Theater **Die Herren von Maxim.**
Große Ausstattungspose mit Gesang und Tanz in 5 Bildern von Julius Freund.
Musik von Viktor Hollander. Inszeniert vom Direktor Richard Schultz.
Henry Bender. Josef Ciampietro. Josef Josephi. Anton Grünfeld. Frid Frid. Fritz Massary.
Das Fest des Lichts. (Ballett.) Anf. 8 Uhr. Rauchen gestattet. Sonntag, den 7. Januar 1905: **Erster gr. Metropol-Theater-Ball.**

Etablissement Bungenhagen **Horitzplatz.**
Täglich von 12—4 Uhr: Mittagstisch. In den unteren Sälen jeden Abend 8 Uhr:
Militär-Konzert.
Dienstags, Donnerstags, Sonnabends, Sonntag:
Fritz Steidl-Sänger.
Nach jeder Vorstellung im Kelleraal **Tanz.**

Schiller-Theater.
Schiller-Theater O. (Wallner-Theater). Donnerstag, abends 8 Uhr: **Die Tyrannen der Tränen.** Lustspiel in 4 Akten von E. Dabbon-Chambers. Deutsch v. Bertha Pogson.
Freitag, abends 8 Uhr: **Die Haubenlerche.**
Sonntag, abends 8 Uhr: **Familie Schierke.**
Schiller-Theater N. (Friedrich-Wilhelm-Lübliches Theater). Donnerstag, abends 8 Uhr: **Die Grossstadtluft.** Schauspiel in 4 Akten v. Oskar Blumenthal und Gustav Haselburg.
Freitag, abends 8 Uhr: **Wallensteins Lager. Die Piccolomini.**
Sonntag, abends 8 Uhr: **Helmgfunden.**

Freie Volksbühne
Sonntag, 8. Januar, nachmittag 2 1/2 Uhr: **Metropol-Theater. Berliner Theater.**
8. Abteilung 2. Abteilung:
Die Juden. Die Räuber.
General-Versammlung
Heute Donnerstag, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus. (Eintritt nur gegen Vorzeigung der Mitgliedskarte.)
Tages-Ordnung: 1. **Vortrag** Herr Dr. Emil Geyer über: **Die Kunst des Schauspielers.**
2. Geschäfts- und Kassenbericht des Vorstandes.
3. Bericht der Revisoren. 4. Diskussion und Verschiedenes.
6. Serie Sonntag, den 15. Januar 1905, im Metropol-Theater: **Madame Bonivar.**
Posse aus dem Französischen von Alexander Bisson und Antony Mars.
228/1 Der Vorstand. L. A.: G. Winkler.

Schweizer-Garten
Im Friedrichshain 29—32
Sonntag, der 11. Februar 1905, ist frei geworden und wiederum an Vereine zu vergeben.

Gebrüder **Herrnfeld-Theater.**
Die kühnlich bejubelte Situations-Komödie: **Prinz Levy in Ahlbeck**
Schauspiel in 3 Akten von Anton und Donat Herrnfeld.
Hauptrollen: **Magnus Prinz Levy: Donat Herrnfeld. Vrahidal, dessen Reisebegleiter: Anton Herrnfeld.**
Anf. 8 Uhr. Vorverkauf 11—2 Uhr.

Palast-Theater
Burgstr. 22, früher Feen-Palast. Das größte und sensationelle Spezialitäten-Programm d. Residenz
Novität! Der größte Erfolg!
Ein Allerweltswädel.
Voffe mit Gesang von Braune. Vor- und nachher: Die Attraktionen der Januar-Spezialität.
Freitag: **Elite-Vorstellung: Philippine Welser.**
Schauspiel in 5 Akten von Redwitz. Anf. 7 1/2 Uhr. Staffeneröffnung 6 1/2 Uhr. Entr. 50 Pf.

Luisen-Theater.
Abends 8 Uhr: **Der Prinz von Homburg.**
Freitag: Die Tochter des Herrn Fabricius.
Sonntag: Robert und Bertram.
Sonntag nachm.: Die zärtlichen Verwandten.
Abends: Prinz von Homburg.
Montag: Von Stufe zu Stufe.

Neues Theater.
Anfang 7 1/2 Uhr: **Der Graf von Charolais.**
Freitag: Die lustigen Weiber von Windsor.
Sonntag: Der Graf v. Charolais.
Sonntag: Der Graf von Charolais.

Otto Pritzkow's Anatomischen Ausstellung
Lebender Kuriositäten! Medizinische Ritzel, anatomische Wunder, Ritsen! Zwerge!

Zirkus Schumann.
Heute Donnerstag, den 5. Januar, abends präzis 7 1/2 Uhr: **Elite-Abend.**
Gala-Programm und die großartigen neuen Spezialitäten. U. a.: **Orig.-Clown Jan Clermont,** der Urtomische mit seinem Klavier spielenden Hunde, auf Kommando stehende Hähne. **Jan Clermont** macht jeden lachen. **W. P. S. G. m. g. S. i. d. n. e. h. A. m. e. r. i. k. a. s. B. e. s. t. e. B. e. l. l. g. e. n. s. e.**
mit ihrem brillanten Reitaft **à la jardinière.**
Direktor Alb. Schumanns **Monstre-Dressuren** u. c.
Zum Schluss! **Jan 14. Male: Zeniteller Erfolg!**
Die große Schumannsche Ausstattungspantomime **Eine Nordlandreise.**
Im Strahl der Mitternachtssonne. Komisch-phantastische Pantomime in 7 Bildern. Entworfen und auf das glanzendste inszeniert vom Direktor **Albert Schumann.**

Kasino-Theater
Lehringerstr. 37 (Rosenthaler Tor). Täglich 8 Uhr, Sonntag 7 1/2—8 Uhr. Das neue Januar-Programm. — Der beliebte Reumann u. c. — Großer Erfolg! Stimm. Heiterkeit! **In Vertretung.**
Sonntag nachm. 4 Uhr: Mutter Grabert.

Kleines Theater
Anfang 8 Uhr.
Die Neuvermählten
Dienstag: Abschiedssouper.
Freitag: Salomo.
Sonntag: Elektra.
Sonntag: Die Neuvermählten.
Dienstag: Abschiedssouper.

Stadt-Theater Moabit.
Alt-Moabit 47/49.
Gastspiel des Bernh. Rosa-Theaters. **Das bemooste Haupt.**
Schauspiel in 4 Aufzügen von Rodrich Benedix.
Anfang 8 Uhr.
Nach der Vorstellung: **Gr. Ball.**
Entree 30 Pf., numer. Platz 50 Pf.
Sonntag, den 8. Januar: Der große Wohlthäter.

Volksgarten-Theater
(früher Weimann).
Donnerstag, den 5. Januar 1905: **Keine Vorstellung.**
Geehrten Vereinen empfehle meine Festspiele für Hochzeiten und Privatfestlichkeiten.

Lustspielhaus
Friedrichstr. 236.
Zum 42. Male:
Der Familientag.
Anfang 8 Uhr.
Abendstück: Der Familientag.
Sonntag nachm. 3 Uhr: Das böse Prinzeßchen.
Sonntag nachm.: Kamerad v. Zeck.

Victoria-Brauerei
Lützowstr. 111-112.
Heute 8 Uhr:
Tanzkränzchen.
Montag u. Freitag: **Nordd. Sänger.**

Zirkus Busch.
Die beiden Phänomene **Sisters Amalia und Leonora.**
Die Löwenbräut **Miss Claire Heliot.**
Katharina II.
und die vorzögl. Programmnummern.

Residenz-Theater.
Dir.: **Richard Alexander.**
Heute und folgende Tage 8 Uhr: **Serfulespellen.**
Schauspiel in 3 Akten von Paul Bühnd und M. Pennewitz. Deutsch von W. Schönau.
Sonntag nachmittag 3 Uhr: **Nora.**

Carl Weiß-Theater.
Große Frankfurter Straße Nr. 132. Täglich abends 8 Uhr:
Die Reise um die Erde in 80 Tagen.
Sonntag 4 Uhr: **Sneewittchen.**
Sonntag nachmittag 3 Uhr: **Maria Stuart.**

WINTERGARTEN
Neues Programm
Tortajada, span. Tänzerin und Sängerin.
O. K. Sato, komischer Jongleur.
The Nightons, Kraft-Gladiatoren.
Johnstone, Kunst-Radfahrer.
Das Mädchen mit dem goldenen Haar.
Pas de Fleurs, Blumentanz.
Otto Reutter.
De Bière, Zauberkünstler.
Johnson u. Dean, Mulatton-Gigori.
Alexia, Pariser Tänzerin.
The Potters, Luft-Gymnastiker.
Der Biograph.

Sanssouci.
Kollbischer Tor — Stat. der Hochbahn.
Sonn-, Mont-, Donnerst.: **Hoffmanns**
Norddeutsche Sänger
u. **Tanzkränzchen.**
Jeden Dienstag und Mittwoch: **Theater-Abend.**
In Vorbereitung: **Kran oder: Genie und Leidenschaft.**

Gustav Behrens
Spezialitäten-Theater.
Frankfurter-Allee 85.
Der neue Januar-Spielplan.
Anny Raaly, vorzögl. deutsch-schwed. Stanzersängerin.
Ausgezeichnetes **Lyrika - Duett.**
Fatme, Indische Gauklerin sowie alle übrigen erstklass. Spezialit. Anf. nachm. 7 Uhr. Sonntag 4 1/2 Uhr.

Berliner Uk-Trio.
Felix Sobauer **Uk-Trio.**

Lokales.

Die Freinacht im städtischen Obdach,

die bisher den Obdachlosen vor den Sonn- und Feiertagen und übrigens auch vor Kaisers Geburtstag gewährt wurde, war im Grunde genommen für die Sozialpolitiker vom Schlage des Herrn Fischel wirklich eine höchst unbequeme Einrichtung. Wenn man die täglichen Frequenzen des städtischen Obdachs betrachtet und die starken Frequenzunterschiede zwischen diesen Freinächten und anderen Nächten sieht, dann wird es einem begreiflich, wie an maßgebender Stelle der Gedanke entstehen konnte, die Freinacht abzuschaffen und an den Sonn- und Feiertagen ebenso wie an jedem anderen Tage die Stammgäste den Häusern der Polizei zu weiterer Fürsorge zu überlassen.

Man kann gut und gerne annehmen, daß allein die Männerabteilung des Obdachs in jedem Jahr 25 000 Personen weniger zu beherbergen braucht, wenn es nur gelingt, die Frequenzen der Nächte vor den Sonn- und Feiertagen durch Abschaffung der bisherigen Freinacht auf das gemöhnliche Maß herabzudrücken. Diese im Jahre circa 60 Nächte hatten bisher in der Männerabteilung meist eine um je 300 bis 500 Personen höhere Frequenz als die anderen Nächte. Beispielsweise wurden im Januar 1904, der von den Monaten des letzten Winters die höchste Frequenz hatte, in den Nächten vor den sieben Feiertagen (Neujahr, fünf Sonntage, Kaisers Geburtstag) 21 137 Männer beherbergt, dagegen in den Nächten vor den anderen 24 Tagen nur 64 826 Männer, das macht im Durchschnitt für jeden Feiertag 3020, für jeden anderen Tag 2701. Im Juli, der von den Monaten des letzten Sommers die geringste Frequenz hatte, wurden vor den fünf Sonntagen 6331 Männer, vor den 26 Wochentagen 22 687 Männer beherbergt, macht im Durchschnitt für den Sonntag 1886, für den Wochentag nur 873.

Solche Freinacht-Frequenzen waren un bequem nicht nur wegen des starken Andrangs, der dabei zu bewältigen war, sondern auch wegen der höheren Kosten, die daraus erwuchsen. Man bedenke, was schon an der Verpflegung gespart werden kann. Der Raps Wehlsuppe und die Schmitze Schwarzbrot, die das Obdach jedem Gast gewährt, kostete im letzten Jahr allein 4 1/2 Pfennig pro Portion, obwohl — wie kürzlich in der Stadtverordneten-Versammlung vom Genossen Hoffmann nachgewiesen wurde — die Portion nicht einmal immer das vorgeschriebene Gewicht hat, sondern mitunter um ein Fünftel zu leicht ist. Die Gesamtkosten der Verpflegung beliefen sich auf rund 50 000 M.

Doch das wird ja nun alles anders werden. Mit Hilfe der Polizei wird es gelingen, die Frequenzen auch vor den Sonn- und Feiertagen auf ein normales Maß herunterzukriegen, und wahrscheinlich wird die schärfere Tonart, die jetzt in der Fröbelstraße wieder einmal angeschlagen wird, dazu beitragen, das Obdach noch un beliebter zu machen, als es schon ist. Der erste Sonntagmorgen, an dem die Polizei dort nach Herzenslust zugreifen durfte, war der 27. November. Sie erwischte dabei gleich 48 Mann. So gut hat sie's lange nicht gehabt; ja, so viel wir wissen, hat sie noch nie zuvor eine gleich hohe Zahl von „Runden“ an einem einzigen Tage abführen können.

Allerdings war auch der Tag des Beginns dieser „Reform“ außerordentlich glücklich gewählt. Die Nacht vom 26. zum 27. November war nämlich in diesem Herbst die erste Sonnabendnacht, in der es empfindlich kalt war. Da dürfte sich mancher ins Obdach gerettet haben, der genau wußte, daß er bereits zu den Stammgästen gehörte und an Wochentagen dem Häcker nicht entgegen würde. Man sieht, wie zielbewußt die freisinnigen Sozialpolitiker, die im Obdach gebieten, vorzugehen verstehen.

Die Arbeiter-Turnvereine

solten, so scheint es, mit Gewalt daran gehindert werden, die Liebe zur Turnerei in der heranwachsenden Jugend der Arbeiterklasse zu wecken und zu pflegen. In Berlin hat der Versuch, die Schülerabteilungen des Arbeiter-Turnvereins „Richte“ durch Entziehung der öffentlichen Turnhallen obdachlos zu machen, viel Staub aufgewirbelt. Anderswo werden die turnenden Arbeiter, wenn sie sich die Förderung des Jugendturnens angelegen sein lassen, noch auf ganz andere Art drangaliert.

In Finsterwalde hatte zunächst die Schule ihre Autorität dazu benutzen wollen, die Kinder bzw. deren Eltern zu nötigen, daß die Beteiligung von Schülfern an den vom Allgemeinen Turnverein veranstalteten Übungen aufhöre. Turnenden Kindern war von ihren Lehrern verboten worden, fernerm an diesen Übungen teilzunehmen. Verschiedene Eltern hatten aber keine Lust, sich in diesem Punkt von der Schule Vorschriften machen zu lassen. Da sie ihren Kindern gegenüber gleichfalls eine Autorität haben — sie wird bekanntermaßen der Jugend vorgehalten im vierten Gebot, das ihr von Schule und Kirche zur Nachachtung empfohlen wird — so wiesen sie die Kinder an, nach wie vor an den Turnübungen teilzunehmen. Diese Waffe hatte also versagt. Aber die Behörden, die über Wohl und Wehe unserer Jugend zu machen haben, hatten noch mehr Pfeile in ihrem Köcher. Das nächste, was nun kam, war eine aus Frankfurt a. O. datierte Verfügung der Königl. Regierung, Abteilung für Kirchen- und Schulwesen, eine Strafsandrohung, die den widerspenstigen Eltern sowie den Mitspielern des Vereinsvorsitzenden durch die Finsterwalder Polizei ins Haus gebracht wurde. Die Eltern sollen 10 M., die Vorstandsmitglieder sogar 20 M. belegen, wenn die Turnerei der Schulkinder nicht aufhöre. Vorläufig hat aber auch die Waffe versagt. Die Vorstandsmitglieder und auch die meisten Eltern haben die Strafsandrohung ruhig zu den Akten gelegt, und die Kinder turnen weiter. Man wartet nun der Dinge, die da kommen sollen.

Dieses Vorgehen erinnert an ähnliche Versuche, die bereits früher in der Nachbarschaft Berlins gemacht worden sind. Der lehrreichste Fall war der Turnkonflikt in Neu-Weichensee. Dort hatte der Amtsvorsteher Feldmann sich eine Verfügung geleistet, durch die dem dortigen Verein die Turnübungen für Schulkinder unterlagert wurden. Herr Feldmann begriff noch zu rechter Zeit, daß er sich doch wohl verhalten hatte. Er nahm die Verfügung zurück, ehe der Landrat des Kreises Niederbarnim über die dagegen eingereichte Beschwerde entscheiden konnte. Heute freilich weht ein anderer Wind, heute rächt gleich die Regierung gegen die Arbeiter-Turnvereine ins Feld.

Die Räte, die Berlin sich gebunden. Straßenbahn Lontra Berlin, so heißt jetzt der Rechtsstreit um die Fortführung der Hochbahn in das Stadttinnere, der, wie gemeldet, am heutigen Donnerstag vor dem Kammergericht zur erstmaligen Verhandlung gelangen soll. Vor diesem Gericht vertritt die Verurteilten Klägerin (Straßenbahn) der Rechtsanwalt Dr. Sander, die Verurteilten-Vertreter (Stadt Berlin) der Justizrat Liebenthal. Die Verhandlung findet vor dem vierten Zivilsenat statt, in welchem der Senatspräsident, Geheimrat Ober-Justizrat Schepers, den Vorsitz

führt. Nach den von den Parteien getauschten Schriftsätzen wird es sich in erster Linie um die Feststellung handeln, ob die zwischen beiden Parteien geschlossenen Verträge Bestimmungen enthalten, welche der Stadt die behauptete Konkurrenzfreiheit sichern resp. zugunsten der Straßenbahn ein Konkurrenzverbot statuieren. Das Landgericht hatte diese Frage, wie erinnerlich, nur bedingt bejaht, indem es ausführte: daß die Verträge der Parteien die Konkurrenzfrage zwar regeln, aber in einer der Auslegung bedürftigen Weise. Für diese Auslegung sind nun aus den Vorverhandlungen mehrfach ausdrückliche und stillschweigende Willenserklärungen beider Parteien herangezogen worden, deren erstinstanzliche Würdigung aber von der Straßenbahn angefochten wird. Sie stellt sich prinzipiell auf den Boden des Vertrages, neben dem keine Sonderabreden gelten, die in den Vertrag nicht aufgenommen sind. Ein Schreiben des Magistrats vom 4. Juni 1897 belege ausdrücklich, daß lediglich der Inhalt der Magistratsvorlage und nicht die Aeußerungen einzelner Stadtverordneten als Zusammenfassung der Vertragsbedingungen zu betrachten seien. In seiner Berufungs-Verantwortung behauptet hingegen der Magistrat, daß gerade die Verhandlungen der Stadtverordneten, die der Straßenbahn vor Abschluß des Vertrages als „Vertragssubjekte“ mitgeteilt wären, ergäben, daß der Magistrat für sich Konkurrenzfreiheit beanspruche, und gegen diese Verhandlungen habe die Straßenbahn keinerlei Widerspruch erhoben. Als weiterer, wichtiger Streitpunkt wird das Mißbenutzungsrecht der Gleise der „Großen Berliner“ behandelt. Aus der Tatsache, daß sie sich hornmäßig gegen eine Mißbenutzung von mehr als 400 Metern gesträubt habe, folgert die Straßenbahn, daß sie damit ihre Abneigung gegen jedweden Eingriff in ihren Besitzstand zu erkennen gegeben habe, während der Vertreter der Stadt demgegenüber behauptet, daß der Mißbenutzungs-Paragraf (30) gerade der Durchführung der Konkurrenz dienen sollte: Linien mit einer gemeinsamen Strecke von 400 Metern seien meist Konkurrenzlinien und in den Verhandlungen des Magistrats mit der Gesellschaft sei deutlich zum Ausdruck gekommen, daß das Mißbenutzungsrecht gerade der Schaffung von Konkurrenzlinien dienen sollte. Endlich beklagt der Vertreter der Straßenbahn die Ansicht des Vorderrichters, daß die Straßenbahn schon vor Abschluß des Vertrages die Konkurrenzfreiheit stillschweigend anerkannt habe, indem sie die Zulassung der Hochbahn widerstandslos geduldet und auch gegen deren geplante Fortführung in das Stadttinnere damals nicht Protest erhoben habe. Von der letzteren sei im Jahre 1898 noch gar nicht die Rede gewesen, und daß die Hochbahn in der Gitschiner, Bülow- u. Straße ihr Konkurrenz bereiten werde, habe man damals nicht voraussehen können. Wenn es vertraglich zulässig sein sollte, daß die Stadt, die von der Gesellschaft hohe Jahresabgaben beziehe, sie durch alle möglichen Straßen- und Untergrundbahnen ruinieren dürfe, so müsse ein solcher Vertrag ja gerade als ein unbilliger bezeichnet werden. Der Vertreter der Stadt wendet hiergegen ein, daß über die Konkurrenz zwischen Hoch- und Straßenbahn von Anfang an kein Zweifel bestehen konnte, daß der Plan der Weiterführung der Hochbahn in das Stadttinnere schon 1897 von Sachverständigen veröffentlicht worden sei und daß schließlich bei der steten Verkehrzunahme Berlins und der Zweckbestimmung beider Unternehmen eine Schwächung der Straßenbahn-Einnahmen durch die Untergrundbahn wohl kaum zu erwarten stehe.

Das Virchow-Denkmal. Die gemischte Deputation zur Vorbereitung der Errichtung eines Virchow-Denkmal trat gestern zu einer Sitzung zusammen. Die Deputation, der von unserer Seite die Genossen Singer und Stadthagen angehören, gelangte im Einverständnis mit dem Virchow-Komitee zu folgenden Resultaten: Das Virchow-Denkmal soll auf dem Karlsplatz errichtet werden, es soll eine freie Ausschreibung stattfinden, welche für die Gestaltung des Denkmals dem Künstler keinerlei Schranken setzt, dem Preisrichter-Kollegium sollen aus der Mitte des Komitees die Professoren Franke, Posener und Badeyer, sowie der Schachmeister Mendelson - Bartoldy, von seiten der Stadt die beiden Bürgermeister und die beiden Stadtverordneten-Vorsteher, aus der Kunstlerschaft Menzel, Wanzel und Wessel angehören. Die freiwilligen Sammlungen des Komitees haben rund 35 000 M. ergeben. Der Stadtverordneten-Versammlung soll eine Vorlage zur Deckung des Restes (das Denkmal wird etwa 100 000 Mark Kosten erfordern) zugehen.

Granitplatten. Unter dem Vorsitz des Bürgermeisters Dr. Reide fand gestern eine Sitzung der Baudeputation II statt, in der ein wichtiger Beschluß gefaßt wurde. Bei der Regulierung der Bürgersteige gewährt der Magistrat den Grundstücksbesitzern Beihilfen, wenn Granitplatten und Granitsockeln benutzt werden. Um nun die Einführung anderer Materialien zu erleichtern, wurde beschlossen, bei Benutzung von sogenannten Granitplatten, wie sie unter den Linden und am Leipziger Platz verwandt worden sind, eine städtische Beihilfe von 4,70 M. pro laufenden Quadratmeter zu zahlen. Bei Granitsockeln soll eine Beihilfe von 4,30 M. und bei Granitplatten von 3,16 M. gewährt werden.

Die Theater-Feuersachen. Der Magistrat war von der Direktion des Schiller-Theaters wegen der im vorigen Jahre eingeführten Gebühr für die Stellung von sogenannten Feuer-Sicherheitswachen verklagt worden. Die Direktion des Apollo-Theaters hatte sich der Klage angeschlossen, die für sämtliche Berliner Theater von prinzipieller Bedeutung ist. Der Magistrat war vom Magistratsrat Hamburger und die betreffenden Theater von den Rechtsanwältin Märker und Bieber vertreten. Von diesen wurde die Berechtigung der Stadtgemeinde zur Erhebung und dann auch die Höhe der Gebühr bestritten. In bezug auf die Höhe der Gebühr wurde von der Gegenpartei behauptet, daß nach den gesetzlichen Bestimmungen die Stadt nur die Selbstkosten beanspruchen könne, daß die Stadt durch die Gebühr einen Nutzen erziele und den gesetzlichen Bestimmungen nicht genügt worden sei. Beide Einwendungen wurden vom Bezirks-Ausschuß als nicht stichhaltig erachtet und daraufhin die Klagen zurückgewiesen.

Was bei den Gasanstalten nebenbei „abfällt“. Die Nebenprodukte der Gasanstalten sind für das finanzielle Ergebnis ihres Betriebes von großer Bedeutung. Die städtischen Gaswerke hatten im Rechnungsjahr 1903/04 aus dem Verkauf ihrer Nebenprodukte eine Einnahme von 7 889 192 M., darunter 6 092 201 M. für Koks, 12 020 M. für Brezge, 124 823 M. für Asche, 822 100 M. für Zeer, 731 050 M. für Ammoniakwasser, 105 468 M. für verschiedene andere Nebenprodukte. Durch diese Beträge wurde mehr als die Hälfte der Ausgabe für Kohlen zur Gaszeugung und für Feuerung, die sich auf 14 152 006 M. belief, wieder eingebracht. Das Jahr 1903/04 kann in dieser Hinsicht noch nicht einmal ein ungewöhnlich günstiges genannt werden, da die Kokspreise sich auf mittlerer Höhe hielten. Im Rechnungsjahr 1900/01, dessen hohe Kokspreise noch in allgemeiner Erinnerung sein dürften, wurden für Nebenprodukte 8 120 585 M. eingenommen, das sind reichlich zwei Drittel der Ausgaben für Gaslofen und für Feuerung, die sich damals auf 12 001 616 M. beliefen.

Denkmalskonservierung. In der gestrigen Sitzung der städtischen Baudeputation wurde, wie wir hören, unter Vorsitz des Bürgermeisters Reide beschlossen, die Inschriften „auszubessern“. Der so notwendige Neubau der Brücke ist unmöglich, da die Stadtverordneten-Versammlung den Ankauf des Inselstückes abgelehnt hatte, weil ihr der Preis von circa 3 Millionen Mark zu hoch war. Stadtbaurat Krause, der mehrfach erklärt hatte, die Brücke neu erbauen zu müssen, wird also so gut wie möglich Zückerarbeit machen müssen.

Die Gänsezeit ist zu Ende; das Gänsegeschäft hat mit Schluß des Jahres ganz aufgehört. Es sind in diesem Herbst nahezu zwei Millionen Gänse dem Ragerbichhof in Friedrichsfelde zugeführt worden. Der Umsatz des vorigen Jahres wurde damit nicht ganz erreicht, was wesentlich darauf zurückzuführen werden muß, daß die Nachfrage nach Stoppelgänsen, infolge der großen Trockenheit des letzten Sommers, bei uns nicht so groß gewesen ist, als in anderen Jahren. Die Weiden konnten nur erheblich schwächer besetzt werden, weshalb auch die Importeure mit der Zufuhr ausländischer Gänse zurückhaltender gewesen sind. Der Rückgang der Gänse-Einfuhr betrug bereits bis Ende November über eine Million Stück, so daß der Umsatz in Berlin, im Vergleich zu den übrigen Umsatzzentren, in diesem Jahre sogar verhältnismäßig stärker gewesen ist, als in anderen Plätzen.

Um milde Gaben für die „Staatsbürger-Zeitung“ bittet ein Aufruf in diesem Blatt, den die antisemitischen Reichstags-Abgeordneten Berner, Zimmermann und Gräfe, sowie drei Berliner Herren unterzeichnet haben. Die „Staatsbürger-Zeitung“ ist seit langem im Zustand des Falles. Früher half der alte Rudolf Herzog gelegentlich den Antisemiten aus; jetzt soll das antisemitische Kapital im ganzen beispriegen. Etwa 3700 M. sind als erster Hilfsfonds unter den Aufruf gezeichnet, darunter von sieben Herren allein 3000 M. Wie wäre es, wenn das Blatt sich wieder mit dem Dreschgrafen verteilte?

Der große Schneefall am Dienstagabend soll bewirkt haben, daß die Verwaltung der städtischen Straßenreinigung sowie die Straßenbahn-Gesellschaften zusammen über 2300 Hilfsarbeiter angenommen haben, um Bahnstrecken und Straßen möglichst schnell von den Schneemassen zu säubern. Die Zahl der Schnee-Abfuhrwagen wurde am gestrigen Tage verdoppelt. Seitern wurden auch zum erstenmal in diesem Winter Droschkenfahrten in Verkehr gebracht, jedoch ist die Zahl dieser Befahrte vermindert, da das Fahren mit Schlitzen in den Straßen Berlins infolge der schnellen Schneebefestigung meist nur ganz kurze Zeit möglich ist.

Frachtversicherung. In der heutigen Generalversammlung der Vereinigten Berliner Speditione wurde einstimmig beschlossen, künftig im Hinblick auf die gesteigerten Unkosten bei den Versandgütern aller Art — außer den bisherigen Speien — eine Expeditionsgebühr von 20 Pf. für den Frachtbrief zu erheben.

Die Beinstellung der Hoopzollern. Der Unterrichtsminister hat, wie die „Pädagogischen Blätter“ melden, die Provinzial-Schulkollegien aufgefordert, von den ihnen unterstellten höheren Schulen die in den drei letzten Jahren behandelten Aufsatzthematika im Deutschen innerhalb einer bestimmten Frist einzusenden.

Das Abspringen während der Fahrt. Ein aufregender Vorfall ereignete sich gestern nachmittag auf dem Stadtbahnhof Charlottenburg. Ein in der Richtung nach dem Schlesischen Bahnhof fahrender Nordringzug war eingelaufen und der Wechsel der Fahrgäste beendet. Der Stationsvorsteher hatte das Kommando „Abfahren!“ gegeben, als plötzlich ein junger Mann auf das Trittbrett eines Wagens dritter Klasse sprang und einsteigen wollte. Gleichzeitig versuchte ein junges Mädchen das Coups zu verlassen. Inzwischen hatte sich aber der Zug bereits in Bewegung gesetzt und das Mädchen wurde von den übrigen Insassen aufgefordert, bis zur nächsten Station mitzufahren. Der Warnung ungeachtet drängte sich die Leichtsinnige an dem einsteigenden Fahrgast vorbei, sprang auf den Bahnsteig, fiel hin und blieb benommen liegen. Der Lokomotivführer, durch die Hufe der Stationsbeamten aufmerksam gemacht, brachte den Zug sofort zum Stehen und verhinderte so, daß das Mädchen von den Trittbrettern erfasst und auf den Bahnkörper heruntergerissen wurde. Die Verunglückte wurde noch dem Stationsbureau gebracht, wo sie sich so weit erholte, daß sie ihre Personalien angeben vermochte; dann wurde sie nach dem Charlottenburger Krankenhaus gebracht. Sie hat anscheinend innere Verletzungen davongetragen.

Polizei und Prostituierte. Es wird berichtet: Im Prozeß Bergge hatte der Hausverwalter des Hauses Aderstraße 130 über die polizeiliche Auskunftsverteilung, betreffend die Zubälter und Prostituierten, angegeben, daß das Polizeirevier ihm auf seine Anfragen die Antwort verweigert habe. Dieses ist vielfach besprochen worden und man hat eine Änderung der betreffenden Bestimmungen allseitig gewünscht. Wir werden nun darauf aufmerksam gemacht, daß diese Klagen unberechtigt sind. Allerdings ist es den Polizeireviere unterlagt, eine Antwort auf die Anfragen zu geben; es besteht aber eine ältere Verordnung, die im Jahre 1902 von neuem bekannt gemacht worden ist, daß die Sittenpolizei des Polizeipräsidiums auf die Anfragen der Hauswirte oder ihrer legitimierten Vertreter Auskunft zu erteilen hat, wenn sie anfragen, ob die Personen, die in ihren Häusern gemietet haben oder mieten, Zubälter, Kuppler oder Prostituierte sind.

Der Fall Haffe.

Der in der Angelegenheit des Landgerichts-Direktors Haffe aus Breslau verhaftete Konditor Lächel war in einem am 15. Juli in Breslau verhandelten Strafprozeß wegen Sittlichkeitsvergehens (§ 175 des Strafgesetzbuchs) verurteilt. Damals wurde ein Breslauer Rentier freigesprochen, ein Kellner Schreier und der Handelsmann Feuer zu Gefängnisstrafen verurteilt. Der mitangeklagte Lächel war zum Termin nicht erschienen. Er war aus Breslau verschwunden, und es wurde ein Haftbefehl gegen ihn erlassen.

Lächel gehört einem internationalen Verbrechertrio an. Lächel stammt aus Breslau; mit seinen Komplizen machte er Reisen nach Spanien, Portugal, Kairo usw., um Dyer zu suchen und diese dann systematisch zu brandschlagen. In den neunziger Jahren wurde er in Hamburg verhaftet und wegen räuberischer Erpressung zu sieben Jahren Zuchthaus verurteilt, obwohl er bis dahin noch nicht bestraft war. Nach Verbilligung dieser Strafe machte er sich den Behörden möglichst unsichtbar. In Berlin war er den Beamten, denen die Verfolgung dieser Art Verbrechen obliegt, nur wenig bekannt, weil er sich hier jahrelang nicht hatte bilden lassen. Die Erpressungen gegen Landgerichtsdirektor Haffe hat Lächel, wie mitgeteilt, eingebracht. Aber der Landgerichtsdirektor ist nicht sein einziges Opfer, und wahrscheinlich werden jetzt auch andere Verbrecher ihre Sühne finden. Lächel hatte die Absicht, von Hamburg nach London zu fahren, um auf einige Zeit in dem Strudel der Millionenstadt unterzutauhen. Er hatte einen Londoner Bekannten gebeten, ihm telegraphisch Reisegeld anzuweisen. Wäre das Geld so zeitig eingetroffen, als er es gehofft hatte, so hätte man ihn nicht mehr dingfest machen können. Es kam aber später und traf erst ein, als der Verbrecher bereits hinter Schloß und Riegel saß. Anher Lächel ist auch einer seiner Komplizen, der bisher noch nicht verhaftet werden konnte, in den Fall Haffe verwickelt. — Der Landgerichtsdirektor ist noch nicht vom Amte suspendiert worden; es wird erst die Klarstellung der Angelegenheit abgewartet werden.

In konservativen Blättern wird die Sache des unglücklichen Landgerichtsdirektors recht ungeschickt geführt. Nach der „Schles. Zig.“ soll sich die Erpressung auf eine „angebliche, übrigens nicht einmal strafbare Verfehlung“ bezogen haben. Ferner wird hervorgehoben, daß Haffe ein durchaus einwandfreies Familienleben geführt habe, so daß auch seine Verwandten über die Katastrophe sehr erstaunt seien und den

Unglücksfälle auf lebhafteste bedauern. Es ist unerfindlich, wie das alles zu den gestrigen Meldungen stimmt, wonach Gasse wegen seiner unglücklichen Veranlagung von der Strafkammer an die Zivillammer verlegt worden ist. Im übrigen müßte man den Landgerichts-Direktor wirklich für einen geistigen Trottel halten, wenn er von der Straflosigkeit seiner Verirrungen überzeugt gewesen wäre und sich doch von einem gewerbsmäßigen Expreser insam hätte ausbeuten lassen. Mit solchen Schmutzen ist der Sache des Herrn Gasse wahrlich nicht gedient, und nach wie vor nennen wir es eine Heuchelei, wenn man die Handlungen einer gesellschaftlich hochstehenden Persönlichkeit vertuschen möchte, aber nicht den Mut hat, für die Veseitigung eines gefährlichen Strafgesetz-Paragrafen einzutreten.

Der Magistrat teilt uns zu einer Meldung vom 29. Dezember vorigen Jahres mit, daß in der Friedrichs- Erziehungs- Anstalt zu Lichtenberg wieder ein Jüngling zur körperlichen Züchtigung über den Tisch gezogen noch festgebunden worden ist und daß eine Zwangs- jede in der Anstalt überhaupt nicht angewendet wird. Wir hoffen, in nächster Zeit in der Lage zu sein, auf diese Missetatung des Magistrats eingehen zu können.

Verletzungen von Feuerwehrleuten. Um Mitternacht brach ein größerer Brand in der Friedrichstraße 75 im Lagerkeller der Schuhwarenhandlung von C. Stiller, Ecke der Jägerstraße aus. Bei Anbruch der Feuerwehr brannten die Holzregale mit Schuhwaren, Bretterverpackungen, Packmaterial u. a. Die Feuerwehr nahm sofort mehrere Schlauchleitungen vor und dabei ereignete sich der sehr seltene Fall, daß ein Mohrführer, der Feuermann Boganz, durch einen elektrischen Schlag betäubt wurde. Zum Glück wurde der Unfall sofort bemerkt und Boganz ins Freie getragen und dann nach der Wache gebracht, wo er sich noch befindet. Die sich später herausstellte, war der Wasserstrahl, den Boganz gegen die Decke richtete, mit der im Keller liegenden elektrischen Leitung in Berührung gekommen, wodurch Kurzschluß entstand. Im ähnlichen Fällen vorzubeugen, die übrigens sehr leicht vorkommen können, wird man die Strahlrohre mit Gummi bekleben müssen.

Eine Eisbahn für den Havel von Tegel bis Ketzin ist erschienen. Das ist nicht etwa eine Karte, die zum Eislauf berechtigt, sondern eine „Seelkarte“, die genau die für die Schlittschuhläufer sicheren und gefährlichen Stellen anzeigt. Sie ist im Maßstabe 1:50000 hergestellt von Dr. René du Bois-Reymond und kostet nur 60 Pf. Verlegt ist die Karte bei Dietrich Reimer, Berlin SW., Wilhelmstraße 29. Ueber die Gründe der Herausgabe dieser Karte schreibt der Verleger: Es ist eine allgemein vorbereitete Vorleistung, daß die Havel bei anhaltendem Frostwetter von einem Ufer zum anderen gleichmäßig überfrieren, wie ein Teich, und daß die in jedem Jahre wiederkehrenden Unglücksfälle nur auf das Betreten offen gehaltenen Dampferrinnen zurückzuführen sind. Diese Auffassung beruht auf einem Irrtum. Die Havel hat zwar eine langsame, aber eine ganz merkwürdige Strömung. Infolge dessen entsteht an vielen Stellen, namentlich da wo sich der Flußlauf verengt, selbst bei strengstem Frost keine oder doch nur eine unzuverlässige Eisecke, die oft nach wenigen Tagen, ohne daß Lawetter eintritt, wieder aufgeht. Diese Stellen bilden für den Schlittschuhläufer eine weit größere und bleibendere Gefahr als die von fern leicht erkennbaren Dampferrinnen. Da sie aber auf örtlichen Verhältnissen beruhen, also erfahrungsmäßig in jedem Jahre dieselben sind, so kann man sie genau kennen und vermeiden lernen und eben hierzu soll die neue Eislaufkarte den Tourenläufer anleiten. Zudem sie es jedem, der sich auf die natürliche Eisbahn begibt, ermöglicht, für sich selbst die Verantwortung zu übernehmen, wird sie, so hofft der Herausgeber, den häufigen Unglücksfällen vorbeugen, die bisher durch Unwissenheit und Unerfahrenheit verursacht worden sind und gegen die, wie sich gezeigt hat, selbst die polizeiliche Abnahme nicht schützt.

Der Vortrag des Professor Nordenstjöld aus Stockholm über seine Südpolar-Expedition findet am Montag, 9. Januar, abends 8 Uhr, im großen Theateraal der Urania in der Taubenstraße statt. Der Vortrag, zu dem schon jetzt Eintrittskarten an der Kasse ausgegeben werden, wird von Herrn Professor Nordenstjöld in deutscher Sprache gehalten und ist von zahlreichen, von ihm selbst aufgenommene Lichtbildern aus dem Südpolargebiet begleitet. Bis dahin wird der dekorativ und szenisch ausgestattete neue Vortrag „Wanderung durch das Berner Oberland und das Jungfraugebiet“ zur Darstellung kommen.

Die Vereinigung: Die Kunst im Leben des Kindes“ veranstaltet den dritten Vortragsabend am Dienstag, den 10. Januar, abends 8 Uhr, in der Aula des Friedrich-Werderschen Gymnasiums, Dorotheenstraße 13/14. Herr C. v. A. Pregel wird über „Kind und Humor“ sprechen. Eintritt nur für Mitglieder frei. Eintrittskarten a 50 Pf. in der Kunsthandlung von Keller u. Reiner, Potsdamerstr. 122; Albrecht-Dürer-Haus, Kronenstr. 18; Bielefeldmann, Friedrichstr. 6, und in der Geschäftsstelle, Schenckstr. 2.

Das Passage-Theater hat neben bekannten Künstlern in diesem Monat manches Neue seinem Publikum vorgeführt. Unter den alten Bekannten ist Little Carlsen zu nennen, dessen Spezialität die Tanzkomik ist. Ferner wir nicht, so ist diesen Künstler die für Berlin charakteristische Trage, mit der der Nizdorfer getanz wird, sozuzagen als Originalerfindung zuzuschreiben. Auch jetzt hat Herr Carlsen seinen bekannten Jagen einige neue Weisen und Wendungen hinzugefügt. Ein vorzüglicher Artist ist der Verwandlungskünstler Arturo Bernardi; seine alte Kunst findet auch diesmal ein dankbares Publikum. Drollig in jeder Hinsicht sind die Pariser Straßensänger, denen wir, wenn wir uns nicht täuschen, übrigens auch schon an einer anderen Berliner Bühne begegnet sind. Herr Willi Kröger erachtet diesmal als Friedenengel — eine amnütige Leistung. Im Gesang und auf der Violine ist Fräulein Armanu tüchtig, nicht minder weiß Fräulein Eliset in niedlichen Wildern zu wirken. Ferner seien aus dem Programm die Mitzels-Loulousains, die Akrobaten Dvergaard und das Romulus-Trio genannt.

Aus den Nachbarorten.

Charlottenburg.

Die Charlottenburger Stadtverordneten-Versammlung hielt am Mittwoch ihre erste Sitzung im neuen Jahre ab. Nach dem üblichen Auserkocht erfolgte die Wahl des Vorstandes. Zum Vorsitzenden wurde Justizrat Rosenburg mit 48 Stimmen, zu seinem Stellvertreter Kaufmann Kaufmann mit 41 Stimmen wiedergewählt. Mit dem Amt der Schriftführer wurden die Stadtv. Dr. Borghardt (Soz.), Münch, Stein und Heise betraut. Hierauf nahm die Versammlung eine Reihe von Wahlen von Ausschussmitgliedern vor. Von den Sozialdemokraten gehören an Scharrnberg, Dörre, Rüdler dem Wahlausschuss, Sellin dem Reklamationsschuss, Liebe und Sellin dem Rechnungsprüfungs-Ausschuss, Baake und Hirsch dem Ausschuss zur Prüfung von Stadtverordnetenwahlen an. In den Ausschuss zur Vorberatung der Mitteilung des Magistratsbeschlusses betr. Regelung des Verbindungswegens wurden u. a. Scharrnberg und Sellin, in den Ausschuss zur Vorberatung der Mitteilung des Magistratsbeschlusses zu dem sozialdemokratischen Antrag betr. Arbeiterauschüsse usw. Baake, Hirsch und Sellin gewählt. Außerdem erledigte die Versammlung noch die Vorlagen betr. Herstellung einer Entwässerungsleitung für das Grundstück der Gasanstalt II und betr. die Regulierung von Teilen der Straße 17b, der Schellstraße sowie der Straßen 8, 8b und 10a—V—8. Die nächste Sitzung findet am 18. Januar statt.

Der Magistrat von Charlottenburg teilt uns mit: In der Lehrungsvermittlung des städtischen Arbeitsnachweises Charlottenburg, der mit dem freiwilligen Erziehungsbeirat in ständiger Verbindung ist, ist im Interesse einer sachgemäßen Auswahl von Lehrstellen die

Einrichtung getroffen, daß die zur Entlassung gelangenden Schüler zur frühzeitigen Angabe ihres Berufes veranlaßt werden. So sind schon jetzt Knaben angemeldet, die für Ostern 1905 eine Lehrstelle suchen und zwar nicht nur in den stets begehrten Metallgewerben (als Maschinenbauer, Mechaniker, Schlosser, Schmied, Wässhnenmacher, Klempner), sondern auch in den verschiedenen Bau- gewerben (als Maurer, Zimmerer, Maler, Glaser, Stuckateur), sowie als Tischler, Tapezierer, Barbier, Buchbinder, Buchbinder, Gärtner, Schneider, Konditor, Koch, endlich auch als Kaufmann, Schreiber u. d. m. Auch haben sich eine Anzahl Mädchen gemeldet, die eine Lehrstelle als Buchhalterin, Verkäuferin, Putzmacherin, Schneiderin und Stickerin suchen und endlich solche, die bereit sind, Dienstbotenstellen anzunehmen, in denen sie für den häuslichen Beruf ausgebildet werden. Die Vermittlung im städtischen Arbeitsnachweis, Charlottenburg, Kirchstraße 5, — in der Nähe der Luisenkirche — ist für beide Teile unentgeltlich.

Ueber den Stand des Schulkonflikts in Charlottenburg weiß das „Berliner Tageblatt“ zu berichten, daß zwischen Magistrat und Regierung eine Einigung dahin erzielt sei, daß die vor Jahr und Tag erlassene Verfügung, durch welche der städtischen Schuldeputation jeder Einfluß auf die Verwaltung des Schulwesens genommen werden sollte, zurückgezogen wird, daß jedoch in die Schuldeputation nach dem Wunsch der Regierung ein evangelischer Geistlicher eintreten soll.

Das freisinnige Blatt feiert ein solches Abkommen als einen nicht unerheblichen Sieg der Stadt gegenüber der Regierung, da ja die angefochtene Verfügung aufgehoben wird; zu der Verfügung des Geistlichen in die Schuldeputation bemerkt das Blatt mit sarkastischer Miene, daß die Stadt das Vorschlagsrecht habe und deswegen das Findigen der Reaktion verhindert werden könne.

Diese Auffassung von dem Ausgange der Angelegenheit ist — echt liberal. Man muß sich nur erinnern, um was es sich bei der ganzen Sache handelte. Zunächst verlangte die Regierung von der Stadt den Eintritt eines Geistlichen in die Schuldeputation und stellte dafür in Aussicht, deren Befugnisse zu erweitern. Die Stadt lehnte dieses Ansuchen ab. Darauf nahm die Regierung durch ihre unersetzten der gesetzlichen Grundlage entbehrende Verfügung der Schuldeputation ihre bisherigen Befugnisse. Da auch der Magistrat und die Stadtverordneten diesen Eingriff in die Rechte der Stadt für ganz unzulässig hielten, wurde beschlossen, beim Minister Beschwerde zu erheben. Auf diese ist eine Antwort bisher nicht ergangen, ja, fast scheint es nach der angeführten Notiz, daß die Beschwerde gar nicht erhoben wurde, sondern daß der Magistrat statt dessen Verhandlungen mit der Regierung anzuknüpfen suchte. Damit würde er den Protest gegen die formelle Rechtmäßigkeit des Erlasses einfach zurückgezogen haben. In dem Umstande, daß die Regierung sich überhaupt auf Verhandlungen eingelassen hat, anstatt den Magistrat im Unteroffizierston brüll zurückzuweisen, erblickt das freisinnige Blatt bereits einen Erfolg der Stadt. Die Freisinnigen sind wirklich recht bescheiden.

Das Resultat der Verhandlungen soll schließlich sein, daß die Regierung ihren auf den Eintritt eines Geistlichen in die Schuldeputation gerichteten Willen durchsetzt, ohne dieser die ursprünglich in Aussicht gestellten erweiterten Befugnisse zu geben, nur der bis zu der angefochtene Verfügung bestehende Zustand soll wieder hergestellt werden.

Um bei einem solchen Stande der Dinge von einem Erfolge der städtischen Selbstverwaltung sprechen zu können, muß man schon — liberal sein. Der deutsche Liberalismus hat sich daran gewöhnt, über Nichtachtung mit ergebenen Bezeugungen zu quittieren. Unsere Genossen in der Stadtverordneten-Versammlung werden hoffentlich dafür sorgen, daß das Verhalten der Regierung und des Magistrats im rechten Lichte erscheint.

Wilmersdorf.

Die Einwohnerzahl von Wilmersdorf betrug am 1. Januar 1905 nach den Ermittlungen des dortigen Einwohner-Meldeamtes 55 922; sie hat sich im verfloffenen Jahre um 8688 Personen oder 18,4 Proz. vermehrt. Der Zuzug belief sich auf 27 296 und der Fortzug auf 19 623 Personen, so daß der Wanderungsüberschuß 7672 Personen beträgt. Der Geburtenüberschuß stellte sich auf 696 Personen. Am stärksten war die Bevölkerungszunahme im Berliner Ortsteil, wo ein Anwaschen von 4421 Seelen auf 26 319 erfolgte. Alt-Wilmersdorf vermehrte sich um 1956 Personen auf 13 507, Halensee um 1513 auf 9095, der Ortsteil am Bahnhof Wilmersdorf-Friedenau um 698 auf 6222 und schließlich der Abteingau um nur 81 auf 779. Seit der letzten Volkszählung hat sich die Bevölkerung um 25 251 Seelen oder um 82,3 Proz. vermehrt.

Johannisthal.

Der Omnibusbetrieb, den die Gesellschaft für Untergrundbahnen auf der Strecke zwischen dem Bahnhof Johannisthal-Nieder-Schönebrunn und der Friedrichstraße eingerichtet hat, ist wieder eingestellt worden.

Die Konstruktion der Wagen entsprach nicht den Anforderungen, welche der Betrieb auf dem Straßenpflaster erheischte, so daß gleich nach der Betriebsöffnung fortwährend Störungen eintraten. Mit dem Beginn der unangenehmen Witterung mußte der Betrieb nun vollständig aufhören, da schon bei geringem Glatteis die Wagen nur schwer, bei Schneefall überhaupt nicht vorwärts kamen. Da nun der Fuhrunternehmer Ernst seit der Eröffnung der elektrischen Omnibuslinie seinen Omnibusbetrieb eingehen ließ, fehlt dem Ort jegliche Fahrverbindung mit dem Bahnhof.

Lichtenberg.

Das Ortsamt für das zu errichtende Kaufmannsgericht hat die Genehmigung des Bezirksausschusses erhalten und ist soeben veröffentlicht worden. Da die Wahlen sechs Wochen nach der Bekanntgabe des Statuts stattfinden haben, dürften die Kaufleute im Februar zur ersten Wahl schreiten.

Einen Schritt rückwärts! Die Gebührentfreiheit bei dem hiesigen Gewerbegericht hat es unersetzten ständigen „Gähen“ aus dem Kreise der Unternehmer schon längst angetan. Als gelegentlich auch der Vorsitzende des Gerichts, der besoldete Schöffe Ungewitter, über „leidenschaftliches und unbedachtetes Klagen“ zu sprechen beliebte, verlangten bei der Staatsberatung die Gegner gebührentreier Rechtsprechung Abänderungsvorschläge zur Verteuerung des Rechts. Der Gemeindevorstand hat sich bereit, dieser „Anregung“ sofort Folge zu geben. Ohne jede Begründung wird nun ein Gebührentarif vorgeschlagen. Die Unternehmer werden ihre Anerkennung für die prompte Erfüllung ihrer kaum ausgesprochenen Wünsche durch möglichst einstimmige Annahme der Vorlage bekunden.

Rudow.

Im Frost erkrankt fiel ein Aufseher des Rittergutes Rudow, welcher täglich Kartoffelschlempe vom Rittergute Drig nach dem Gute Rudow fährt, während der Fahrt vom Wagen. Die Räder gingen dem Unglücklichen über beide Beine. Ein Krankenwagen, welcher zufällig kurze Zeit später von Rudow kam, brachte den Schwerverletzten nach dem Kreis-Krankenhaus zu Drig. Eine mit Sand bestreute Blutlache auf der Chaussee bezeichnet die Unfallstelle.

Spandau.

Die erste Sitzung der Spandauer Stadtverordneten-Versammlung in diesem Jahre findet am Donnerstag nachmittag 4 Uhr statt. Außer der Neuwahl des Vorstandes steht der Entwurf des Kaufmannsgerichts-Statuts sowie ein Antrag der sozialdemokratischen Fraktion zur Verhandlung. Unsere Genossen beantragen, daß ihnen für die Fraktionsitzungen (Vorbereitung) geeignete Räumlichkeiten im Rathaus zur Verfügung gestellt werden. Dieser eigentlich selbstverständliche Antrag dürfte democh bei einem Teil der Versammlung auf heftigen Widerstand stoßen. Endlich steht noch auf der Tagesordnung: Die Bewilligung von 1000 Mark für ein Hochzeitsgeschenk an den Kronprinzen. Recht bezeichnenderweise scheint man sich diesen Geschenkantrag in öffentlicher Sitzung zu verhandeln. Man möchte diese Angelegenheit in aller Stille abtun und unterbreitet sie deshalb

einer geheimen Sitzung. Nichtsdestoweniger wird dem Bewilligungsbefürworter, die ihren Patriotismus auf Kosten der Stadt betätigen wollen, die gebührende Antwort werden.

Aus der Frauenbewegung.

Verein für Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse. Montag, den 9. Januar, abends 8 1/2 Uhr, in den „Arminho“en“, Kommandantenstraße 20. Vortrag von Fräulein Adele Schreiber: „Aus dem dunklen Lande der Kinder“. Gäste willkommen.

Neu-Weißensee. Der Verein für Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse von Weißensee hält Montag, den 9. Januar, abends 8 1/2 Uhr, seine Mitgliederversammlung im Lokale des Herrn Garz, Königshaussee 55 ab, in der Herr Schriftsteller Baage über: „Die heutige Schule, wie sie ist und wie sie sein soll“ sprechen wird. Gäste willkommen. Zahlreichen Besuch erwartet. Der Vorstand.

Versammlungen.

Vierter Wahlkreis (Osten). Der sozialdemokratische Wahlverein hielt am Dienstag im „Elysium“ eine Distriktsversammlung für das Landsberger Stadtviertel ab. Vor Eintritt in die Tagesordnung lehnten die Anwesenden das Ableben dreier Genossen durch Erheben von den Sigen. Sodann teilte der Vorsitzende mit, daß seit dem Monat November 389 neue Mitglieder in den Verein aufgenommen worden sind. — Hierauf hielt Genosse Hugo Poesch einen beifällig aufgenommenen Vortrag: „Ueber wahren und falschen Patriotismus“. An der Hand eines reichen Tatsachenmaterials zeigte Redner, wie die herrschenden Klassen und ihre Organe unausgesetzt bemüht sind, die Masse des Volkes zu einem kritiklosen haubimistischen Kurrapatriotismus zu erziehen, während die wirtschaftliche Entwicklung immer mehr zu einem internationalen Ausgleich der Völkerinteressen drängt, der den aus militaristischen Gründen künstlich gesicherten Völkervertrag als absurd beiseite drängen wird. Er wies ferner auf die weitverbreiteten internationalen Beziehungen der Fürstenthümer und der Kapitalistenklasse hin, so daß bei fähler Betrachtung und richtiger Würdigung dieser Beziehungen in dem Sinn eines denkenden Arbeiters kein Raum mehr für kurrapatriotische Empfindungen bleiben könne. Während der Patriotismus der herrschenden Klassen nur lediglich bis an den Geldbeutel reiche, betätige sich der Patriotismus der Arbeiterklasse in dem hehren Streben, im Vaterlande herbeizuführen, die jedem Staatsangehörigen das Vaterland lieb und wert machen müssen, bis schließlich die Verwirklichung der Ideale des Sozialismus eine große glückliche Menschheit schaffen wird, die einen durch Grenz-pfähle abgeschlossenen Patriotismus im heutigen Sinne nicht mehr kennt. — Eine Diskussion über den Vortrag wurde nicht beliebt.

Pankow. Ueber „Die soziale Gesetzgebung“ referierte Genosse Pöhlenhuth am 3. d. Mts. in einem feierlichen anderthalbstündigen Vortrage, den die gutbesuchte Versammlung mit großem Beifall aufnahm. Einen schönen Beweis für die Regsamkeit der Parteigenossen gab die Aufstellung der Kandidaten zu den Wahlen der Weisiger zum Gewerbegericht. Vorschläge, Geschäftsordnungsanträge, Diskussionen jagten einander und die Abstimmung ergab schließlich, daß die Versammlung die auscheidenden Weisiger Fegler, Riecke, Werner nach wie vor für das Amt berufen hielt. Als Arbeitgeber-Weisiger wurden die Genossen Eichler, Freiwaldt und Glöckner nominiert. Die Wahl ist am 9. Januar cr., abends 8—9 Uhr. Nachdem auf die nunmehr im vollen Umfange arbeitende Parteipetition (Hofastr. 66) hingewiesen und dies Unternehmen der tatkräftigen Unterstützung aller Genossen empfohlen worden war, wurde die Versammlung nach Mitternacht geschlossen.

Verband der Friseurgehülfen Deutschlands. Zweigverein Berlin. Donnerstag, den 5. d. M., abends 9 1/2 Uhr, Koenigsplatz 37: Versammlung. Vortrag des Genossen Pöhlenhuth über Streits u. Zahlreicher Besuch erwartet. — Zweigverein Rixdorf. Donnerstag, den 5. d. M., abends 10 Uhr, bei Rich Hoppe, Berlinerstr. 14: Generalversammlung. Tagesordnung: Geschäftliches. Bericht. Wahl des gesamten Vorstandes. Berichtigend.

Eingegangene Druckschriften.

Mein System. 15 Minuten täglicher Arbeit für die Gesundheit. Von J. P. Müller. Aus dem Dänischen überf. Preis brosch. 2 M. Zur Frage des Schulkomplexes im preussischen Landtage erscheint jetzt eine Broschüre von Dr. Leo Arons, mit einer Vorrede von Dr. Max Duard, betitelt: Die preussische Volksschule und die Sozialdemokratie. (Berlin, Verlag der „Sozialistischen Monatshefte“.) Preis 20 Pf.

Briefkasten der Redaktion.

M. M. Dr. Silberstein-Rixdorf: Das erste Lebensjahr. Wie ernähren und pflegen wir den Säugling? 9. M. R. Bismarck-Buchhandlung. — Zwei Widdene. „Arbeitslosen-Krawalle“ am 25. und 26. Februar 1902. — Konditoren. Wenden Sie sich an Julius Reher, Vorsitzender des Arbeiter-Sängerbundes, Berlin, Urbanstr. 131.

Juristischer Teil.

Die juristische Sprechstunde findet täglich mit Ausnahme des Sonntags von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr abends statt. Geschnit: 7 Uhr.
M. N. in U. Eydorf. — M. M. 13. 1. Rein. 2. Na. — C. S. 71. 1. Quers müssen Sie die Kosten durch Gerichtsbeschluss festsetzen lassen. Dann wenden Sie sich an das Gerichtsvollzieher-Amt. 2. Invalidenten. 52. — M. N. 32. In einer einseitigen Kündigung der Vertragsbestimmungen ist der Lehrer nicht berechtigt. Teilen Sie ihm dies und zugleich mit, daß Sie auf Innehaltung des vereinbarten Vertrags bestehen. — G. S. 59. Wenden Sie sich an das Vormundschaftsgericht. — M. N. 55. Die Adressen gerichtlicher Schreibsachverständiger finden Sie im Adresskalender, zweiter Teil. Wenn nicht zweifelsfrei die Urheberschaft feststeht, ist nicht zu einer Klage zu raten. — C. S. 125. Der Lohn für den Freitag ist in Ihrem Fall zu zahlen, weil nicht nach Stunden berechnet worden ist und vereinbart ist. Eine nähere Begründung finden Sie S. 165 des in den öffentlichen Bibliotheken ausliegenden Arbeiterrechts. (4. Aufl.) — M. N. 1. Daß das Waisenhaus auf die Unfallrente für die Kinder verzichtet habe, ist unmöglich. Es muß ein Arrium Interdictum vorliegen. Jedenfalls wäre der Verzicht ungültig und machte die Verwaltung schadenverantwortlich. Wenden Sie als Vormund den Anspruch an Unfallrenten bei der Berufsgenossenschaft an. Nach erhaltenem Bescheid fragen Sie wohl weiter an. — M. N. Rein. — C. C. Rein. — C. S. 52. Rein, es sei denn, es handelt sich um Ehegattungen wegen Scheidung und Heirat mit der Person, deren Scheidung als Scheidungsgrund festgestellt ist. 2. und 3. Na. — S. N. 100. Sie müßten bezugs Entlassung nach Michaels eine Einlage in die Schuldeputation (Nothaus), an dessen nach Rücksprache mit dem Rektor, richten. — M. N. 59. 1. und 2. Rein. — Weisensee. Läßt der Arbeitgeber nicht arbeiten, so muß er democh zahlen.

Witterungsübersicht vom 4. Januar 1905, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer hiesig mm	Wind- richtung	Wolken- höhe	Beleg	Temper. in C.	Stationen	Barometer hiesig mm	Wind- richtung	Wolken- höhe	Beleg	Temper. in C.
Swinemünde	758	SW	4	Beiter	2	Caparanda	734	SW	4	wolklos	-5
Damberg	762	SW	2	bedekt	2	Berchburg	738	SW	2	bedekt	-8
Berlin	761	SW	2	bedekt	1	Stilly	773	SW	2	bedekt	-2
Krausl.a.R.	769	SW	5	bedekt	-6	Aberdeen	758	SW	3	wolklos	6
München	771	SW	4	Schnee	-7	Paris	771	SW	2	bedekt	1
Wien	777	SW	5	Schnee	-7						

Weiter-Prognose für Donnerstag, den 5. Januar 1905. Etwas wärmer, teilweise anhaltend, vorwiegend trübe mit Nieder- schlägen und lebhaften westlichen Winden. Berliner Wetterbureau.